

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando
 Vierteljährlich 3.90 Mk., monatlich 1.30 Mk.,
 wöchentlich 30 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Voll-
 abonnementspreis 1.30 Mark pro Monat.
 Eingetragene in die Post-Verzeichnungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Österreich-Ungarn
 2.50 Mark, für das übrige Ausland
 4 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Ercheint täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die schlagheftigsten Anzeigen
 oder deren Raum 60 Pf., für
 politische und gesellschaftliche Vereins-
 und Beraternungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte
 Wort 20 Pf., (zweifache 2 festgedruckte
 Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
 Stellenangebote und Stellenanzeigen
 zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes
 weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
 staben zählen für zwei Worte. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Sonntag, den 16. Juli 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Vertriebspreis: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Vertriebspreis: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Das russisch-japanische Bündnis.

Ein schweizerisches Blatt hat über den dieser Tage abgeschlossenen russisch-japanischen Vertrag die Ansicht geäußert, daß seit dem englisch-russischen Vertrag vom Jahre 1907 kein diplomatisches Ereignis westpolitisch so bedeutsam gewesen sei, wie der jetzige Vertrag, der eine gänzliche Umgestaltung der Mächtegruppierung, wie wir sie in diesem Kriege sehen, nach sich zu ziehen geeignet sei. Mag zwar in dieser Einschätzung des russisch-japanischen Bündnisses ein richtiger Kern stecken, so beruht sie doch auf der völligen Verfehlung der westpolitischen Situation, wie insbesondere der speziellen Verhältnisse der asiatischen Politik, die 1907 zum englisch-russischen Abkommen über Vorder- und Mittelasien und 1916 zum russisch-japanischen Bündnis geführt haben. Bildete jenes eine völlige Schwenkung der traditionellen Politik Russlands und Englands in Asien, die eine außerordentlich wichtige Etappe in der westpolitischen Entwicklung bildete, die zum Weltkrieg führte, so schließt dieses vorläufig eine Entwicklung ab, die bereits kurz nach dem russisch-japanischen Kriege einsetzte und immer deutlicher auf den Abschluß eines formellen Bündnisses zwischen Russland und Japan hinarbeitete. Schon im Juli 1907 trafen Russland und Japan ein Abkommen zwecks Abgrenzung der beiderseitigen Einflusssphären im fernen Osten. Im Juli 1910 wurde dieses Abkommen weiter ausgedehnt und vervollständigt, wobei insbesondere die Regelung der Eisenbahnverhältnisse in der Mandchurei und die wirtschaftliche Durchdringung der chinesischen Randländer in den Kreis der Abmachungen gezogen wurden. Auf Grund dieser Verträge bildete sich schon in diesen Jahren eine russisch-japanische Kooperation im fernen Osten heraus, die den Zweck verfolgte, Russland den vorherrschenden Einfluß in der Mongolei und der nördlichen Mandchurei und Japan die Beherrschung der südlichen Mandchurei, Koreas und der Galbinstel-Region zu sichern. Der Weltkrieg hat diese Entwicklung beschleunigt und zugunsten Japans verschoben. Jetzt tritt Japan nicht nur als Teilhaber bei dem imperialistischen Geschäft der Durchdringung der chinesischen Randländer auf, sondern gleichsam als Chef der gemeinsamen Firma, die vom Norden und Nordosten das chinesische Reich mit eisernen Klammern umschließt.

Die diplomatischen Aktionen zur Herbeiführung eines näheren Zusammenschlusses zwischen Japan und Russland setzten in Asien schon ein, als es die militärischen Aufgaben, die ihm vom Viererband zugewiesen wurden, mit relativ geringem Kräfteaufgebot erledigt hatte und daran denken konnte, die Abwesenheit der europäischen Mächte im fernen Osten zur gewaltigen Steigerung seiner Macht auszunutzen. Schon im März vorigen Jahres veröffentlichte die vom japanischen Ministerpräsidenten, Graf Okuma, inspirierte Zeitschrift „Sin-Nippon“ einen Artikel über die Notwendigkeit eines russisch-japanischen Bündnisses, das „für beide Teile nützlich und notwendig sei zur Lösung der komplizierten Fragen über China und den Stillen Ozean“. Die offiziellen Anregungen der japanischen Presse fanden sofort einen Widerhall in der russischen Regierungspresse, aus deren Äußerungen deutlich hervorging, daß die russische und japanische Regierung die offiziellen Unterhandlungen bereits begonnen hatten. Im August 1915 konnte schon S. Sazonow in der Duma auf diese Unterhandlungen hinweisen. Inzwischen war einige Zeit nicht über das Ergebnis dieser Unterhandlungen bekannt. Einen weiteren Anstoß erhielten diese Unterhandlungen im März und April d. J., als Russland wichtige Eisenbahnkonzessionen in der Mandchurei bei der belagerten Regierung durchsetzte und Vertreter der japanischen und russischen Schiff-fahrts- und Eisenbahngesellschaften des fernen Ostens auf japanischem Boden eine Konferenz zur Regelung der beiderseitigen Verkehrspläne in der Mandchurei und Mongolei abhielten. In diese Zeit fiel auch der Besuch des Großfürsten Georgij Michailowitsch in Tokio, der höchstwahrscheinlich einen wichtigen diplomatischen Charakter trug. Ende April begann dann wieder die Erörterung einzelner Punkte des russisch-japanischen Vertrages in der Presse beider Länder, und Anfang Juni konnte schon der Kaiser von Japan während der feierlichen Audienz, die er dem neuernannten russischen Botschafter Krupensky gewährte, recht durchsichtig auf die Freundschaft und Waffenbrüderschaft Japans und Russlands hinweisen. Der am 3. d. M. unterzeichnete Vertrag schließt nun diese ganze Kette von Verhandlungen ab, deren lange Dauer wohl einerseits durch die weitgehenden Forderungen Japans, andererseits durch die notwendige Fühlungnahme mit den anderen Regierungen der Entente, vor allem mit der Englands, erklärt werden muß.

Ueber den Inhalt des Vertrages wissen wir aus der amtlichen russischen Note vorläufig nur, daß der erste Punkt die gegenseitige Verpflichtung aufstellt, kein politisches Abkommen zu schließen und keine Verbindungen einzugehen, die sich gegen den anderen Vertragschließenden Teil richten, während der zweite Punkt besagt, daß bei Bedrohungen des Gebietes oder der besonderen Interessen des einen Vertragschließenden Teils in Ostasien, die der andere Teil anerkannt hat, Russland und Japan sich über die nötigen Maßregeln zur Unterstützung und Hilfeleistung verständigen werden, um diese Rechte und Interessen zu schützen und zu verteidigen. Außer diesen Punkten teilt nun die japanische offiziöse Zeitung „Dairen“ noch

folgende Bestimmungen des Vertrages mit: Die Untertanen beider Länder haben volle Wohnungsfreiheit in Sibirien sowie in der japanischen und russischen Einflusssphäre der Mongolei; die Dzungareischnur, bisher ein russisches Vorrecht, wird auch den Japanern gestattet; der Erwerb der östlichen chinesischen Eisenbahnen wird den Japanern freigestellt; der allerwichtigste Teil des Vertrages, der geheim ist, enthält die russisch-japanischen militärischen Verpflichtungen defensiven Charakters; das Uebereinkommen sieht eine gemeinsame Verbindung gegen das Eindringen anderer Mächte in China vor; der Vertrag hat 10 Jahre Gültigkeit; falls dann Kriegszustand besteht, bleibt das Bündnis bis zum Friedensschluß in Kraft.

Soweit diese — wahrscheinlich noch recht lückenhaften — offiziellen Mitteilungen in Betracht kommen, ergibt sich daraus, daß Japan einerseits wertvolle wirtschaftliche Zugeständnisse in Sibirien und in der Mandchurei, wie eine weitere Verstärkung seiner Machtstellung in der südlichen Mandchurei von Russland erlangt hat. Die Gegenleistung, die es Russland bietet, ist zwar gering; sie beschränkt sich neben der Anerkennung der russischen Ansprüche in der Mongolei und Nordmandchurei wohl auf die Zuführung weiterer Waffenlieferungen während des Krieges. Darüber hinaus bildet aber die Abmachung eine Art Rückversicherungsvertrag, die beiden Staaten eine Art Monopol auf die Ausbeutung und eventuelle Aufteilung chinesischer Gebiete gewährt. Diese Tatsache bildet den wichtigsten Kern des russisch-japanischen Bündnisses. Nicht umsonst zeichnet sich dieser Vertrag durch erfreuliche Offenheit und Ehrlichkeit darin aus, daß er auf die heuchlerische Phrase des Schutzes der Unantastbarkeit Chinas verzichtet. Beide Vertragschließenden Staaten zeigen vielmehr offen, daß sie die Absicht haben, Schulter an Schulter die Herrschaft über China oder richtiger über das nördliche China, auszuüben und dritten Staaten den Eintritt zu diesen Gebieten zu verwehren oder mindestens zu erschweren.

Den größten Gewinn bei diesem Vorgehen gegen China dürfte freilich zunächst Japan davontragen. Zeigte seine ganze Politik schon seit den 90er Jahren die Tendenz, auf dem chinesischen Festlande Fuß zu fassen, um Siedlungsland für seine überschüssige Bevölkerung, Kohle und Eisen für seine Industrie und Absatzgebiete für seine industriellen Erzeugnisse zu finden, so hat sich diese Tendenz jetzt, nach dem siegreichen Krieg gegen Russland, der Festsetzung in der Mandchurei und in Korea, endlich nach der Vertreibung des gefährlichen deutschen Konkurrenten aus Schantung und dem enormen Aufschwung seines Wirtschaftslebens durch den Krieg zu einem nicht mehr aufzuhaltenden Verlangen nach der Beherrschung mindestens großer Teile Chinas und der maßgebenden Beeinflussung seines Wirtschaftslebens und seiner Politik gesteigert. Die Ziele dieser Politik hat neulich recht treffend Herr von Maday in der „Silse“ dahin präzisiert, daß Japan bei seinem Vorgehen in China nicht an die Eroberung ganz Chinas oder dessen „Koreanisierung“ denke: „Nicht umsonst ging Tokio in die Schule Westeuropas mit seinen modernen Ideen von imperialistischer, monarchistischer, rassenpolitischer, verkehrstechnischer Machtentwicklung in großräumigen, Erdteile und Ozeane umspannenden Organisationsformen. . . . Ihm soll all das Gelbe Meer und dessen Handel und Verkehr gehorchen, ihm die mongolische Monroelehre dienlich sein, als berechtigtes Herrenvolk die abendländischen Mächte auf der Stufe untergeordneter Wettbewerber niederzuhalten. Von seiner Macht soll China durch ein Netz flug angelegter flankierender und zentraler Siedlungs- und Einflusgebiete in Schach gesetzt werden, und ihm soll der ganze chinesische Wirtschaftsraum, vorab die Häfen von Port Arthur und Tsingtau samt Eisenbahnen, Schifffahrt, Eisen- und Kohlenlager Schantungs und des Yangtsegebietes, eine feste Weide für seine Industrie und seinen Handelsbetrieb sein.“ Um dieses Ziel zu erreichen, das es bei seiner isolierten Stellung nur schwer durchsetzen könnte, hat sich Japan mit Russland verbündet, indem es ihm als Gegenleistung eine Rückenbedeckung im fernen Osten und freie Hand in den von ihm „beeinflussten“ chinesischen Randländern bot.

Selbstverständlich stellt das russisch-japanische Abkommen eine Beeinträchtigung der Interessen aller jener Staaten dar, die wirtschaftlich und insolgedessen auch politisch in China interessiert sind. In erster Linie kommen hier die Vereinigten Staaten und Deutschland in Betracht. Weniger bedroht erscheint England, das zu fest im Jangtsetal und in Südschina sitzt, als daß es in absehbarer Zeit durch Japan bedroht werden könnte. Allerdings dürfte das russisch-japanische Abkommen, das die Macht Japans im fernen Osten ungeheuer verstärkt, auch für England kaum angenehm sein. Aber abgesehen von den Ueberreibungen, die sich manche deutsche Blätter bei der Schilderung dieser Beeinträchtigung Englands zuschulden kommen lassen, liegt in der hierbei zur Schau getragenen Genugtuung eine merkwürdige Verkennung des inneren Kerns des Unschlusses, der sich vor unseren Augen an den Küsten des Stillen Ozeans, des „Ozeans der Zukunft“, vollzieht. Mit Recht sagt E. v. Salzmann, ein guter Kenner der fernöstlichen Verhältnisse, in der „Vossischen Zeitung“: „Der Haß gegen England scheint da wie eine Suggestion zu wirken. Die Freude, daß England in erster Linie durch den neuen Vertrag getroffen wird, übersteigt die Einsicht, daß auch und dieses neue Abkommen wirtschaftlich zu schädigen bestimmt ist.“ In der Tat bedeutet die Machtverstärkung

Japans und zum Teil auch Russlands im fernen Osten eine starke Beeinträchtigung aller westeuropäischen Staaten, deren wirtschaftlichen Zukunftsoffnungen in dem noch wenig erschlossenen China größere Hemmnisse als bisher in den Weg gelegt werden dürften. Hier zeigt sich schon die tragische Wirkung und die „falsche Rechnung“ des Weltkrieges, selbst vom Standpunkt des kapitalistischen Imperialismus. Im Kriege geschwächt und vor gewaltige innerpolitische Aufgaben gestellt, sehen sich die kapitalistischen Staaten Westeuropas schon jetzt einem viel engeren Gebiet gegenüber, auf dem sich die imperialistischen Kräfte tummeln können. (z)

Der Generalstreik in Spanien.

Berlin, 15. Juli. (W. Z. B.) Die spanische Botschaft teilt mit: Nach einer amtlichen telegraphischen Nachricht herrscht in ganz Spanien Ruhe. Jeden Tag nimmt eine größere Anzahl Eisenbahnarbeiter den Dienst wieder auf. Nach der obigen Meldung, die recht unklar gehalten ist, scheint der spanische Generalstreik, mindestens auf den Eisenbahnen, im Abflauen begriffen zu sein. Man wird aber nähere Nachrichten abwarten müssen, um die mit der „Liquidation“ des Streiks in Verbindung stehenden Vorgänge beurteilen zu können. Jedenfalls scheint die Bewegung der spanischen Arbeiter ernster und anhaltender zu sein, als sie nach der offiziellen Beruhigungsnote dargestellt wird. Konnte doch noch der Pariser „Temps“ auf Grund der Nachrichten aus Madrid am 13. d. M. berichten, „im allgemeinen erscheine die Lage sehr unglücklich“. Inzwischen sind die verfassungsmäßigen Garantien aufgehoben und im ganzen Lande der Belagerungszustand erklärt worden. Auch hat die Regierung die vorsorgliche Aufhebung des Streikgesetzes ausgenutzt, die sie ermächtigt, die Angestellten öffentlicher Einrichtungen auf dem Wege der militärischen Einberufung zu ihrer Tätigkeit anzuhalten. Hunderte von Eisenbahnangestellten sind daraufhin eingezogen oder verhaftet worden. Möglich, daß die nun amtlich gemeldete beginnende „Dienstaufnahme“ der Eisenbahner eben mit dieser Maßregel zusammenhängt. Und daß nach den heftigen Kundgebungen und Zusammenstößen in Bilbao und Barcelona jetzt in ganz Spanien die „Ruhe“ eingekehrt sei, dürfte wohl in erster Linie auf die militärischen Maßnahmen der Regierung und den Belagerungszustand zurückzuführen sein.

Daß eine solche Unzufriedenheit in der spanischen Arbeiterschaft herrscht, geht schon aus der Tatsache hervor, daß der auf der Nordbahn entstandene Streik sich in wenigen Tagen auf sämtliche Industriestädte ausdehnte und das gewerbliche Leben des Landes lahmlegte. Der allgemeine spanische Arbeiterbund schuf sofort einen ständigen Landesauschuß mit der Vollmacht, für alle Arbeiterverbände verbindende Beschlüsse zu verfaßeln. Diese Maßnahme sicherte den Arbeitern eine Geschlossenheit des Handelns, die für den Erfolg ihrer Aktion sicherlich von Bedeutung sein wird.

Ueber die Verhältnisse auf der Nordbahn, auf der der Streik ausbrach, teilt die „Frankfurter Zeitung“ mit: Die Nordbahn hat sich von dem scharfen Rückgang ihrer Einnahmen, der auf den Ausbruch des Weltkrieges folgte, durch den starken, durch Kriegslieferungen hervorgerufenen Zunahme des Güterverkehrs rasch erholt, so daß sie die im Jahre 1914 von 24 Peseten im Vorjahr auf 15 Peseten herabgesetzte Dividende im folgenden Jahr bei aller Rücksicht auf die Unsicherheit der weiteren Entwicklung bereits wieder auf 18 Peseten erhöhen konnte. Es scheint also nicht, daß die bekanntlich unter dem Einfluß des französischen Kapitals stehende Gesellschaft sich heute in einer Lage befindet, die es ihr unmöglich machen würde, in ihren Lohnsätzen auf die schwere Verteuerung des Lebens Bedacht zu nehmen, die auch in Spanien durch den Krieg herbeigeführt wurde. Auf dieser Linie sind denn auch die Beweggründe des Streiks zu suchen.

Das Blatt spricht dann weiter die Ueberzeugung aus, daß an einer friedlichen Lösung des Konflikts nicht zu zweifeln sei, da die spanischen Regierungen ein „bedeutendes Talent für die Schlichtung sozialer Streitigkeiten“ bezeugen hätten, und da andererseits in Frankreich, wo die finanzielle Leitung der Nordbahngesellschaft ihren Sitz hat, ein lebhaftes Interesse für die baldige Wiederaufnahme des Betriebes bestehen dürfte. An „bedeutende Talente“, die soziale Streitigkeiten mit Hilfe von Ausnahmemaßnahmen und Militärmahnen „schlichten“, vermögen wir zwar nicht zu glauben. Eher ist aber anzunehmen, daß der zweite Grund, der finanzieller und militärisch-politischer Natur ist, neben der Furcht vor der spontanen Massenbewegung der Arbeiter, die Regierung veranlassen wird, auf einen annehmbaren Ausgleich hinzuarbeiten.

Der französische Tagesbericht.

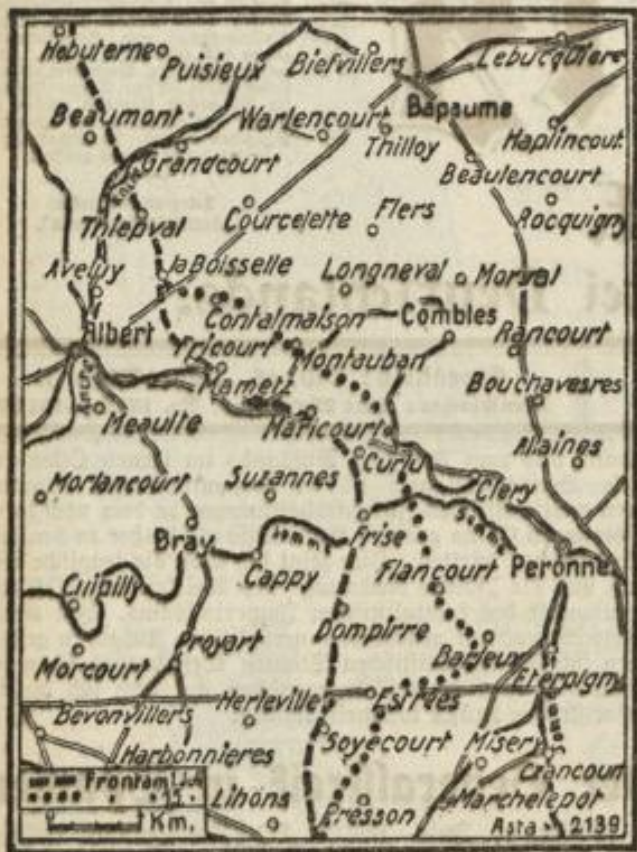
Paris, 15. Juli. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom Freitag nachmittag. Nördlich der Aisne wurden die Deutschen südlich von Villeroy durch unser Maschinengewehrfeuer angehalten. Auf dem rechten Ufer der Maas dauert der Artilleriekampf in sehr heftiger Weise im Abschnitt von Souville fort. Einige Patrouillenscharmähele im Gebiet von Chemois werden gemeldet. An der übrigen Front keine Ereignisse.

Paris, 15. Juli. (W. Z. B.) Amtlicher Bericht vom Freitag abend. Der Tag war an der ganzen Front verhältnismäßig ruhig.

Flugwesen: Zur Vergeltung der feindlichen Bombenwürfe auf die offene Stadt Lunéville in der Nacht vom 24. zum

25. Juni hat einer unserer Flieger in der vergangenen Nacht aus einer Höhe von 500 Metern mehrere Granaten schweren Kalibers auf die Stadt Mühlheim (am rechten Ufer des Rheins) geworfen.

Belgischer Bericht: Artilleriekämpfe an verschiedenen Stellen der belgischen Front, insbesondere in der Gegend von Steenstraete, wo der Kampf im Laufe des Nachmittags sehr heftig wurde.



Frontkarte zur englisch-französischen Offensive.

Die englische Meldung.

London, 14. Juli. (W. Z. V.) (Neuermeldung.) Amtlich. Daig telegraphiert: Heute früh bei Tagesanbruch griff ich das zweite Verteidigungssystem des Feindes an. Unsere Truppen sind an einer Front von vier Meilen in die feindlichen Stellungen eingedrungen und haben mehrere stark besetzte Punkte erobert. Die schweren Kämpfe dauern fort.

London, 14. Juli. (W. Z. V.) Ergänzendes amtliches Bericht. Die Zeit vom 11. bis 12. Juli wurde hauptsächlich dazu benutzt, die ungeheuer starken Stellungen des Feindes zu beschießen oder sonstige Vorbereitungen für ein weiteres Vordringen vorzunehmen. Der Sturmangriff begann heute früh um 3 Uhr 25 Minuten nach einer heftigen Beschichtung der überfluteten feindlichen Stellungen auf der ganzen Angriffsfront. Wir machten viele Gefangene. Die ansehnlichen im Trones-Wald einen Teil des Royal West-Kentregiments, der während eines jüngsten Gefechtes von den anderen britischen Truppen getrennt, von den Deutschen umzingelt wurde und tapfer 48 Stunden lang im nördlichsten Teil des Waldes aushielt. Das ganze Dorf Bagatin-le-Petit blieb in unserer Hand, nachdem die Deutschen aus ihm im Laufe des Nachmittags hinausgeworfen worden waren.

London, 14. Juli. (W. Z. V.) Englischer Heeresbericht. Das heftige Feuer hielt den ganzen Tag über an. Wir vermehrten ständig unsere Gewinne und halten jetzt die zweite Stellung des Feindes von Bagatin-le-Petit bis Longueval einschließlich und den ganzen Trones-Wald. Zwei einschlägige Gegenangriffe des Feindes wurden vollständig abgeschlagen. Die Deutschen nahmen später Bagatin-le-Petit zurück, wurden aber unmittelbar wieder herausgeworfen.

Portugiesische Truppen für die Westfront?

Bern, 14. Juli. (W. Z. V.) Nach „Temps“ verläßt in einigen Tagen die erste portugiesische Division von 22 000 Mann das Lager in Tancos. Die zweite Division wird gegenwärtig mobilisiert und soll in zwei Monaten abmarschfertig sein. Ihr soll eine dritte aus Tancos folgen. Der Mitarbeiter vom „Temps“ hebt hervor, daß man in gewissen Kreisen die Aussicht auf ein militärisches Eingreifen, das nicht zum unmittelbaren Ziele die Verteidigung des portugiesischen Bodens hat, unlegbar mit einer gewissen Ängst betrachte.

Bern, 14. Juli. (W. Z. V.) Die „Neue Zürcher Zeitung“ meldet aus dem Haag, daß die ersten portugiesischen Truppen nach Bordeaux verfrachtet und für die Westfront bestimmt sind.

Der Bericht der russischen Heeresleitung.

Petersburg, 15. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht von Freitag nachmittag.

Westfront: Nördlich der Driwlatz-Sees hatte ein Patrouillenvorstoß guten Erfolg. Feindliche Flieger warfen auf den Flecken Wolonitski (30 Kilometer) nordöstlich Waranowitski 70 Bomben ab. Wegen unfers auf dem linken Stokob-Ufer eingegrabenen Truppen richtet der Feind heftige Angriffe. Nördlich der unteren Lipa beschloß die feindliche Artillerie heftig unsere Stellungen.

Galizien: Westlich der Strypa machten Deutsche und Oesterreicher besonders heftige Gegenangriffe. Die Gesamtzahl der in diesem Räume bisher gemachten Gefangenen ist auf 3200 deutsche und österreichische Soldaten, die Deutsche auf 2 Geschütze, 10 Maschinengewehre und einen Bombenwerfer gestiegen.

Kaukasus. Westlich Erzerum schreitet unser Angriff erfolgreich vorwärts, eine Reihe besetzter feindlicher Stellungen sind bereits in unserer Hand. In mehreren Abschnitten wurden stürker, nach Westen zurückgehende feindliche Kolonnen beobachtet. Unsere Truppen greifen die Türken energisch an, die sich in flüchtig ausgehobenen Aufnahmestellungen zu halten suchen. Am 14. Juli (40 Kilometer östlich Erzerum) brachte unser Artilleriefeuer feindliche Munitionsdepots zum Auffliegen. Einer unserer türkischen Truppenteile ging, nachdem er zwölf heftige feindliche Gegenangriffe abgewiesen hatte, selbst zum Angriff über und machte erhebliche Fortschritte.

Petersburg, 15. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht vom 14. Juli. Abendbericht. Westfront: Bei dem Hofe Gindolwe südöstlich der Narok-Sees griffen wir die deutschen Vorposten an und zwangen sie zur Flucht. Ein vom Feinde nach starker Artillerievorbereitung vorgetragener Angriff bei dem Dorfe

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 15. Juli 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Die nach der ersten blutigen Abweisung fortgesetzten englischen Angriffe nördlich der Somme haben zu schweren Kämpfen geführt. Zwischen Pozidres und Longueval gelang es dem Gegner mit hier massierten Kräften trotz stürker Verluste in unsere Linien einzudringen und zunächst Boden zu gewinnen, sowie im Trones-Waldchen festzusetzen. Der Stoß ist aufgefangen. Der Kampf wird heute fortgesetzt. Südlich der Somme keine Infanterietätigkeit.

Von der übrigen Front sind, abgesehen von ergebnislosen Unternehmungen kleinerer englischer Abteilungen südöstlich von Armentières, in der Gegend von Augrès, Neuville und nordöstlich von Arras, keine Ereignisse von Bedeutung zu berichten.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Hindenburg

Russische Abteilungen, die bei Lennawaden (nordwestlich von Friedriehstadt) die Düna zu überschreiten versuchten, wurden abgewiesen.

Auf die mit starkem Verkehr belegten Bahnhöfe an der Strecke Smorgon—Rosloderzno wurden zahlreiche Bomben abgeworfen.

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls Prinzen Leopold von Bayern.

In Gegend von Strobowa wurden Teile der vom Gegner seit seinem ersten Anlauf am Morgen des 3. Juli noch gehaltenen Stellen der ersten Verteidigungslinie im Angriff zurückgewonnen, und hierbei 11 Offiziere, über 1500 Mann gefangen genommen.

Heeresgruppe des Generals v. Linsingen

Die Lage ist unverändert. Gegen Truppentransportverkehr auf dem Bahnhof Kiwercy (nordöstlich von Luch) erzielten unsere Flugzeuggeschwader gute Trefferergebnisse.

Armes des Generals Grafen v. Bothmer keine wesentlichen Ereignisse.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Eine feindliche Abteilung, die einen vorgeschobenen bulgarischen Posten südwestlich von Gledzini angriff, wurde abgewiesen. Durch Feuer auf Guelmenli (nordöstlich des Dojran-Sees) wurden sieben griechische Einwohner, darunter vier Kinder getötet.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 15. Juli. (W. Z. V.) Amtlich wird veröffentlicht:

Russischer Kriegsschauplatz.

Südwestlich von Wolowa wurden russische Abteilungen, die sich gegen unsere Stellungen vorwagten, zerstreut.

Bei Jablonica, südöstlich von Rabie, brachten wir in erfolgreichen Streifungen zweihundert Gefangene ein.

Bei Delatyn erhöhte feindliche Tätigkeit. Feindliche Vortruppen, die in die Stadt eingedrungen waren, wurden an den Südrand zurückgeworfen. Ein von den Russen südwestlich von Delatyn veruscher Angriff brach in unserem Feuer zusammen. Sonst im Nordosten nichts Neues.

Italienischer Kriegsschauplatz.

Der gestrige Tag verlief auch an der Front zwischen Brenta und Esch viel ruhiger. Im allgemeinen beschränkte sich die Kampftätigkeit auf Geschützfeuer. Vereinzelt Vorstöße des Feindes gegen unsere Stellungen nördlich des Vesina-Tales und ein größerer Angriff gegen den Vercola-Paß wurden abgewiesen.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Des Stellvertreters des Chefs des Generalstabes: v. Döster, Feldmarschallsleutnant.

Jareze (3 Kilometer) südlich Stobhwa (38,8 Kilometer nordöstlich Nowel) wurde auf die Sturmstellungen zurückgewiesen. Feindliche Flieger warfen Bomben auf Luch und den Bahnhof Kiwercy, nordöstlich Luch. Südöstlich Swiniuch, bei dem Dorfe Pusomjts, beschloß der Gegner mit Feld- und schwerer Artillerie heftig unsere Stellungen. — Galizien: Westlich der Strypa nimmt der Kampf an Heftigkeit ab.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 14. Juli. (W. Z. V.) Amtlicher Bericht. Im Camonicaal wachsende Tätigkeit der feindlichen Artillerie gegen unsere Stellungen am Tonale und auf dem Adamello. Im Eschgebirge nahm unsere Artillerie feindliche Batterien auf den Abhängen des Bianca sowie auf dem Marsch befindliche Truppenkolonnen und Convois unter Feuer. Auf der Rosinafront wiesen wir einen feindlichen Gegenangriff auf den Monte Rajo zurück. Auf der Hochfläche der Sieben Gemeinden lebhafteste Artillerie- und Infanteriekämpfe. In der Tolanzzone hatte sich der Feind auf der felsigen Spitze östlich vom Col des Bois, die Castellotto heißt, festgesetzt und bekehrte sich dadurch die Dolomitenstraße und den Eingang zum Travençogestal. In beharrlicher täglicher Arbeit gruben wir einen ungeheuren Schacht, den wir in der Nacht zum 12. Juli in die Luft sprengten. Der Gipfel der Höhe Castellotto wurde in die Luft geschleudert und begrub die ganze Abteilung unter seinen Trümmern. Unsere Alpini erkletterten darauf die abschüssigen Wände der Felsenpyramide, besetzten die Stellung und verdrängten sie gründlich. In der Nacht zum 13. Juli rief der Feind neue Streitkräfte herbei und griff, von zahlreichen Batterien unterstützt, Castellotto an. Nach heftigem Handgemenge wurde er zurückgeworfen und erlitt sehr schwere Verluste. Während des ganzen gestrigen Tages dauerte das feindliche Artilleriefeuer gegen die Stellung erbittert und während an, ohne ihren festen Widerstand erschüttern zu können. Auf der übrigen Front bis zum Meer Tätigkeit der beiderseitigen Artillerien. In der letzten Nacht schleuderten feindliche Flieger Bomben auf Padua. Zwei Personen wurden getötet, wenige verletzt; der angerichtete Schaden ist gering.

Bericht des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 15. Juli. (W. Z. V.) Das Hauptquartier teilt mit:

An der Front machten wir einen artilleristischen Feuerüberfall auf ein feindliches Lager und zerstörten dort eine hydraulische Maschine.

An der persischen Front keine wichtige Veränderung.

An der Kaukasusfront ist die Lage am rechten Flügel unverändert. Die Kämpfe im Zentrum haben bisher kein endgültiges Ergebnis gezeitigt. Wir haben festgestellt, daß der Feind bei seinen wiederholten Angriffen schwere Verluste erlitten hat. Die feindlichen Angriffe am linken Flügel wurden vollständig zurückgewiesen. Im Abschnitt von Smyrna warf ein feindlicher Flieger wirkungslos Bomben auf die Umgegend von Söke.

Im östlichen Teil des Schwarzen Meeres versenkten unsere Unterseeboote neuerdings drei große feindliche Transportschiffe und zwangen ein viertes, auf den Strand zu laufen.

Vom U-Boot-Krieg.

London, 14. Juli. (W. Z. V.) Neuter meldet, daß der britische Dampfer „Elberton“ (2882 Tonnen) versenkt wurde.

Oslyth, 14. Juli. (W. Z. V.) Neuter meldet, daß die norwegischen Fischdampfer „Grim“ und „Gnar“ hier die Belagerung des von einem feindlichen U-Boot versenkten Fischdampfers „Lungale Castle“ aus North Shields landeten.

Die Behandlung des Handels-U-Bootes „Deutschland“.

Washington, 14. Juli. (W. Z. V.) Neuermeldung. Der Berichterstatter des Handelsamtes übergab dem vortragenden Rat im Staatsdepartement, Wolf, seinen Bericht über den Charakter der „Deutschland“. Dieser legte den Bericht in der Sitzung des Ministerrats vor. Man glaubt zu wissen, daß der Bericht eine gleiche Behandlung wie für Handelschiffe vorschlägt. Infolgedessen wird erwartet, daß das Schyamt dem Schiff die Erlaubnis erteilen wird, Baltimore zu verlassen, sobald Kapitän König es wünscht.

Englische Denkschrift zur Aufhebung der Londoner Deklaration.

London, 14. Juli. (W. Z. V.) (Meldung des Neuterischen Bureau.) Bei der Ueberlegung der neuen Order in Council über die Seefriedführung an die Vertreter der neutralen Staaten in London fügte Staatssekretär Grey die folgende Denkschrift bei, in der die Gründe für die neue Order dargelegt sind: Bei Beginn des Krieges glaubten die alliierten Regierungen in ihrem Bemühen, die Verhältnisse nach den Grundsätzen des Völkerrrechts einzuordnen, daß sie in der Londoner Deklaration eine geeignete Zusammenfassung der Grundsätze und Bestimmungen finden würden. Sie einigten sich auf den Beschluß, die Vorschriften der Deklaration anzunehmen, nicht, weil sie an und für sich für sie geistliche Kraft besäßen, sondern weil sie in ihren Hauptlinien eine Festlegung der Rechte und Pflichten der Kriegführenden darzustellen schienen, die auf die Erfahrungen der Seekriege gegründet war. Da der gegenwärtige Kampf einen Umfang und Charakter über alle früheren Begriffe hinaus annahm, wurde es klar, daß der zur Friedenszeit in London gemachte Versuch, nicht nur die Grundsätze des Völkerrrechts, sondern selbst die Formen festzusetzen, unter denen sie angewendet werden sollten, nicht ein völlig befriedigendes Ergebnis gehabt hat. Es ist eine Tatsache, daß diese Bestimmungen, während sie nicht in jeder Hinsicht eine Verbesserung der Neutralen gemächerten Sicherheit bedeuten, den Kriegführenden bei der Ausübung der ihnen zugehörigen Rechte nicht die wirksamsten Mittel zur Verfügung stellen. Im Fortgang der Ereignisse brachten die deutschen Mächte alle ihre geistigen Fähigkeiten in Anwendung, um den Druck, der sie einschnürte, zu lockern und einen Kanal für die Zuführung des Benötigten wieder zu öffnen. Ihre Anschläge kompromittierten den unschuldigen neutralen Handel und brachten ihn in den Verdacht, eine feindliche Agentur zu sein. Ueberdies schufen die mannigfaltigen Entwicklungen der Wissenschaft des See- und Militärwesens, die Erfindung neuer Kriegsmaschinen und die von den deutschen Mächten erfolgte Zusammenfassung ihrer Hilfsmittel in ihrer ganzen Ausdehnung zu militärischen Zwecken Verhältnisse, die ganz und gar verschieden waren von denen, die in den früheren Seekriegen obwalteten. Die in der Londoner Deklaration niedergelegten Bestimmungen konnten die Belastungsprobe nicht aushalten, die die äußerst schnell sich ändernden Verhältnisse und Richtungen mit sich brachten, die nicht vorhergesehen werden konnten. Die alliierten Regierungen waren gezwungen, der so geschaffenen Lage Rechnung zu tragen und die Bestimmungen der Deklaration von Zeit zu Zeit diesen sich ändernden Verhältnissen anzupassen und mit ihnen in Einklang zu bringen. Diese nach und nach eingetretenen Veränderungen mögen vielleicht die Ansicht der Alliierten der Wichtigkeit ausgesetzt haben. Aus diesem Grunde sind sie zu dem Entschluß gekommen, daß sie sich darauf beschränken müssen, einfach die historischen und zugelassenen Regeln des Völkerrrechts in Anwendung zu bringen. Die Alliierten erklären feierlich und vorbehaltlos, daß die Tätigkeit ihrer Kriegsschiffe sowie die Rechtsprechung ihrer Kriegsgerichte auch in Zukunft mit diesen Grundsätzen in Einklang stehen werden, daß sie ihre Verpflichtungen erfüllen und im besonderen die Bestimmungen aller internationalen Vereinbarungen bezüglich der Kriegsgesetze beobachten werden, und daß sie, eingehend der Gesetze der Humanität, jeden Gedanken, das Leben von Nichtkämpfern zu bedrohen, aufs äußerste von sich weisen. Ferner daß sie nicht ohne Grund neutrales Eigentum beschlagnahmen werden, und daß, falls sie durch eine Handlung ihrer Flotten den Interessen eines im guten Glauben handelnden Kaufmanns Schaden zufügen sollten, sie immer bereit sein werden, seine Ansprüche in Erwägung zu ziehen und ihm eine der Billigkeit entsprechende Entschädigung zu gewähren.

Bethmanns Kriegsziele in französischem Lichte.

Bern, 14. Juli. (W. Z. V.) Zu den halbamtlichen Äußerungen der deutschen Reichsregierung über die Friedensziele bemerkt „Temps“, sie schaffen zwar keine Klarheit über die Lösung des europäischen Konfliktes, aus dem einfachen Grunde, weil Deutschland und Oesterreich besiegt würden und darum keine Friedensbedingungen zu diktieren hätten. Aber sie verdienen doch ernsthafte Aufmerksamkeit, weil sie über die Stimmung der politischen Kreise jenseits des Rheins Aufschluß geben. Der Widerstand des Kanzlers gegenüber den annexionalistischen Forderungen, so heißt es weiter, entspringt keinen Gewissensbissen, sondern der Furcht vor der Zukunft, die, wie er weiß, voller Sorgen und Angst sein wird. Trotz harter Worte für persönliche Gegner bewegt sich der Kanzler, was das Prinzip der Annexionen selbst angeht, in sehr unbestimmten Äußerungen, die verschieden ausgelegt werden können und darum gleichsam den unterwürfigen Sozialdemokraten wie den Gemäßigten Genüge leisten. Ist

es nicht selbst festzustellen, daß Bethmann Formel: „Die Einfallstore dem fremden Einfluß zu entziehen und Rußland hinter die Ströme zurückzuwerfen usw.“ mit ihrem gewollten Mangel an jeder Genauigkeit nach Bedarf sich allem anpaßt und den Wünschen der Anzionisten in dem Maße entsprechen soll, wie die Umstände es erlauben werden? Heute, wie im ersten Kriegesmonat, ist das offizielle Deutschland auf Eroberungen verlesen. Wenn ihm Gelegenheit würde, den Friedensschluß zu betreten, während es noch im Osten und Westen Pfänder besetzt hält, so würde es keine Ansprüche sogleich in diesem Sinne stellen. Nur der Sieg der Alliierten wird es sich bei der harten Wirklichkeit bescheiden lassen.

Eine Festrede Poincarés.

Bern, 15. Juli. (W. Z. B.) Wie aus Paris gemeldet wird, hielt vor einer Festversammlung anlässlich des Nationalfeierstages Präsident Poincaré eine Rede, in der er den gefallenen und den kämpfenden Franzosen den Dank des Vaterlandes und den Hinterbliebenen die innige Teilnahme ausdrückte. Er streifte mit einigen Worten auch die Friedensfrage, indem er ausführte: Die Zentralmächte können in der Tat sich keiner Illusion mehr hingeben über die Möglichkeit, die Alliierten auf die Knie zu zwingen und ihrer Müdigkeit den Frieden zu entreißen, der für den vörelischen Militarismus nur eine Kriegslist sein würde, um die Vorbereitungen eines neuen Angriffes zu maskieren. Vergänglich beugen sich unsere Feinde über diese Kriegskarte, auf die sie sich mit hochmütiger Genugtuung jüngst beriefen. Man muß auch auf die Meerestakte schauen. Die Stärke der kriegsführenden Nationen berechnet man weniger nach der geographischen Lage der Schützengräben als nach dem Zustand der kämpfenden und der Reservetruppen, nach ihrer Fähigkeit zu Widerstand und Offensive und nach der moralischen Stimmung der Völker und Armeen. Für die großen europäischen Nationen geht es um Sein oder Nichtsein. Für eine freie Demokratie wie die unsere würde das bedeuten, nur noch in dem erstickenden Schatten des germanischen Kaiserreichs mit Mühe und Not zu vegetieren, das stark genug ist, um über ganz Europa seine drückende Hegemonie auszubreiten. Je mehr wir die Schrecken des Krieges erleben, desto mehr müssen wir mit Leidenschaft daran arbeiten, seine Wiederkehr zu verhindern, desto mehr müssen wir wünschen und wollen, daß der Friede uns mit völliger Wiederherstellung der gestern oder vor 48 Jahren geraubten Provinzen die Wiederherstellung der auf Kosten Frankreichs oder seiner Verbündeten verletzten Rechte bringt, sowie die notwendigen Garantien für eine endgültige Bewahrung unserer nationalen Unabhängigkeit.

Ein bedauerlicher Beschluß.

Am 8. Juli hat die Konferenz der Arbeiter der alliierten Länder in Leeds in England getagt. Unsere Leser wissen, wie die Konferenz und wie die Delegationen zustande gekommen sind. Man darf ruhig behaupten, daß zum mindesten die französischen und die italienischen Delegierten nicht die Meinung der Mehrheit der organisierten Arbeiter vertreten. Die einzelnen Arbeiterorganisationen selbst sind gar nicht befragt worden, sondern der Vorstand der französischen Gewerkschaftszentrale hat einfach beschlossen.

Die Konferenz hat sich vor allem wieder mit der Frage der Verlegung des internationalen gewerkschaftlichen Zentralbureaus beschäftigt und die Verlegung von Berlin nach Genf verlangt. Außerdem hat die Konferenz beschlossen, in Paris ein Korrespondenzbureau zu schaffen, das die Arbeiter der alliierten Länder vereinigen soll. Zoubauz soll Generalsekretär sein, Appleton Sekretär für Großbritannien, Kalkman für Belgien; der Abgeordnete von Ambria und der von Calbat, die die Gewerkschaften (Travailleurs de la Mer) vertreten, für Italien. Alle Redner kritisierten die alte Internationale, die der Reflex des deutschen Imperialismus gewesen sei, sehr scharf. Die neue Internationale müsse dem deutschen Einfluß entzogen werden.

Ein Vorschlag der amerikanischen Gewerkschaften regte an, in derselben Zeit und derselben Stadt, wo die Friedensverhandlungen stattfinden werden, einen internationalen Gewerkschaftskongress einzuberufen. Diese Frage wurde als noch nicht sprechreif angesehen. Wenn der Friede nahe sei, werde ein Kongress zu nützlicher Zeit seine Wünsche in bezug auf den Friedensvertrag formulieren müssen.

Schließlich hat die Konferenz noch die Ansicht ausgesprochen, daß, obgleich sie ihre Anhänglichkeit an die Prinzipien der Gewerkschaftsinternationale befestigt, „unter den gegenwärtigen Umständen die Verständigung nur unter den Arbeiterorganisationen der alliierten Nationen möglich und wünschenswert ist“.

Mit diesem Beschluß haben die Vertreter der französischen und englischen Gewerkschaften der gesamten Arbeiterbewegung einen schlechten Dienst erwiesen. Anstatt die vorhandenen Schwierigkeiten zu überbrücken, schaffen sie eine tiefe Kluft und scheiden in einer Zeit, wo der internationale Gedanke in der Arbeiterschaft zu kräftigerem Leben wieder erwacht, die Gewerkschaftsbewegung in zwei feindliche Gruppen, deren gemeinsames Arbeiten zurzeit „nicht wünschenswert“ sei!

Verhaftung eines irischen Abgeordneten.

London, 15. Juli. (W. Z. B.) (Neuermeldung.) Das nationalistische Mitglied des Unterhauses Ginnell wurde in Anstuford in Chester unter dem Reichsbeteiligungsgehalt verhaftet. Er hatte unter einem falschen Namen die Erlaubnis zum Besuche irischer Gefangener, die in Anstuford interniert sind, zu erlangen versucht.

Zum Austausch der Zivilgefangenen.

London, 13. Juli. (W. Z. B.) Neuer. In Beantwortung einer Anfrage gab der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Lord Robert Cecil im Unterhause den wesentlichen Inhalt der deutschen Antwort auf die englischen Beschwerden über die ungenügende Ernährung der in Rußland internierten englischen Zivilpersonen wieder. Er sagte, die deutsche Regierung stelle entschieden in Abrede, daß sie ihre Verpflichtung, für genügende Ernährung zu sorgen, nicht anerkenne, und habe erklärt, die gelieferten Nationen seien für alle Kriegsgefangenen gleich. Es könne dies der Bericht des amerikanischen Doktor Taylor genau bestätigen, der die Zustände in den Lagern untersucht habe und das Ergebnis mitteilen werde. Wenn aus Grund von Repressalien die englische Regierung die Rationen der deutschen Gefangenen in England herabsetzen würde, so könne die deutsche der Sendung von Vorräten mit Nahrungsmitteln aus England an die Gefangenen in Rußland ein Ende setzen. (Anmerkung des Reuterschen Bureau: Auf diese Forderung sind die Gefangenen in Rußland für ihre Ernährung angewiesen.) Die deutsche Regierung habe erklärt, sie sei nicht abgeneigt, alle Zivilgefangenen in Freiheit zu setzen, aber sie widerlege sich dem Vorschlag, auf jeder Seite die gleiche Anzahl von Zivilgefangenen zu befreien, da die Anzahl der deutschen Zivilgefangenen, die in Freiheit gesetzt werden sollten, unüberwindliche Schwierigkeiten biete.

Lord Robert Cecil fuhr fort: Der letzte Satz scheint zu bedeuten, daß wir alle Gefangenen im Austausch für die englischen Gefangenen freilassen sollen. Die Regierung beabsichtigte, in ihrer Antwort es abzulehnen, 20.000 deutsche Gefangene in England im Austausch gegen nur 4000 englische Gefangene freizulassen. Die

englische Regierung hat bereits Deutschland vorgeschlagen, daß alle über 50 Jahre alten Zivilgefangenen auf beiden Seiten in ihr Vaterland zurückgeschickt werden sollen und auch alle über 45 Jahre alten Felddienstfähigen mit Ausnahme einer gewissen Anzahl, die aus militärischen Gründen zurückgehalten werden sollten. Dieser Vorschlag der englischen Regierung würde noch einmal dringender der deutschen Regierung gemacht werden mit der Bedingung, daß die so zurückgehaltenen Personen nicht mehr als 20 auf jeder Seite betragen sollen.

Die englische Regierung werde ferner vorschlagen, daß der Rest der englischen Zivilgefangenen und eine gleiche Anzahl deutscher Zivilgefangenen in einem neutralen Lande interniert werden sollen. Ein Mitglied fragte, ob das Haus annehmen könne, daß die Politik der Repressalien aufgegeben worden sei. Cecil antwortete: Nein. Das Haus dürfe nicht zu einem solchen Schluß kommen. Die Regierung behalte sich ihre Freiheit vollkommen vor, Wieder Vergeltung zu üben, wenn dies der einzige Weg scheine, Gerechtigkeit zu erlangen.

Englische Finanzblockade gegen Belgien.

Berlin, 14. Juli. (W. Z. B.) Aus Mitteilungen einer holländischen Bankfirma an eine in Belgien ansässige Persönlichkeit geht hervor, daß der englische Bankier bei jeder brieflichen Geldüberweisung vom neutralen Amerika an das neutrale Holland eine Erklärung fordert, daß die überwiesenen Summen nicht feindlichen Untertanen oder Personen, die ihren Wohnsitz im besetzten Gebiet haben, zugute kommt. Fehlt die Erklärung, so wird die Überweisung nicht durchgeführt. Dadurch ist es also Belgiern unmöglich gemacht, aus den Vereinigten Staaten Dividendenzuflüsse zu empfangen. Nach der Kohlenblockade die Geldblockade (wobei es nebenbei fremde Rohstoffe und fremde Gelder sind, die ferngehalten werden). Und England ist doch als Reiter Belgiens in den Krieg gezogen!

Falsche italienische Behauptungen.

Bern, 15. Juli. (W. Z. B.) „Giornale d'Italia“ meldet aus Paris, Generalgouverneur von Vissing habe eine Verordnung erlassen, durch die einberufenen oder tauglichen Italiener die Ausreise aus Belgien verboten werde und sie wie die militärtauglichen Belgier unterworfen werden sollen. Diese Nachricht sowie die bereits veröffentlichten Meldungen der Agenzia Stefani, meint „Giornale d'Italia“, sie bedeuten deutsche gegen Italien feindliche und ungerade Handlungen, die eine abscheulich vorläufige Absicht aufdecken. Das Ausreiseverbot italienischer Tauglicher stelle eine offene Verletzung aller Gesetze des öffentlichen sowie jeder Norm des internationalen Rechts dar. Die Anordnung bilde also einen unerklärlichen feindseligen Akt, da es sich um zwei nicht miteinander im Krieg befindliche Staaten handle. Ersterer sei die von Stefani vorbereitete, folglich amtliche Nachricht über Zahlungseinstellungen an Italiener. Diese Nachricht sei von Deutschland an alle deutschen Banken gegeben worden und behandle die Italiener als Bürger eines feindlichen Staates. Diese Anordnung sei ungerechtfertigt, da bekanntermaßen zwischen Deutschland und Italien ein Abkommen bestiehe, wonach das Eigentum von Angehörigen beider Staaten gegenseitig garantiert werde. Italien habe sich bisher mit größter Aufrichtigkeit an das Abkommen gehalten.

Demgegenüber wird dem Wolffschen Telegraphen-Bureau von zuständiger Stelle mitgeteilt:

Die Meldungen der Agenzia Stefani sind unrichtig, da weder in Deutschland noch in Belgien amtliche Anordnungen zum Nachteil der italienischen Privatrechte ergangen sind. Wenn deutsche Banken italienische Guthaben bis auf weiteres nicht mehr auszahlen, so erwidern sie damit nur die Haltung, die sämtliche italienische Banken seit einem Jahre gegenüber deutschen Kunden einnehmen. Wenn ferner deutsche Berufsgenossenschaften Rentenabzahlungen an Italiener zurückhalten, so handeln sie gleichfalls lediglich nach dem Vorbild italienischer Amtsstellen, die seit langem Zahlungen an Deutsche abgulehnen pflegen und sich insbesondere weigern haben, für die unter Bruch des deutsch-italienischen Handelsvertrags requirierten deutschen Schiffe irgendwelche Zahlungen zu leisten.

Eine vollkommenere Verdrehung der Tatsachen ist es, wenn das offiziöse Blatt behauptet, Italien habe sich an die bekannte, für den Fall eines Krieges mit Deutschland getroffene Verständigung über die gegenseitige Sicherstellung der Privatrechte gehalten. Tatsächlich hat die italienische Regierung die Verständigung trotz fortwährender Vorstellungen von deutscher Seite zunächst durch Weisungen an die Postzensur und ähnliche Maßnahmen zu umgehen gewußt und schließlich durch die ein Zahlungsvorbot enthaltende Verordnung vom 30. April 1918 offen gebrochen; auf die deshalb erhobene Beschwerde der deutschen Regierung hat sie erwidert, daß sie sich an die erwähnte Verständigung nicht weiter für gebunden halte.

Bei dieser Sachlage entfiel für die deutsche Regierung jeder Anlaß, die von Banken und Berufsgenossenschaften schon lange als geboten erachteten Gegenmaßnahmen, die sich übrigens als reine Privatakte darstellen, noch ferner zu verhindern. Ebenso wenig kann nach dem Wegfall der Verständigung etwas dagegen eingewandt werden, daß Italiener aus militärischen Gründen die Erlaubnis zur Abreise zeitweise verweigert wird.

Politische Uebersicht.

Um die Kriegsziele.

Aus der Fronde gegen den Kanzler ergreift jetzt in der „Tägl. Rundschau“ auch der Abgeordnete Fuhrmann das Wort, dessen Betriedsamkeit bekannt genug ist, als daß man ihn unterschätzen könnte. Er wirft dem Kanzler vor, daß er es veräumt habe, einen „einheitlichen nationalen Willen“ zu schaffen, wie er nötig sei, um der äußeren Politik Ziele zu zeigen und diesen Zielen zur Verwirklichung zu helfen. „Wohl aber sind viele wertvolle Kräfte aus dem Volke selbst längst dafür tätig gewesen.“

Mit diesen wertvollen Kräften meint Herr Fuhrmann in aller Bescheidenheit sich selbst und seine Freunde, geführt von Herrn Dietrich Schäfer, dessen Ausschuß für einen deutschen Frieden begeistert gerühmt wird. Herr Fuhrmann kündigt an, daß die bevorstehende Propaganda des neugegründeten „Nationalausschusses“ ihm und seinen Freunden Anlaß geben werde, auch ihre Kriegsziel-agitation rücksichtslos in die Öffentlichkeit zu bringen. Die anscheinend dem Nationalausschuss zugebilligte Freiheit der Kriegszielerörterungen werde „der unabhängige Ausschuss für einen starken deutschen Frieden selbstverständlich für sich gleichfalls in Anspruch nehmen“.

Herr Fuhrmann greift dieser Gelegenheit freilich eigentlich schon vor. Denn man kann nicht gerade sagen, daß er über seine und seiner Freunde Kriegsziele mit schamhaftem Schweigen hinwegginge. Sogar an zwei Stellen erwähnt er sie mit unbedulmter Deutlichkeit. Das eine Mal sagt er:

„Wir haben unsere Schützengräben weit in Feindesland vorgeschoben und mit der Besetzung und Befestigung insbesondere der skandinavischen Küste eine profitorische Verlängerung unserer unzureichenden Seebasis bewirkt. Es wird die Aufgabe deutscher Staatskunst sein, nach uneingeschränkter Anwendung unserer Kräfte Mittel und unter restloser Ausnutzung der schließlich militärischen Lage im Westen und im Osten den neu gewonnenen militärischen Herrschaftsbereich beim Friedens-

schlusse in dem notwendigen Ausmaße in unser politisches Machtgebiet umzuwandeln.“

Und ein wenig später erklärt er:

„Neben Zweierlei aber darf kein Streit sein: Einmal darüber, daß es gelten muß, mit jedem verfügbaren Kampfmittel den Gegner, den wir als den gefährlichsten, als den Hauptfeind nunmehr erkannt haben, niederzurufen. Sodann darüber, daß unsere Zukunft noch bedrohter sein wird, als es jetzt schon die Gegenwart war, wenn wir unsere ungünstige, fremdem Einfluß die Tore öffnende und unsere weltpolitische Entwicklung hemmende geographische Lage nicht entschlossen und gründlich ändern. Das gilt für den Osten und Westen. Es gilt vor allem gegenüber England.“

Wir haben nichts dagegen, daß Herr Fuhrmann seine Kriegsziele zur Diskussion stellt. Aber was dem einen recht ist, muß dem anderen billig sein. Auch uns muß dann die Möglichkeit gegeben werden, unsere Anschauungen, die denen der Herren Schäfer und Fuhrmann diametral entgegengesetzten, zu vertreten. Wir haben das dringendste Interesse daran. Aber wahrlich nicht wir allein. Zum laundsoviellsten Male findet sich in dem Artikel des Herrn Fuhrmann die Behauptung, hinter ihm stünde die Mehrheit der Bevölkerung: „Alle Mitarbeiter — nämlich des Schäferischen Ausschusses — betonen, daß die große Mehrheit unseres Volkes sich in ihrer Auffassung mit dem allgemeinen Grundgedanken des Ausschusses einig fühlt.“ Das ist nicht wahr. Diesen gefährlichen Irrtum richtig zu stellen wird aber nur möglich sein, wenn auch die Andersdenkenden die Freiheit der Vertretung ihrer Forderungen erhalten. Es liegt im allgemeinen Interesse, es liegt im Interesse des Friedens und aller zukünftigen Entwicklung, daß diese Freiheit und damit die Möglichkeit einer sicheren Widerlegung derer um Fuhrmann gegeben wird.

Der Streit um den Kanzler.

Der Artikel der „Kölnischen Zeitung“, der gegen die Kanzlerfronde Stellung nahm, macht denen, gegen die er sich wendete, immer noch zu schaffen. Die „Deutsche Tageszeitung“ sucht es noch einmal so hinzustellen, als wäre es gar nicht ihre und ihrer Anhänger Absicht, den Kanzler zu beseltigen. Ihr Streben ginge nur darauf, ihn zu überzeugen. Die Mittel, mit denen das versucht wird, sind dann jedenfalls sehr eigenartig. Und wenn Herr v. Bethmann-Hollweg sich nicht zu der Politik des Grafen Reventlow „überzeugen“ läßt?!

Die „Berl. Neuesten Nachrichten“ meinen im Gegensatz zu dem Kölner Blatte, auch im Strome könne einmal ein Pferdewechsel oder wenigstens ein „Vorspann“ nötig und vorteilhaft werden. Freilich, auch dieses Organ hütet sich, die Forderung auf einen Kanzlerwechsel unbedulmt aufzustellen; es zieht sich hinter die Rechte der Krone zurück:

Selbstverständlich gibt es Männer, die die Kenntnisse, die Kraft und die Fähigkeit besitzen, erste politische Räte Seiner Majestät des Kaisers zu werden. Aber weder dürfen sie „hervortreten“, noch treten es sie im Streit um das Vertrauen zu dem derzeit berufenen ersten Räte der Krone zu nennen. Das ist und bleibt in monarchischer Staatsordnung Kronrecht des Monarchen, seines eigenen Urteils über die Lage und seines Zusammenhanges mit den ihm als heilsam erscheinenden Wünschen des organisierten Volkes, der von politischen Zielen erfüllten Nation. Wer solche Dinge anbauert in die öffentliche Erörterung zerrt, vergewaltigt die Vorrechte des Monarchen in der Richtung seiner persönlichen oder politischen Auffassungen.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ zitiert und unterstreicht diese Worte. Vielleicht geht man in der Annahme nicht fehl, daß bei ihrer Hervorhebung nicht bloß die Entrüstung guter monarchischer Gesinnung, sondern auch eine kleine Nebenabsicht maßgebend war: sich dem Monarchen zum Schutz vor solcher „Vergewaltigung“ seiner Vorrechte zu empfehlen.

Die Statistik der Reichsbekleidungsstelle.

Amlich, Berlin, 15. Juli. Am 1. August 1918 wird eine Bestandsaufnahme von Web-, Wirt- und Strickwaren erfolgen. Durch diese Erhebung wird zum ersten Male der Vorrat Deutschlands an Textilien ermittelt. Es erscheint notwendig, einen Ueberblick über die frei verfügbaren, also nicht beschlagnahmten Gegenstände zu gewinnen. Die in Aussicht genommene Bestandsaufnahme soll nicht als Grundlage für irgendwelche Beschlagnahmen seitens der Reichsbekleidungsstelle dienen.

Kriegsbekanntmachungen.

Gesuche in persönlichen Angelegenheiten von Marineangehörigen.

Berlin, 14. Juli. (W. Z. B.) Zur schnellen Erledigung von Gesuchen und Anfragen, die persönliche Angelegenheiten von Marineangehörigen betreffen, wie Gesuche um Einstellung, Veretzung, Verurlaubung, Ausstellung von Familienunterstützungsausweisen usw., ist es erforderlich, derartige Gesuche an die Kommandos der Marine, z. B. Matrosenabteilung, Wachdivision, Torpedodivision, Matrosen-Artillerieabteilung, Seebataillon, Minen-, Unterseeboots-, Flieger-, Luftschiffabteilung, Schiffsjugenddivision usw. oder Schiffe zu richten, denen der Betroffene angehört. Ist dem Gesuchsteller nicht bekannt, welches der genannten Kommandos in Frage kommt, so empfiehlt es sich, das Gesuch an das Marinekommando in Kiel oder Wilhelmshaven zu richten. Von hier aus werden die Gesuche an die zuständige Stelle weitergeleitet. Es liegt im eigensten Interesse der Gesuchsteller selbst, nach den vorstehenden Ausführungen zu verfahren, da sonst erhebliche Verzögerungen unvermeidlich sind.

Letzte Nachrichten.

Deutsche U-Boote in den türkischen Gewässern.

London, 15. Juli. (W. Z. B.) Der „Times“ wird aus Konstantinopel gemeldet, daß von allen Seiten die Anwesenheit neuer deutscher U-Boote in türkischen Gewässern gemeldet wird. Zwei davon sollen je 2000 Tonnen messen.

Vertagung der französischen Kammer.

Bern, 15. Juli. (Z. U.) Die französische Kammer wird sich voraussichtlich vom 27. Juli bis 7. September vertagen.

Die erste Munitionskonferenz der Alliierten.

Basel, 15. Juli. (Z. U.) Aus London meldet Havas: Die erste Sitzung der Munitionskonferenz, die vier Stunden dauerte, war ausschließlich den Bedürfnissen Rußlands gewidmet. Es wurden befriedigende Vereinbarungen getroffen. Hiernach fand die den Bedürfnissen Italiens gewidmete Konferenz statt.

237 Opfer bei der Wetterkatastrophe in Wiener-Neustadt.

Wien, 15. Juli. (Z. U.) Nach amtlichen Erhebungen kostete die Wetterkatastrophe in Wiener-Neustadt 237 Opfer, darunter 28 Tote, 17 Leichtverletzte und 192 Schwerverletzte. Der festgestellte Sachschaden beträgt 8 1/2 Millionen Kronen.

Gewerkschaftliches.

An die Zimmerer Berlins und der Vororte!

Laut Bekanntmachung unseres Zentralvorstandes sollen im Monat Juli dieses Jahres in allen Zahlstellen des Verbandes statistische Erhebungen stattfinden.

Der Zweck dieser Erhebungen, sagt der Zentralvorstand in seinem Zirkular an die Zahlstellenvorstände, ist: eine Uebersicht über die Lage des Baugewerbes und die Durchführung der im Frühjahr dieses Jahres mit den Unternehmerorganisationen vereinbarten Stundenlöhne in den einzelnen Orten zu bekommen.

Gemäß den Beschlüssen einer Berliner Zahlstellenkonferenz am 13. Juli dieses Jahres soll die statistische Erhebung im Berliner Zahlstellengebiet am Mittwoch, den 19. Juli dieses Jahres erfolgen.

Durch die Erhebung soll ermittelt werden:

- die Zahl der Unternehmer,
- die Zahl der im Beruf beschäftigten Zimmerer,
- das Organisationsverhältnis und der Stand der Arbeitslosigkeit,
- die Höhe der gezahlten Stundenlöhne und die Dauer der Arbeitszeit.

Um die Erhebung in Berlin und den Vororten nun einheitlich und korrekt zur Durchführung zu bringen, das heißt, damit alle im Gewerbe tätigen Zimmerer von der Statistik erfasst werden, hat die Berliner Zahlstellenkonferenz am 13. Juli dieses Jahres die nachstehenden Beschlüsse gefasst:

1. Bis Dienstag, den 18. Juli, bekommt jedes Verbandsmitglied der Zahlstelle Berlin und Umgegend von seiner Bezirksleitung eine Platzliste zugeföhrt, die es für seine Person am Mittwoch, den 19. Juli, gewissenhaft ausfüllen und am Donnerstag, den 20. Juli, in seinem Bezirkslokal wieder abgeben muß.

2. Die auf einer Arbeitstätte beschäftigten Verbandsmitglieder der Zahlstelle Berlin und Umgegend haben sich gegenseitig darüber zu verständigen, wer von ihnen diejenigen Kameraden, die einer anderen Verbandszahlstelle angehören, sowie die Nichtverbandsmitglieder (Lokalorganisierte, Christliche, Hirsch-Dundersche, Unorganisierte) auf seiner Platzliste mitzuführen soll.

3. Der dazu auserwählte Kamerad hat die auf der Rückseite der Platzkarte gestellten Fragen für die Zimmerer, welche der Zahlstelle Berlin und Umgegend nicht angehören, gewissenhaft zu beantworten und die Rubriken demgemäß auszufüllen. In dem Fall, daß zur Aufnahme der oben bezeichneten Personen die Platzliste des betreffenden Verbandskameraden nicht ausreichen sollte, muß die Platzliste eines anderen, eventuell die mehrerer Verbandsmitglieder der Zahlstelle Berlin und Umgegend zu Hilfe genommen werden, jedoch muß derjenige Kamerad, der seine Platzliste hierzu zur Verfügung stellt, selbige zurückhalten, da jedes Mitglied seine empfangene Liste wieder abgeben muß.

4. Jeder Bezirksführer hat die Platzlisten der Mitglieder seines Bezirkes bis spätestens Dienstag, den 25. Juli, dem Vorstande zur weiteren Bearbeitung und Zusammenstellung zu übermitteln.

Auf Grund dieser Beschlüsse richten wir an alle Verbandskameraden der Zahlstelle Berlin und Umgegend das freundliche, aber dringende Ersuchen, an der Ausführung dieser statistischen Erhebung tatkräftig mitzuwirken und sich keine Mühe verdrücken zu lassen. Die hiermit verbundene Arbeit, Kameraden, ist nicht so schwierig; sie zu bewältigen ist ein Leichtes, wenn alle Mitglieder die vorstehenden Beschlüsse beachten und pflüchtgemäß zur Ausführung bringen. Sorge darum jeder einzelne dafür, daß dieses Werk auf der ganzen

Stufe gelingt zur Freude jedes einzelnen und zum Vorteil unserer gesamten Berufsgeossen.

Der Vorstand. J. A.: Wilhelm Witt.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Kollegen und Kolleginnen der Zigarren- und Sortierer-Branchen.

Am Montag, den 17. Juli d. J., abends 8^{1/2} Uhr, findet in den Musikerkäfen, Kaiser-Wilhelm-Str. 18 part., eine Versammlung statt, in der Bericht über den Stand unserer Lohnbewegung gegeben wird. Erscheint in Massen! Die Branchenleitungen.

Deutsches Reich.

Zur Lohnbewegung der Tabakarbeiter.

Kürzlich traten die drei Organisationen der Tabakarbeiter (freie, christliche und Hirsch-Dundersche) an die Unternehmer der deutschen Tabakindustrie bzw. an deren Organisationen heran mit dem Wunsch, die Löhne der gesamten Tabakarbeiter um 25 Proz. zu erhöhen unter Anrechnung der seit Kriegsbeginn gewährten Lohn- oder Teuerungszulagen. Der Deutsche Tabakverein beschäftigte sich in einer am 26. Juni in Berlin abgehaltenen Sitzung mit der Forderung der Tabakarbeiter. Er bejahte, anzuerkennen, daß in Anbetracht der Teuerungsverhältnisse eine Vermehrung des Einkommens der Tabakarbeiter berechtigt sei, doch müsse er die direkte Regelung der Sache den Bezirksvereinen überlassen, da diese, und nicht der Deutsche Tabakverein, zur praktischen Erledigung derartiger Fragen berufen seien.

Nun sind von einer Reihe dieser Bezirksvereine die Antworten bei den Vorständen der Tabakarbeiterorganisationen eingegangen. Mehrere Bezirksvereine, so der Hamburger, Westfälische, Sächsisch usw., empfehlen ihren Mitgliedern, die Zulagen auf 20 Proz. zu erhöhen, andere bleiben darunter, während verschiedene Bezirksvereine noch nicht geantwortet haben. Auf den Wunsch, die neuen wie die bisher gewährten Zulagen nicht als Teuerungszulagen, sondern als Lohnzulagen zu gewähren, ist der Tabakverein wie die Bezirksvereine nicht eingegangen, so daß es sich jetzt wieder um Teuerungszulagen handelt. Bemerkenswert zu werden verdient, daß aber eine Reihe größerer wie kleinerer Firmen bereits 25 Proz. Lohnzulage gewährt haben und damit den Wünschen der Tabakarbeiter voll nachgekommen sind.

Nach diesem Ergebnis sahen sich die Organisationen der Tabakarbeiter genötigt, erneut zu der Lohnfrage gemeinsam Stellung zu nehmen. Das ist in einer in diesen Tagen stattgefundenen Konferenz geschehen. Diese Konferenz hat die Stellungnahme der drei Tabakarbeiterorganisationen in nachstehender Erklärung formuliert:

Als Beauftragte der organisierten deutschen Tabakarbeiter erklären die Vorstände der unterzeichneten Verbände, nach wie vor der Auffassung zu sein, daß der Wunsch auf Erhöhung der Löhne um 25 Proz. nicht nur berechtigt, sondern auch durchführbar ist. Sie halten deshalb an dem Wunsche fest und bedauern, daß es auch jetzt wieder an einer einheitlichen Stellungnahme der Fabrikanten zur Lohnfrage fehlt. Auch empfinden es die Tabakarbeiter unangenehm, daß man die Zulagen nicht allgemein als Lohnzulagen, sondern als Teuerungszulagen gewährt hat.

Die Tabakarbeiterverbände werden in den Fällen, in denen nicht mindestens 20 Proz. Zulage bewilligt wurde, die etwaigen Bewilligungen nur als Abschlagszahlung betrachten; es liegt ihnen daran, die Einheitslichkeit in der Gewährung der Zulagen herzustellen und behalten sie sich deshalb in jedem Einzelfalle weitere Schritte vor. Es kann nicht angehen, daß in einzelnen Bezirken und bei einzelnen Fabrikanten die Zulagen unter 20 Proz. bleiben, so daß der Durchschnitt herabgedrückt und die Löhne noch mehr differenziert werden, als sie es bisher schon waren.

An die Tabakarbeiter und -arbeiterinnen richten die unterzeichneten Verbandsleitungen die dringende Aufforderung, schleunigst für die weitere Stärkung der Organisationen zu wirken, besonders aber in jenen Bezirken und Orten oder Betrieben, in denen die Fabrikanten sich weigern, den Wünschen der Fabrikarbeitserschaft gerecht zu werden.

Unterzeichnet ist diese Erklärung von Vorständen der drei Tabakarbeiterorganisationen, des freien, christlichen und Hirsch-Dunderschen Verbandes. Ueber den weiteren Verlauf der Bewegung werden wir berichten.

Der Lederarbeiterverband im Jahre 1915.

Der Lederarbeiterverband, der die in der Handschuhindustrie, in der Loh- und Chromgerberei sowie in der Weißgerberei und Lederfärberei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen umfaßt, zählte zu Beginn des Berichtsjahres einschließlich der zum Heeresdienst eingezogenen Mitglieder 15 380 (13 891 männliche und 1989 weibliche) Mitglieder. Die Mitgliederbewegung des Verbandes ist infolge der langen Kriegsdauer und durch die umfangreichen Einberufungen zum Heeresdienst naturgemäß auch weiter sehr ungünstig beeinflusst worden. Neben dem gesteigerten zeitweiligen Abgang an Mitgliedern, der durch die im Laufe des Jahres erfolgten Einberufungen verursacht wurde, hatte der Verband einen Mitgliederverlust von 735 (491 männliche und 244 weibliche) Mitgliedern erlitten, oder 4,78 Proz. gegenüber 6,68 Proz. im Vorjahre. Am Schlusse des Berichtsjahres hatte der Verband also noch einschließlich der im Heere stehenden, für welche die Mitgliedschaft ruht, 14 645 (12 900 männliche und 1745 weibliche) Mitglieder.

Trotz der langen Kriegsdauer und der damit verbundenen Störung des Wirtschaftslebens ist im Verlauf des Berichtsjahres die Zahl der Arbeitslosenfälle im Verband keine außergewöhnliche gewesen. Etwa dreiviertel der Arbeitslosenfälle entfielen auf die Handschuh- und Glacelederbranche (bei der Handschuhmacherbranche sind hauptsächlich die Arbeiterinnen davon betroffen worden) und knapp ein Viertel auf die Loh- und Chromlederbranche. Arbeitslosigkeit sind im Berichtsjahre 99 775 gegen 181 926 des Vorjahres und Unterstützungstage 82 187 gegen 153 836 gezählt. Auf je 100 Mitglieder entfielen im Berichtsjahre 1248 Arbeitslosentage (gegen 1558) und 416 Unterstützungstage (gegen 1318) des Vorjahres.

Die Lohnbewegungen fanden im Berichtsjahre sämtlich ohne ArbeitsEinstellung ihre Erledigung. In der Hauptsache handelte es sich um Zulagen bei Heereslieferungen für die Lohgerber oder um Teuerungszulagen im allgemeinen.

Neuabschlüsse von Tarifverträgen fanden im Berichtsjahre nicht statt, sondern sind von den zeitlich zum Ablauf gelangenden 72 Verträgen für 231 Betriebe mit 6156 zurzeit des Abchlusses beschäftigten und 5011 organisierten Personen nur 8 Verträge zum Ablauf gekommen, die übrigen durch Nichtlinderung stillschweigend verlängert worden, nachdem größtenteils erfolgreiche Verhandlungen wegen Gewährung von Teuerungszulagen vorausgegangen waren. Die Zahl der am Jahreschlusse 1915 in Geltung befindlichen Tarifverträge verringerte sich von 119 am Schlusse des Vorjahres auf 111 Verträge, die sich auf 337 Betriebe mit 8494 beschäftigten und 7116 organisierten Arbeitern erstrecken. Es stehen 48,5 Proz. aller Verbandsmitglieder mit Jahreschlusse unter Tarifvertrag.

Naturgemäß übten die Kriegswirkungen auch nachteilige Wirkungen auf die Massenverhältnisse des Verbandes aus. Die Reineinnahme, die für das Jahr 1914 noch 413 890 M. betrug, ging mit Abschluß des Berichtsjahres fast ausschließlich infolge des Beitragsausfalles von den Heerespflichtigen auf 235 840 M., also auf fast die Hälfte, zurück. Allerdings verminderten sich auch die Reineinnahmen entsprechend und zwar von 463 906 M. auf 220 729 M., also um mehr als die Hälfte, so daß das Berichtsjahr noch mit einer Mehreinnahme von 34 611 M. abschloß.

An Erwerbslosenunterstützung wurden insgesamt 94 414 M., an Unterstützung für Kriegerfamilien 59 200 M., für sämtliche Unterstützungsarten die Summe von 161 946 M. verausgabt. Der Vermögensbestand des Verbandes hat sich von 188 054 M. vom Beginn des Berichtsjahres auf 217 066 M. mit Jahreschlusse erhöht.

A. WERTHEIM

Morgenröcke

- Morgenjacke a. Waschstoff, in verschied. Formen **3.90**
- Morgenjacke a. Baumwoll-Musselin, mit Kragen **4.50**
- Morgenrock a. Krepon, mit buntem Besatz **6.90**
- Morgenrock aus Baumwoll-Musselin, verschieden garniert **8.50**
- Morgenrock aus bunten Stoffen, mit Stückereikragen **15.50**

Weißwaren

- Nackenrüsche aus Batist **75 Pl.**
- Faltenkragen gesteppt, a. Stickerei **1.10 1.15**
- Faltenkragen gesteppt mit Revers **1.75**
- Blusenkragen groß, aus Glasbatist mit imitiertem Filetzäckchen **2.10**
- Antoinette-Fichus mit Stuartkragen **2.50**

Straußfeder-

Halskrause mit Schleife

in verschiedenen Farben

95 Pl.

Kleiderstoffe

- Gestreifte Blusenstoffe hell- und mittelgründig **1.65 2.10** Meter
- Gestreifte Blusenstoffe dunkel mit verschiedenen Streifen, Mtr. **1.95 2.50**
- Kleider-Schotten 90 cm br., in schönen Farbenstellung, Mtr. **2.25 2.75**
- Kleider-Schotten etwa 110 cm br. in vielen Mustern **3.50** Meter
- Kostüm-Stoffe etwa 130 cm br. in schönen mittelgrauen Farben **11.50** Meter
- Kostüm-Stoffe marine u. schwarz in praktischen Geweben **13.50 15.50**

Waschstoffe

- Krepon bedruckt in modernen Mustern, Mtr. **1.75**
- Schleierstoffe bedruckt, in schönen Blumenmustern u. Punkten, Mtr. **2.25 2.75**
- Schleierstoffe blau und schwarze Bandstreifen **2.25** Meter
- Foulardine seidenglänzendes Gewebe in modernen Mustern **2.25** Meter
- Satin bedruckt, in großer Muster-Auswahl **1.75 2.10** Meter
- Weißer Schleierstoff e in guter Qualität **3.85** Meter

Moderne Damen-Sommerkleider

17.50 27.50 37.50 47.50

Damenkleider aus Wollstoffen **29, 39 M.**

Damenkleider aus Seidenstoffen **35, 49 M.**

Modellkleider **89, 105, 195 M.**

Maß-Abteilung
Leipziger Straße

Waschblusen

- Blusen verschiedene Stoffe und Formen **2.90 3.90 5.90 6.75**
- Bluse aus Stickereistoff mit Glas-mull-Westen und Spitzen garniert **6.50**
- Bluse aus gesticktem Mull mit groß. Revers **7.75**
- Bluse aus Waschvolle mit Handslickerei und Einsatz garniert, halbe Aermel **8.75**
- Bluse aus Waschvolle mit handgestickten Vorderteilen und Einsätzen garniert **8.90**
- Bluse aus Waschvolle mit reich besticktem Vorderteil und Einsatz, großer Schulterkragen und halbe Aermel **10.00**

Kleiderröcke aus weißem Kräuselstoff, Waschgabdine und Waschrips, verschiedene moderne Formen **9.75 14.50**

Korsette

- Weißer Korsette gemustert, 2 Halter **3.75**
- Korsette weiß od. farbig, 2 Halter **4.85**
- Farbige Korsette 2 Halter, lange Form **5.00**
- Sommerkorsette Bandstoff **4.25**
- Satinkorsette modifarbig, 2 Halter **6.50**
- Drellkorsette gestreift, 2 Halter **8.50**
- Korsette für starke Figuren **12.25**
- Hauskorsette grau **3.50**
- Reformkorsette grau **3.85**

Unterröcke

- Atlas-Rock mit gekrepptem Ansatz **6.90**
- Rock aus Taffet oder weich. Seide Ansatz plissiert mit kleiner angekrauster Frisur **12.75**
- Atlas-Rock Must. m. angekraustem Ansatz und Säumchen-Garnierung **12.75**
- Rock Taffet oder weiche Seide mit reich gezogenem Ansatz und Säumchen-Garnitur **16.50**
- Rock aus Taff. od. weich. Seide m. hoch gezogenem Ansatz u. Bogen-Frisuren garniert **22.00**
- Rock aus Taffet, hoher Ansatz, reich garniert mit Frisuren und Säumchen **28.00**

Wirtschaftsrevolution und Parteispaltung.

Von Heinrich Cunow.

Der Weltkrieg erweist sich immer mehr als ein revolutionärer Faktor, der wirtschaftlichen Umwälzungen und Neugealtungen zum Durchbruch verhilft, die wahrscheinlich, wenn die Wirtschaftsentwicklung sich im gleichen Gleise und gleichem Tempo fortgesetzt hätte wie in der Friedenszeit vor dem Kriege, noch Jahrzehnte zur Reifung gebraucht hätten. In gewisser Hinsicht kann man den jetzigen Krieg geradezu eine Entwicklungskatastrophe nennen — insofern, als er mit ungezügelter, einer Naturkatastrophe gleichenden Gewalt, überlieferte Wirtschaftsverhältnisse durcheinanderwühlt und die Grundelemente neuer Entwicklungsformen gestaltet. Das wird heute selbst teilweise von denen zugestanden, die in den ersten Wochen nach Kriegsbeginn infolge ihrer angeblich gründlichen Kenntnis des Wirtschaftsmechanismus mit größter Sicherheit den alsbaldigen Zusammenbruch des ganzen Wirtschaftsgebietes prophezeiten, und die dann, als der befürchtete chaotische Niederbruch nicht eintrat, mit gleicher Bestimmtheit verkündeten, der Krieg werde einfach die ganze Entwicklung um zwanzig oder dreißig Jahre zurückwerfen, so daß sie nach Friedensschluß wieder auf jener Stufe werde einsetzen müssen, wo sie schon 1880 oder 1890 gestanden hätte.

Auch diese schöne theoretische Folgerung scheint manchen der einstigen Propheten angeht, der sich vor unseren Augen vollziehenden enormen Kapital- und Betriebskonzentration, Verschmelzungen und Interessengemeinschaftsbildungen nicht mehr ganz haltbar, und so sehen sich denn die Wirtschaftstheoretiker dieser Art trotz inneren Sträubens gegen alles Umlernen gezwungen, wenigstens sibi licet zuzugeben, daß der Krieg eine gewaltige Betriebs- und Kapitalkonzentration und damit einen weiteren Fortschritt auf dem Wege zur sozialistischen Gesellschaftsordnung zur Folge haben dürfte. Immerhin eine Einsicht in den sich zurzeit vollziehenden Entwicklungsprozeß, die, wenn man sie mit der ursprünglichen Chaostheorie vergleicht, eine gewisse Fähigkeit des Umlernens beweist und deshalb Anerkennung verdient, würde nur nicht diese Konzentration wieder nach alter Schablone als eine bloße Ausschaltung der kleinbürgerlichen Betriebe aus dem Wirtschaftskampf, als ein Reicherwerden der Reichen, als ein Armerwerden der Armen aufgefaßt und darüber die anderen wirtschaftlichen Umwälzungen übersehen. Die Folge des Krieges ist nicht nur Betriebs- und Kapitalkonzentration; das ganze wirtschaftliche Kräfteverhältnis der europäischen Staaten zueinander wird verschoben, die Vereinigten Staaten von Amerika zur vorherrschenden Wirtschaftsmacht und zum gefährlichsten Konkurrenten Englands herangezogen, der Gegensatz zwischen den amerikanischen und japanischen Interessen im nördlichen Teile des Stillen Ozeans verschärft, der Orient aus seiner Erstarrung aufgerüttelt und in den Vorkreis der kapitalistischen Entwicklung gezogen. Und nicht minder gewaltig werden, wie heute schon erkennbar ist, die Umwälzungen innerhalb der kriegführenden europäischen Staaten sein: Veränderungen der Handels- und Zollpolitik, Verschiebungen der Handels- und Schifffahrtswege, ein enormer Konkurrenzkampf der Syndikate und Trusts (bzw. Interessengemeinschaften) vereinigten Schiffahrtsgesellschaften der großen seefahrenden Nationen gegeneinander, große Verschmelzungen, Kartell- und Trustbildungen in Industrie und Handel, Ausdehnung der Interessensphäre der Bankfinanz, ungeheures Anschwellen der Staatsschulden und der Rententitel, neue gründlich veränderte Steuersysteme, mannigfache Staatsmonopole usw. Im ganzen eine enorme Revolutionierung der Wirtschaftsverhältnisse, wie sie noch kein Krieg hervorgerufen hat.

Sicherlich ein hervorragendes Kennzeichen dieser Umwälzungen ist auch die Betriebs- und Kapitalkonzentration. Aber es verfehlt wieder jede tiefere Einsicht in den Charakter der heutigen und kommenden Wirtschaftsrevolution, wenn man sich gewissermaßen die Betriebskonzentration nur als eine horizontale als Ausschaltung einer Anzahl mittlerer und kleiner Betriebe aus dem wirtschaftlichen Konkurrenzkampf vorstellt. Konzentration und Ausschaltung vollziehen sich vielmehr in den einzelnen Erwerbszweigen ganz verschiedenartig. Während in dem einen Mittel- oder Kleinbetriebe zurückgedrängt werden, schieben sie in anderen neu hervor.

Gewöhnlich heißt es kurzweg, der Großbetrieb habe überall während des Krieges große Gewinne erzielt und Terrain gewonnen. Das stimmt nicht. Es gilt wohl von manchen Industriezweigen, wie z. B. von den Munitionsfabriken, Lederfabriken, Konervenfabriken, Mühlenbetrieben usw., vornehmlich von solchen, die große Lieferungen für die Seeresverwaltung hatten, keineswegs aber von allen. Beispielsweise nicht von allen Einzelbranchen der Textilindustrie. Ebenso auch nicht von der Seeschifffahrt, die größtenteils während des Krieges nicht nur keine Profite erzielt, sondern ihre zum Teil sehr beträchtlichen Kapitalien mehr oder minder aufgezehrt hat. Trotzdem wird aller Voraussicht nach mit Hilfe der Großfinanz und des Staates die deutsche Seeschifffahrt nach dem Kriege den Konkurrenzkampf gegen die englische Handelsmarine mit verstärkter Intensivität wieder aufnehmen, und in diesem Kampf wird sicherlich ein Teil der kleineren Reedereien ausgeschaltet werden, aber nicht auf allen Routen. Während die kleine Frachtschifffahrt im Passagier- und Frachtdienst nach Amerika schwerlich mitkommen wird, wird sie wahrscheinlich auf der Ostsee und im Mittelmeer sogar vorläufig an Bedeutung gewinnen.

Dasselbe gilt vom Handel. Der Exporthandel und auch ein beträchtlicher Teil des Importhandels ist durch den Krieg völlig mattgesetzt und hat teilweise beträchtliche Verluste erlitten. Ein anderer Teil hat dagegen hohe Profite eingestekt. Ueberdies ist vielfach aus dem geschäftstreibenden Mittelstand ein Kriegslieferanten-, Kriegsspezulanten- und Agententum herausgewachsen, das, pochend auf seinen neuerworbenen Reichtum, sich in der widerlichsten Selbstmademan-Überhebung gefällt.

Auch innerhalb der kleinbürgerlichen Geschäftsklassen und der Arbeiterschaft ist die Kriegswirkung auf das Erwerbsleben keine einheitliche. Hier eine Geradrückung des bisherigen gemächlich-kleingewerblichen Mittelstandes, Geschäftsschließung und Geschäftsausschaltung, Hinabsinken ins Proletariat, dort Gewinnzuwachs und Hinaufsteigen in eine höhere

Erwerbschicht; hier ein erbärmliches Durchschlagen der Arbeiter und ihrer Familien unter stetigen Entbehrungen, dort ein derartiges Emporschnellen des Arbeitsverdienstes, daß trotz der Teuerung die Lebenshaltung verbessert werden konnte.

In Anbetracht dieser ganzen Umwälzung der Wirtschaftslage hätte es die erste Sorge der beiden Zweige der Arbeiterbewegung, der sozialdemokratischen Partei wie der Gewerkschaften, sein müssen, in gemeinsamem Vorgehen nicht nur auf die Lebensmittelpolitik der Regierung einen größeren Einfluß zu gewinnen, sondern auch, um unter sorgfältiger Beobachtung der sich im Wirtschaftsleben vollziehenden Veränderungen die entsprechenden Maßnahmen zur Wahrung der Arbeiterinteressen zu treffen und sich auf die nach dem Kriegekommenden großen Interessenkämpfe vorzubereiten. Für die Arbeiterschaft wäre solche Rüstung viel nützlicher gewesen, als das Gerüststreiten über die Frage, ob die von der Regierung getroffenen Versorgungsmaßnahmen den Namen Kriegsozialismus verdienen, ob die Internationale schon ganz oder erst halbtot sei, ob die Einführung eines Staatsmonopols unter den Begriff des Staatssozialismus, Staatskapitalismus oder Staatsfiskalismus falle: Fragen, bei denen einem die schöne Schillerische Rechtsfrage einfällt:

„Jahrelang schon bedien' ich mich meiner Nase zum Niesen; Gab ich denn wirklich an sie auch ein erweisliches Recht?“

Wiederholt habe ich deshalb — schon, als so mancher unserer großen Theoretiker noch an der Chaostheorie festhielt — auf diese Revolution im Wirtschaftsleben hingewiesen und in meiner im April vorigen Jahres erschienenen kleinen Broschüre: „Partei-Zusammenbruch?“ daraus die Folgerung gezogen:

Der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erwächst dadurch die Aufgabe, die schädlichen Folgen des Imperialismus möglichst abzuwehren, hingegen jene wirtschaftlichen Neugealtungen, aus denen sich etwas für die Arbeiter herausheben läßt, rücksichtslos im Interesse der Arbeiterschaft auszunutzen, die Organisationen auszubauen und, wenn es sein muß, den neuen Zwecken entsprechend umzubilden, kurz die Arbeiterschaft möglichst wohlzubehalten, körperlich wie geistig, durch die neue Entwicklungsperiode zu bringen. Und andererseits gilt es, der Arbeiterklasse immer stärkeren Einfluß auf die Staatsgewalt zu verschaffen oder, wie es gewöhnlich heißt, die politische Macht zu erobern und diese Macht dahin auszunutzen, daß nicht die Vorteile der wirtschaftlichen Entwicklung allein der Kapitaloligarchie zugute kommen, sondern in gesteigertem Maße Staat und Arbeiterschaft einen Anteil daran erlangen, ferner daß der Staat immer mehr die Kontrolle über die wichtigsten Zweige der Großproduktion und der Landwirtschaft gewinnt und, soweit dafür die Bedingungen gegeben sind, sie in staatliche Verwaltung nimmt.

Statt gemeinsam mit den Gewerkschaften Vorbereitungen für die bevorstehenden Interessenkämpfe zu treffen, pflegt man jedoch seit Jahr und Tag in unserer Partei den Spaltungsbozillus und schwächt sie durch Selbstzerfleischung derart, daß sie nach Beendigung des Krieges zu jeder großen einheitlichen Aktion, zu nachhaltigem Widerstand und energischer Wahrung der Arbeiterinteressen fast unfähig sein wird. Und dann wundert man sich noch obendrein in jenen Kreisen, die vornehmlich die Parteigerüttung betrieben haben, daß in der Presse der konservativen Parteien sich die Stimmen mehren, die bei der Neuorientierung nach dem Kriege die Ausschaltung bzw. Isolierung der sozialdemokratischen Partei empfehlen und unter Hinweis auf die Wirren in ihren Reihen es für ganz unnötig halten, der Arbeiterschaft nennenswerte Zugeständnisse zu machen. Ja, hat man denn wirklich geglaubt, die gegnerischen Parteien würden nach dem Kriege eine Art Dankbarkeitspolitik befolgen und der Arbeiterschaft die Erfüllung ihrer Wünsche in ethisch-patriotischer Gesühlsaufwallung zur gefälligen gütigen Annahme auf dem Präsentierteller darbieten? Die Dankbarkeit hat im politischen Interessentstreit nie Kurs gehabt. Politische, auch wirtschaftspolitische Fragen werden nicht mit dem guten Herzen gelöst, sondern darüber entscheidet die gegenseitige Machtstellung. Daß aber die Sozialdemokratie wie auch die Gewerkschaften nur dann gewichtige Machtfaktoren sind, wenn sie geschlossenen vorgehen, ihre Kräfte fest zusammenhalten und einheitlich ihre Auffassung nehmen, sollte eigentlich jedem Arbeiter klar sein, der über das bloße Gefühlsmäßige hinausgekommen ist und politisch denken gelernt hat.

Es wird einem schül zumute, wenn man sich fragt, wie wohl nach dreißig, vierzig Jahren sozialistische Geschichtsschreiber, die dann von einem höheren Erfahrungsstandpunkt aus über die Geschichte der heutigen Zeit berichten, die jetzigen Irrungen und Wirrungen in der Sozialdemokratie beurteilen werden. Ich glaube, keine der früheren Irrgänge seit Beginn der Vassalischen Agitation werden so hart und spöttlich beurteilt werden, wie die jetzige Spaltungsbewegung.

Die neuen Kartoffelpreise.

Es ist also Tatsache: die Kartoffelpreise sollen die Steigerung erfahren, von der in den letzten Tagen die Rede war. Während der Verkauf der Winterbörre 1915 mit einem Preise von 2,85 M. für den Zentner zu beginnen hatte, dem erst nach geraumer Zeit Erhöhungen folgten, wird der Preis der Winterkartoffeln aus der Ernte von 1916 sofort 4 Mark betragen und vom 15. Februar an sogar 5 Mark. Dabei handelt es sich immer erst um die Erzeugerpreise; zu ihnen treten dann noch die Handelszuschläge. Wohl sind für sie bestimmte Beschränkungen vorgesehen; aber das ändert nichts daran, daß auch sie noch mitthelfen, die Kartoffeln, das wichtigste Nahrungsmittel des Volkes, zu verteuern, — und das in einer Zeit, die wahrlich schon des Säueren genug für das Volk birgt.

Die Bekanntmachung des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, in der die neuen Preisfestsetzungen enthalten sind, umfaßt nach den Mitteilungen des Amtes verschiedene Teile. Zunächst wird der Abbau des Preises für Frühkartoffeln, der im März 1916 festgesetzt worden war, geregelt. Der Höchstpreis für vor dem 15. August lieferbare Kartoffeln war damals auf 20 M. für den Doppelzentner (beim Verkauf des Erzeugers) begrenzt worden. Dazu heißt es in den Mitteilungen des Kriegsernährungsamtes:

„Während nun im Frühsommer 1916 große Mengen alter Kartoffeln übrig waren, herrscht jetzt bedächtig ein schwerer Kartoffelmangel. Dieser zwang in diesem Jahre die Reichskartoffelstelle, auch die Frühkartoffeln durch Zwangsumlage zur Lieferung zu bringen. Damit ist der Höchstpreis der Frühkartoffeln gefehliger Normalpreise geworden, so daß unter 10 M. beim Erzeuger bei dem geltenden Recht Frühkartoffeln bis zum 15. August nicht zu haben sein würden. Da dieser Preis im August im allgemeinen zu hoch ist, ist durch die neue Verordnung schon vom 1. August ab der Frühkartoffelpreis für den Erzeuger von 10 M. in 15 Ständen von je 10 Tagen je um 1 M., in der zweiten Septemberhälfte je um 50 Pf. herabgesetzt worden; eine noch schärfere Herabsetzung erschien unzulässig, weil der Frühkartoffelanbau lediglich im Vertrauen auf die Anordnung vom 2. März stark ausgedehnt worden ist, die den Höchstpreis auch über den 1. August hinaus für 14 Tage auf 10 M. festsetzt.“

Die Bekanntmachung des Herrn v. Batodi fügt dieser Regelung weitere Bestimmungen an, die die Kleinhandelspreise betreffen. Die Mitteilungen des Kriegsernährungsamtes besagen darüber:

Die Verbraucher, zum mindesten die minderbemittelten, müssen vor zu hohen Kleinabnahmepreisen für Frühkartoffeln bewahrt werden. Den Gemeinden wird das dadurch ermöglicht werden, daß hierfür nötig werdende Zuschüsse als Aufwendung für Kriegswohlfahrtspflege behandelt werden, von den 2/3 das Drittel durch das Reich und in Preußen das zweite Drittel vom Staat erstattet wird. Durch solche Zuschüsse soll der Kleinabnahmehöchstpreis für Frühkartoffeln wie folgt bemessen werden:

Vom 16. bis 31. Juli das Pfund	10 Pfennig.
1. bis 10. August das Pfund	9
11. bis 20. August das Pfund	8
21. August bis 15. September das Pfund	7
16. bis 30. September das Pfund	6

Es war eine pure Selbstverständlichkeit, daß man es nicht bei den im März des Jahres bei Unkenntnis der tatsächlichen Entwicklung festgesetzten Höchstpreisen für Frühkartoffeln beließ, sondern an einen Abbau dieser Preise ging. Die Frage ist nur, ob dieser Abbau weit genug geht. Das Interesse der Konsumenten hätte aufs dringendste eine noch niedrigere und entschlossener Herabsetzung der Höchstpreise erfordert, und uns scheint, daß auch die Produzenten sie ganz gut hätten vertragen können. Die vorgeesehenen Zuschüsse der Gemeinden zum Zweck einer günstigen Beeinflussung des Kleinhandelspreises können darüber nicht hinweghelfen. Ganz abgesehen davon, daß sie den Kommunen neue erhebliche Lasten aufbürden; angewandt auf die jetzt festgesetzten Erzeugerpreise, geben auch sie noch nicht Preisfestsetzungen, die eine angemessene Versorgung der Bevölkerung sichern. Sechs, acht und gar zehn Pfennig für das Pfund Kartoffeln fallen gerade bei den heutigen Zeiten für die Arbeiterfamilie schwer ins Gewicht.

Dazu kommt die schon erwähnte Feststellung der bedauerlich hohen Preise der nach dem 30. September lieferbaren Kartoffeln, der sogenannten Winterkartoffeln. Die Mitteilungen des Kriegsernährungsamtes lauten dazu:

Bei der Festsetzung des Preises der Winterkartoffeln war davon ausgegangen, daß es unbedingt geboten ist, die rechtzeitige Beschaffung des Speisekartoffelbedarfs für die Verbrauchszweige im neuen Wirtschaftsjahr zu sichern und uns vor Kartoffellieferungsstörungen, wie wir sie jetzt durchleben, vor der Gefahr einer Kartoffelhungernot, wie sie ein harter Winter 1915/16 uns gebracht haben würde, unter allen Umständen zu bewahren. Diese Gesichtspunkte haben Veranlassung gegeben, den Preis für verlesene Kartoffeln frei Bahnhof des Erzeugers für ganz Deutschland für die Zeit vom 1. Oktober bis zum 15. Februar auf 4 Mark je Zentner festzusetzen mit der Verpflichtung, dafür nach Anweisung der Reichskartoffelstelle den Winterbedarf an Kartoffeln im Oktober und November, also während der frostfreien Periode, wo die Herbstbestellung im Osten gleichzeitig stattfinden muß, zu liefern. Der Bedarf für die Zeit vom Frühjahr bis zum 15. August 1917 soll bei den Landwirten schon im Herbst beschlagnahmt, von ihnen auf ihre Kosten und Gefahr aufbewahrt und im Frühjahr nach Anweisung der Reichskartoffelstelle für den Preis von 5 Mark geliefert werden. Weitere Zahlungen irgendwelcher Art werden nicht gewährt. Den Gemeinden ist durch die Verordnung die Festsetzung von Höchstpreisen für den Kleinhandel vorgeschrieben. Durch die Landeszentralbehörden soll es, nach Ansicht des Kriegsernährungsamtes, den Gemeinden ferner zur Pflicht gemacht werden, den Kleinabnahmepreis für die Herbst- und Winterkartoffeln so festzusetzen, daß er 55 Pfennig für 10 Pfund nicht übersteigt und daß da, wo das Einlagern größerer Mengen im Herbst in den Privatellern üblich und zweckmäßig ist, die einzulagernden Kartoffeln für etwa 4,75 Mark je Zentner frei Keller zu liefern sind. Durch die Frachtberechnung soll das den Gemeinden erleichtert werden. Ein besonderes Entgegenkommen gegen bedürftige Arbeiterfamilien bei der Kartoffelzuteilung im Wege der Kriegswohlfahrtspflege ist von den Gemeinden selbstverständlich zu erwarten.

Es muß immer wieder betont werden: Es ist nicht einzusehen, womit diese hohen Kartoffelpreise begründet werden sollen. Wir haben wiederholt, und gestern auch wieder an Hand einer Zuschrift des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen, nachgewiesen, wie wenig berechtigt eine derartige Preissteigerung gegen das Vorjahr ist, welche Gewinne sie den Landwirten in den Schoß zu werfen verspricht, wie schwer sie die arbeitende Bevölkerung belasten muß. Es ist traurig, daß man für die Lage dieser Millionen nicht mehr Verständnis hat. Die Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse auf der einen Seite, die steigende Bedeutung der Kartoffeln für die Ernährung auf der anderen — das zusammen muß Preise von fünfundsünfzig Pfennigen für zehn Pfund Kartoffeln zu einer schweren Auflage für zahlreiche Familien machen.

Offenlich wird wenigstens die Verteilung der Kartoffelmengen das Ergebnis haben, daß zu den hohen Preisen nicht noch die Notwendigkeit starker Einschränkung kommt. Und hoffentlich lassen sich die verantwortlichen Stellen nicht wieder, wie es leider bei der letzten Ernte geschah, im Laufe der Monate dahin drängen, die zunächst festgesetzten Höchstpreise noch wieder hinauf zu schieben. Die Gefahr liegt nahe, daß das Beispiel, das einmal gegeben wurde, unheilvoll wirkt, hier zur Zurückhaltung der Vorräte, dort zu immer dringenderen Forderungen auf Preiserhöhung führt. Wir wollen nicht sagen, daß die jetzt festgesetzten Preise heilig und unantastbar sein müssen. Aber wenn man sie ändern will, dann darf es nur in der Richtung einer weiteren Herabsetzung geschehen. Für dieses Ziel zu wirken, scheint nicht unnötig, ja, wird zur Pflicht für jeden, dem eine auskömmliche Ernährung aller Kreise des Volkes am Herzen liegt.

Das tägliche Brot.

Zusatznahrungsmittel für die Arbeiter der Kriegsindustrie.

Wie dem „Verl. Tagebl.“ aus Spandau telegraphiert wird, ist in einer Besprechung des Vorstehenden der deutschen Staatshandwerker und der ihnen angeschlossenen Arbeitsgemeinschaft mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts v. Votock der schwer arbeitenden Fabrikarbeiter der Staatswerkstätten und der mit Kriegslieferungen beschäftigten Privatfabriken zugesagt worden, daß sofort Zusatznahrungsmittel an Gefrierfleisch, Margarine und Hülsenfrüchten in einer bestimmten Menge pro Kopf und Woche an sie ausgegeben werden. Der Spandauer Ernährungsstelle, der die erforderliche Menge vom Kriegsernährungsamt bereits zugewiesen wurde, ist der „Spandauer Zeitung“ zufolge die Ausgabe der Zusatzmittel übertragen worden.

Soll sich die Ausgabe dieser Zusatznahrungsmittel allein auf Spandau beschränken? Es wäre angebracht, daß die schwerarbeitenden Kriegsindustriearbeiter überall reichlicher mit kräftigenden Nahrungsmitteln versorgt würden.

Kriegsgewinne in Saccharin.

Stabsarzt Dr. Lejeune teilt in der „Frankfurter Zeitung“ zur Saccharinfrage mit, daß in Deutschland nur zwei Fabriken diesen Süßstoff herstellen dürfen. „Beide Fabriken“, so schreibt Dr. Lejeune, „haben die Verpflichtung, ihre Erzeugnisse der Kriegschemikalien-A.G. zu liefern, die den Süßstoff der R.G. in Berlin zum Vertrieb zur Verfügung stellt. Das Reichsamt des Innern hat den Preis für das Kilogramm auf etwa 160 M. festgesetzt, während der Herstellpreis für Saccharin bekanntlich sehr gering ist. Die R.G. liefert Kriegspatungen mit 500 Tafeln Saccharin = 2150 Gramm, 850fach, zum Verkaufspreis von 850 M. ... Es kosten 4,08 Gramm Saccharin 70 Pf., die Herstellungskosten betragen etwa 8 Pf., bleibt also der runde Verdienst von 800 Proz. Nicht bekannt ist, wieviel die Fabrik für das kilo erhält.“

Es wäre wichtig, auch diesen Preis noch zu erfahren, damit dann festgestellt werden kann, wer für die ungeheuerliche Verteuerung die Verantwortung trägt. Jedenfalls darf man über sie nicht zur Tagesordnung übergehen. Eine Uebersicht des Publikums, wie sie hier augenscheinlich vorliegt, muß beseitigt werden.

Zeitweises Dörrverbot.

Am 15. Juli. Durch Dörren von Sommergemüse ist in einzelnen Gegenden in spekulativer Absicht der Markt entleert und der Preis in die Höhe getrieben worden. Um dem entgegenzutreten, hat der Reichsminister auf Vorschlag des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes ein Verbot des Dörrens von Gemüse und der Herstellung von Sauerkraut in der Zeit bis zum 1. August 1916 und ein Verbot des Abchlusses von langfristigen Verträgen über den Erwerb von Gemüse und Obst erlassen. Pflanzen dürfen bis auf weiteres nur zur Lieferung bis zum 1. August 1916 gekauft oder sonst erworben werden. Durch diese Verbote soll einmal erreicht werden, daß kein frisches Gemüse jetzt dem sofortigen Verbrauch entzogen wird, und ferner dem wilden, preissteigernden Abschluß von Verträgen auf spätere Lieferung von Gemüse, besonders von Dauergemüse, entgegengetreten werden. Gleichzeitig ist eine Anzeigepflicht für Vorkäufe von Obst, Gemüse und Dörrgemüse, die bereits getätigt sind, vorgeschrieben, damit ein Uebersicht über diesen Teil des Marktes gewonnen werden kann. Die Maßnahmen sind nur vorläufige. Weitere Anordnungen zur Verhinderung von Preissteigerungen sind in Vorbereitung. Inwiefern unter solchen Bestimmungen Höchstpreisfestsetzungen sein werden, steht noch nicht fest. Es wird aber, wenn die Preissteigerung fortbauert, auch um das Mittel der Höchstpreisfestsetzung, trotz aller ihm bekanntlich anhaftenden Mängel, gegriffen werden, und zwar in einer Form, die den ganzen Schaden der Preisänderung auf die preiszettelnden Elemente wälzt.

Die kommende Reichsfettkarte.

Die Reichsbutterkarte, die seit geraumer Zeit angefordert und erwartet wird, soll nach dem „V.“ wahrscheinlich die gleichzeitige Nationalisierung von Butter wie auch von Speisefett, Margarine und Speiseöl bringen. Statt der Reichsbutterkarte wird es also vermutlich eine Reichsfettkarte geben. Das würde weiter auch die gemeinliche Verwirrung aller Speisekarte einschließen der Butter erfordern. Die Folge würde dann voraussichtlich sein, daß wir neben und nach dem Muster der Reichsgroßbäckerei, der Reichsfleischerei, der Reichsfarbstofferei und Reichsfuttermittelerei auch noch eine Reichsfettstelle bekommen.

Unnötige Salznotbesürchtungen.

Es gibt immer noch Leute, die eine Salznot fürchten. Wegen sie wenden sich die amtlichen „Mittellungen des Kriegsernährungsamtes“. Sie schreiben u. a.:

Nach der amtlichen Statistik wurden im Deutschen Reich allein von 71 Salinenbetrieben aus natürlicher Sole oder durch planmäßige Auslösung von Steinsalzlagerstätten 671 622 Tonnen (zu 1000 Kilogramm) Kochsalz (Siedesalz) im Werte von rund 17,6 Millionen Mark gewonnen, während die Erzeugung von bergmännisch gewonnenem Steinsalz 1 298 302 Tonnen im Werte von 6,18 Millionen Mark betrug.

Der durchschnittliche vom Statistischen Amt ermittelte Jahresverbrauch an Kochsalz zu Speisewezden beträgt etwa 7,5 Kilogramm auf den Kopf der Bevölkerung. Das macht für 85 Millionen Einwohner 487,5 Millionen Kilogramm, das wären also nur ein Drittel der wirklich erzeugten Gesamtmenge und nur zwei Drittel der deutschen Siedesalzerzeugung, wobei zu bemerken ist, daß wir damit noch lange nicht die Grenze unserer Leistungsfähigkeit erreicht haben.

Salznot könnte also in Deutschland aus Mangel an Material in den nächsten Jahren eintreten, denn unsere Salzlager sind unerhöflich, aber auch durch einmalige Förderungsmaßnahmen ist sie in keiner Weise zu beschränken. Die Gewinnung des Steinsalzes, von dessen Gesamtmenge wir, wie oben bereits gesagt wurde, nur zwei Drittel zu Nahrungszwecken verbrauchen, ist mit einem so geringen menschlichen Arbeitsaufwand verbunden, daß die zur Erzeugung nötigen menschlichen Arbeitskräfte unter allen Umständen zu beschaffen sind, zumal die beim Siedeverfahren zu verrichtenden Arbeiten verhältnismäßig leicht und einfach sind, so daß sie ohne weiteres von Frauen ausgeführt werden können.

Das Kapitalabfindungsgesetz.

Mit dem 25. d. Mis tritt das Kapitalabfindungsgesetz in Kraft. Der wesentlichste Inhalt dieses Gesetzes sei nachstehend gekennzeichnet.

Für wen gilt das Gesetz?

Das Gesetz gilt für Personen, die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges auf Grund des Mannschaftsversorgungsgesetzes oder des Militärhinterbliebenengesetzes Anspruch auf Kriegsvorsorgung haben.

Besteht ein Recht auf Kapitalabfindung?

Ein Recht auf Kapitalabfindung besteht nicht. Es kann die Abfindung auf Antrag bewilligt werden. Ueber den Antrag entscheidet unter Ausschluß des Rechtsweges endgültig die oberste Militärverwaltung. Der Antrag ist zu richten seitens der

Rentenempfänger an den Bezirksfeldwebel, seitens der Wittven an die Ortspolizeibehörde.

Welches ist der Zweck der Abfindung?

Die Abfindung erfolgt zum Erwerb oder zur wirtschaftlichen Stärkung eigenen Grundbesitzes. Sie kann auch dann gewährt werden, wenn Versorgungsberechtigte zum Erwerb eigenen Grundbesitzes einem gemeinnützigen Bau- oder Siedlungsunternehmen beitreten wollen.

Voraussetzungen für die Abfindung.

Die Abfindung kann bewilligt werden, wenn 1. die Versorgungsberechtigten das 21. Lebensjahr vollendet und das 55. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, ausnahmsweise kann auch nach dem 55. Lebensjahr Abfindung erfolgen; 2. der Versorgungsanspruch anerkannt ist; 3. nach Art des Versorgungsgrundes ein späterer Wegfall der Kriegsvorsorgung nicht zu erwarten ist; 4. für eine nützliche Verwendung der Gelder Gewähr besteht.

Welche Ansprüche werden abgefunden?

Die Kapitalabfindung soll einen Teil der Versorgungsgebühren umfassen, und zwar kann sie umfassen: die Kriegszulage, die Vermögenszulage, die Tropenzulage, die auf Grund des Militärhinterbliebenengesetzes zustehenden Bezüge für die Wittve eines Feldwebels, Witzfeldwebels, Sergeanten mit Witzfeldwebel-Lohnung oder eines Zugführers der freiwilligen Kriegskrankenpflege bis zur Höhe von 300 Mark; für die Wittve eines Sergeanten, Unteroffiziers, Zugführers, Vorleiters oder Sektionsführers der freiwilligen Kriegskrankenpflege bis zur Höhe von 250 Mark; für die Wittve eines Gemeinen oder einer jeden anderen Person des Unterpersonals der freiwilligen Kriegskrankenpflege bis zur Höhe von 200 Mark. Diese Beträge können also zu dem oben angegebenen Zweck kapitalisiert werden. Der weitere Teil der Versorgungsgebühren verbleibt den Abgefundenen als bare Rente.

Wie hoch ist die Abfindungssumme?

Der Berechnung der Abfindungssumme wird das Lebensjahr zugrunde gelegt, das der Antragsteller in dem auf die Antragstellung folgenden Jahre vollendet. Unter Berücksichtigung dieses Lebensalters ist folgendes Vielfache der zur Abfindung gelangenden Versorgungsgebühren zu zahlen: bei dem 21. Lebensjahr das 18 1/2fache, bei dem 22. Lebensjahr das 18 1/4fache, bei dem 23. Lebensjahr das 18fache, und so fort mit jedem Lebensjahr das 1/4fache weniger, also z. B. mit dem 27. Lebensjahr das 17fache, mit dem 31. Lebensjahr das 16fache, mit dem 36. Lebensjahr das 15fache, mit dem 39. Lebensjahr das 14fache, mit dem 43. Lebensjahr das 13fache, mit dem 47. Lebensjahr das 12fache, vom 48. Lebensjahr ab, bei dem das 11fache gezahlt wird, wird für jedes Lebensjahr das 1/4fache weniger gezahlt, so daß das 50. Lebensjahr das 10fache, das 53. Lebensjahr das 8 1/2fache, das 55. Lebensjahr das 8 1/4fache der zur Abfindung gelangenden Versorgungsgebühren erhält.

Sicherung und Rückzahlung.

Es kann die oberste Militärbehörde Maßnahmen zur Verhinderung alsbaldiger Weiterveräußerung des Grundstücks oder des an ihm bestehenden Rechts treffen. Die Abfindungssumme ist auf Erfordern insoweit zurückzuzahlen, als sie nicht innerhalb einer von der obersten Militärverwaltungsbefehlshaber bestimmten Frist bestimmungsgemäß verwendet ist. Auf Erfordern der obersten Militärverwaltungsbefehlshaber ist die Abfindungssumme auch dann zurückzuzahlen, wenn der Zweck der Kapitalabfindung vereitelt ist. Es ist dann nur der Betrag zurückzuzahlen, auf den die Abfindungssumme festzusetzen gewesen wäre, wenn der Abgefundenen der Antrag auf Kapitalabfindung im Zeitpunkt der Rückforderung gestellt hätte.

Schließt eine abgefundene Wittve eine weitere Ehe, so ist die Abfindungssumme binnen 3 Monaten nach der Eheschließung insoweit zurückzuzahlen, als sie den Gesamtbetrag der bei ihrer Festsetzung berücksichtigten und bis zu ihrer Wiederverheiratung fällig gewordenen Versorgungsgebühren übersteigt. Von dem hiernach zurückzuzahlenden Betrag ist der Wittve der dreifache Betrag desjenigen Versorgungsteils zu lassen, welcher der Kapitalabfindung zugrunde gelegt ist. Liegen besondere Umstände vor, so kann von der Rückzahlung ganz oder teilweise abgesehen werden.

Aus der Partei.

Zur beabsichtigten Einberufung eines Parteitag.

In einem Leitartikel „Ein Kriegsparteitag?“ beschäftigt sich die „Leipziger Volkszeitung“ mit dem Vorschlag, einen Parteitag einzuberufen, der auch die am 20. und 21. Juli stattfindende Sitzung des Parteiaussschusses beschäftigen wird. Sie schreibt:

Ein heute abgehaltener Parteitag wäre ein Hoß auf alle Demokratie. Die Hälfte der Parteigenossen steht im Felde, das Recht der Mitbestimmung würde ihnen durch einen Kriegsparteitag genommen. Nirgends in Deutschland hätten die Parteigenossen die Möglichkeit, frei und ohne Einschränkung über die wichtigsten grundsätzlichen Fragen sich zu unterrichten und zu debattieren. Versammlungsverbote, die Einschränkung des Versammlungsrechts, die Redeverbote gegen einzelne Genossen würden die freie Fassung von Beschlüssen in der Mitgliedschaft der Organisationen unmöglich machen. Dazu kommt die Einschränkung der Diskussionsfreiheit in der Presse. Noch weniger frei würde die Debatte und die Beschlußfassung auf dem Parteitage selbst sein.

Deute den Parteitag zu verlangen, hat daher nur Sinn, wenn er in der Absicht gefordert wird, unter Ausnutzung des Kriegszustandes einen Gewaltstreik gegen die Opposition in der Partei zu führen. Wer heute sich für den Kriegsparteitag erklärt, der dokumentiert damit, daß er die Spaltung der Partei will.

Nur dann hat der Kriegsparteitag Sinn, wenn seine Beschlüsse, mögen sie nun ausfallen wie sie wollen, als bindend für jeden Parteigenossen erklärt werden, wie das von Parteitagbeschlüssen selbstverständlich ist. Es würde dann heißen: wer nicht für mich ist, ist wider mich, und der unterliegende Teil wäre gezwungen, entweder die Beschlüsse eines Parteitages anzuerkennen, der entgegen allen demokratischen Grundätzen einberufen wurde, oder sich von dessen Beschlüssen loszusagen.

Die Gefahr, die der Einheit der Partei durch einen Kriegsparteitag droht, ist unerkennbar. Jede kleinste Organisation würde durch ihn gefährdet, in jeder würden sich Genossen finden, die die Anerkennung der Parteitagbeschlüsse fordern, und solche, die sie, weil gegen die Gebote der Demokratie gefaßt, nicht als bindend anerkennen. Mögen die, die heute zur Abhaltung eines Parteitages während des Krieges drängen, wohl bedenken, was sie tun! Glauben sie etwa, daß es der Generalkommission der Gewerkschaften noch möglich wäre, die Abhaltung eines allgemeinen Gewerkschaftskongresses während des Krieges zu verhindern, wenn der deutsche Parteitag einberufen würde? Haben die, die sehr wohl die Gefahren kennen, die Abhaltung eines Kongresses auch nur einer Gewerkschaft während des Krieges für die Gewerkschaftsbewegung in sich birgt, denn keinen Sinn dafür, welche schwere Gefahr sie für die Einheit der deutschen Sozialdemokratie heraufbeschwören, wenn sie heute die Abhaltung eines Parteitages fordern? Glauben sie denn, daß die Spaltung vor den gewerkschaftlichen Organisationen Halt machen würde, in denen heute ausnahmslos Anhänger aller Richtungen der Partei vertreten sind?

Wir können die, die heute die Einberufung des Parteitages verlangen, nicht für so kurzfristig halten, daß sie das alles nicht erwogen hätten. Für ihre Forderung gilt daher nur eine Erklärung: sie wollen die Spaltung! Sie wollen die Sprengung der deutschen Sozialdemokratie, durch einen Gewaltstreik soll die nationale Arbeiterpartei der David und Südekum, der Peus und Kolb, der Regien und Bauer ins Leben

gerufen werden. Nur auf den Trümmern der deutschen Sozialdemokratie ist das möglich.

Die Silberfelder „Freie Presse“ wendet sich gegen demagogischen Vorschlag.

Genießt sprechen viele Gründe für die Abhaltung eines Parteitages. Wir alle dürften nach der erstehenden, klaren und ungeschminkten Aussprache, nach theoretischem und faktischem Gedankenaustausch, nach einheitlicher politischer Kampffront. Aber das eben ist es. Jetzt gibt es keine klare und ungeschminkte Aussprache, jetzt würde von einer politischen Kampffront nicht die Rede sein können. Das geistige Bild, welches ein Parteitag von heute den Parteigenossen drinnen und draußen zu bieten haben würde, mühte einseitig und darum verwirrend und unklar sein. Einseitig deswegen, weil es nur der Richtung vergönnt wäre zu sprechen wie sie will, die heute in den leitenden Instanzen der Partei den Ton angibt. Beschlüsse, auf einem solchen Grunde aufgebaut, mühten schlimmer wirken, als alles, was vorausgegangen.

Dazu käme dann die Verbitterung bei den Genossen, die an der Vorbereitung des Parteitages nicht teilnehmen könnten. Man sage nicht, daß sie ja befriedigt würden durch einen Parteitag sofort nach dem Krieg, der selbstverständlich die Legitimation habe, auszuüben oder abzuändern, was der vorige beschlossen. Damit trifft man den Kern der Sache nicht. Auch die Beschlüsse eines Kampfparteitages würden politisches Gewicht haben und somit die Genossen draußen in Mitleidenschaft ziehen. Es wäre nicht zu vermeiden, daß der Spruch einer solchen Tagung auf die internationalen Beziehungen und damit auf Krieg und Frieden von erheblichem Einfluß sein würde. Man bleibe uns auch mit dem Einwurf vom Leibe, daß einem Parteitag kein plausibler Grund mehr entgegenzusetzen werden könne, nachdem z. B. in Groß-Berlin Wahlen stattgefunden haben, ohne daß die im Felde stehenden Genossen Einfluß auf sie nehmen könnten. So wichtig die Parteibewegung von Groß-Berlin ist, so ist sie nicht die deutsche. Dort sind organisatorische Wahlen vorgenommen worden, und zwar unter Zustimmung der übergroßen Mehrzahl der Mitglieder — wohl auch der im Felde. Hier auf dem Parteitag würden politische Wahlen vorgenommen werden in des Wortes weitestgehender Bedeutung, abgesehen von dem übrigen Beratungsstoff. Derselben Organisationsfragen, die so energisch gegen das Tun der Berliner weiter, werden es ihnen nun doch nicht nachmachen wollen? Das würde ein merkwürdiges Licht auf die Motive ihres jeweiligen Handelns werfen.

Daß die Beschlüsse eines derart zustande gekommenen und durchgeführten Parteitages für einen sehr großen Teil der Parteigenossen autoritatives Gewicht besitzen, daß sie einigend und bestimmend wirken könnten, sofern, was wir unter den obwaltenden Verhältnissen annehmen müssen, in ihnen der Standpunkt der Fraktionsmehrheit dominiert — wir können uns nicht denken, daß ein politisch geschulter Genosse sich dem Glauben hingibt, den Parteivorstand und Parteiaussschuß der Auffassung sind, daß nach dem Organisationsstatut nur eine Reichstagsfraktion zulässig ist, würde die Konsequenz sein, daß die Arbeitsgemeinschaft von der Vertretung auf dem Parteitage auszuschließen wäre. Wie den Parteigenossen gerecht werden, die hinter der Arbeitsgemeinschaft stehen? Sollen die Beschlüsse, an denen sie nicht, oder nicht gleichberechtigt mitwirken konnten, ihnen gegenüber mit Zwang durchgesetzt werden? Solche und ähnliche Fragen werfen sich zahlreich auf. Sie zeigen, welche Gefahr mit einem außerordentlichen Kriegsparteitag heraufbeschworen würde: die des unheilbaren Zerwürfnisses, der Spaltung!

Zum Frankfurter Parteikonflikt.

Vom Bezirksvorstand Frankfurt a. M. werden wir um Aufnahme der nachstehenden Aufschrift ersucht:

Auf die letzte Erklärung des Parteivorstandes müssen wir erwidern: 1. Dem Bezirksvorstand ist bis zur Stunde nicht bekannt, daß der Parteivorstand irgendwelche Schritte getan, um die Frankfurter Organisation zu veranlassen, ihr statutenwidriges Verhalten aufzugeben und die Pflichten der Parteimitglieder zu erfüllen, an denselben abzuführen. Dagegen haben wir bisher im ganzen Verlauf des Konflikts wahrnehmen müssen, daß die Frankfurter Organisationsleitung bei ihren Maßnahmen den Parteivorstand als Rückenbedeckung für sich reklamierte, wozu dieselbe nach den bisherigen Erfahrungen alle Ursache hat. 2. Der Parteivorstand ist wieder bemüht, das eigentliche Geschehen ins Gegenteil umzudrehen, indem er das Flugblatt im Pressekreis als die Ursache des Konflikts in den Vordergrund stellt. Umgekehrt liegt das Verhältnis. Der Frankfurter Wahlkreis, gegen dessen Maßnahmen die übrigen 10 Wahlkreise des Bezirkes stehen, verlegt nicht nur das Parteistatut, sondern gerichtlich das Parteiprejudikat, warf die Beschlüsse der Bezirkskonferenzen beiseite. Demgegenüber ist das Flugblatt der 10 Wahlkreise eine Abwehrmaßregel. 3. Wenn der Parteivorstand sagt: „Ob das Flugblatt nicht aus der Bezirksklasse, sondern vielleicht von irgend-einer Sonderorganisation oder einer sonst an der parteierrütenden Tätigkeit interessierten Stelle bezahlt wurde usw.“, so genügt es, diese bemitleidige Unterstellung, die durch den Vorbehalt „vielleicht“ nicht besser wird, festzusetzen. Wir beneiden den Parteivorstand um die Anwendung solcher Weisheiten nicht, sie zeigen aber, wie es mit den „sachlichen Unterlagen“, die gegen die Organisation des Bezirkes Frankfurt a. M. ins Feld geführt werden, bestellt ist.

Berichtszeitung.

Bermüdete Margarine.

Eine erhebliche Verobserung der Strafe erzielte gestern in der Berufungsinstanz der Leiter der Butter- und Kolonialwarenhandlung Hermann Slotowsky Söhne in der Landshäger Straße.

Das Schöffengericht Berlin-Mitte hatte ihn zu 5 Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil war Berufung eingelegt worden, die gestern vor der 5. Strafkammer des Landgerichts I verhandelt wurde. Bei der Polizei waren wiederholt Klagen über die Qualität der von der Firma des Angeklagten bezogenen Margarine eingegangen, die eine polizeiliche Entnahme verschiedener Proben veranlaßten. Dabei ergab sich, daß die Margarine mit Wasser in ungewöhnlicher Menge versetzt war, die zwischen 85 bis 90 Proz. schwankte. In einem Falle wurde sogar ein Wassergehalt von 99 Proz., in einem anderen von 41 Proz., in einem dritten von 46 Proz. festgestellt. Der Angeklagte bestritt auch vor der Strafkammer ebenso wie seinerzeit vor dem Schöffengericht mit aller Entschiedenheit, seinerzeit eine Verfälschung der Margarine vorgenommen zu haben. Er habe die Margarine so verkauft, wie er sie von der Firma Jauch u. Ricker in Kellinghusen (Hollstein) bezogen habe. Das Geschäft von Hermann Slotowsky Söhne sei ein sehr umfangreiches, seine beiden Brüder ständen im Felde und er selbst habe sich auf die Lieferantenfirma verlassen müssen, der er ausgegeben habe, nur gute und tadellose Ware zu liefern, die völlig einwandfrei sein müsse. Er habe auch die einer solchen Ware entsprechenden Preise gezahlt. — Der als Zeuge benommene Margarinefabrikant Otto Ricker aus Kellinghusen in Hollstein ist inzwischen wegen Verfälschung von Margarine durch Wasserzusatz von der Strafkammer zu 300 M. Geldstrafe oder 50 Tagen Gefängnis verurteilt worden. Es wurde in jenem Prozeß festgestellt, daß Ricker's Margarine mit 33,33 Proz. Wassergehalt fabrizierte und verkaufte. Zeuge Ricker's beunruhigt, daß sein Kompagnon Jauch, der den technischen Betrieb unter sich habe, zum Heere eingezogen sei und er selbst nur der kaufmännische Leiter sei. Sie seien beide der Ansicht gewesen, daß ein Wasserzusatz von 35 Proz. gestattet sei, da seinerzeit eine gesetzliche Bestimmung über die zulässige Höhe des Wasserzusatzes, die jetzt auf 20 Proz. festgesetzt sei, nicht vorhanden gewesen sei. So viel

Wasser, wie bei den aus dem Geschäft des Angeklagten entnommenen Proben sich ergab, sei in seiner Fabrik nicht zugefügt worden. Der Zeuge behauptete auch, daß er seinen Kunden Mitteilung von dem Vorhandensein des Wasserzusatzes gemacht habe. — Die vernommenen Angestellten des Angeklagten bestritten mit aller Entschiedenheit, daß in dem Geschäft, in welchem alles sauber und durchaus reell zugehe, jemals eine Fälschung vorgekommen sei; die Margarine sei genau so verkauft worden, wie sie von den Lieferanten eingegangen war. — Die Sachverständigen Prof. Dr. Judenack und Direktor Schwand hielten es nach den Ergebnissen der Beweisaufnahme für ausgeschlossen, daß die Verwässerung in dem Geschäft des Angeklagten vorgenommen worden sei; er habe aber doch die Ware verkauft, nachdem ihm durch die ersten Beschwerden bekannt geworden war, daß sie nicht einwandfrei sei. — Die Strafkammer hob das erste Urteil auf und verurteilte den Angeklagten zu 1500 Mark Geldstrafe. Nach Ansicht des Gerichts lag nicht bloß Fahrlässigkeit vor. Der Angeklagte habe nicht aus niedrigen Motiven gehandelt, aber eine übertriebene Vertrauensseligkeit trotz der vorher schon ergangenen Beschwerden bewiesen und darin erblicke der Gerichtshof eine Vorlässigkeit.

Höchstpreisgesetliches.

Nach den neueren, in Berlin geltenden Vorschriften ist es bekanntlich ausdrücklich ausgeschlossen, die Abgabe von Butter von der Bedingung der gleichzeitigen Entnahme einer anderen Ware abhängig zu machen. Dagegen hatte die frühere, im Jahre 1915 geltende Verordnung des Berliner Magistrats über Butterhöchstpreise keine ausdrückliche Vorschrift dieser Art, sondern bestimmte nur den Höchstpreis. Diese frühere Verordnung vom Juni 1915 sollte Herr Bickert als Procurist der bekannten Butterfirma Schröder übertreten haben, indem auf seine Anordnung im Jahre 1915 in den Schröderschen Filialen eine Zeitlang die Abgabe von einem halben Pfund Butter vom gleichzeitigen Kauf eines Viertelpfunds Camembert Käse oder zweier Kublässe abhängig gemacht wurde. Das Landgericht Berlin hatte darin ohne weiteres eine Ueberschreitung der früheren Butter-Höchstpreisverordnung des Magistrats gesehen und Bickert zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Kammergericht hob jetzt auf Revision das Urteil auf und verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. In den Gründen heißt es: Das Landgericht irre in der Auslegung des Höchstpreisgesetzes (Fassung vom 17. Dezember 1914), wenn es annahme, daß in der Festsetzung des Höchstpreises schon irgendein Zwang zum Verkauf einer bestimmten Ware liege. Eine Festsetzung des Höchstpreises allein bedeute nach § 1 des Gesetzes nur, daß, wenn verkauft werde, der festgesetzte Höchstpreis innezuhalten sei. Ein Verkaufszwang müsse nach § 4 des Gesetzes besonders angeordnet werden. Das sei in der hier in Frage kommenden Höchstpreisverordnung vom Juni 1915 nicht geschehen; sie habe also keinen Verkaufszwang enthalten. Nun könnten Anordnungen aus § 5 der Bundesratsverordnung vom 25. September, betreffend die Errichtung der Preisprüfungsstellen, für einen Verkaufszwang in Frage kommen. Solche Anordnungen, in Verbindung mit der Bestimmung des Ausdrucks der Preisverzeichnisse, sei für Berlin aber erst am 26. Januar 1916 ergangen, also nach der Tat des Angeklagten. Sie könne also auch nicht gegen ihn angewendet werden. Nun könnte noch in Frage kommen, ob Angeklagter die beiden Waren (Butter und Käse) überhaupt verflochten durfte. Nach einer Verordnung des Oberkommandos in den Marken vom 16. Juli 1915 ist für jede einzelne Ware der Preis festzusetzen. Möglicherweise verletze die Tat des Angeklagten dagegen. Diese Tat siche aber nicht zur Anklage. Denn er sei nicht wegen einer unrichtigen Preisbekanntmachung angeklagt, sondern mit der Verschuldigung, die Höchstpreise überschritten zu haben. Deshalb könne er im jetzigen Verfahren nicht wegen Ueberschreitung dieser Verordnung bestraft werden. Somit bleibe nur noch übrig, ob durch die Verflochtung des Verkaufs der Butter mit dem von Käse nicht eine verschleierte Höchstpreisübertretung begangen sei, etwa dergestalt, daß der mit angebotene Käse minderwertiger gewesen sei, als es dem für den Käse angerechneten Preise entsprach, und ob nicht so, obwohl für die Butter kein zu hoher Preis verlangt wurde, indirekt für die Butter mehr eingebracht werden sollte. Das würde eine Ueberschreitung der Butterhöchstpreise sein. Eine solche Manipulation habe aber der Angeklagte von Anfang an bestritten, indem er geltend machte, er habe durch sein Tun nur dem Butterhändler entgegen wirken wollen. In dieser Hinsicht habe sich das Landgericht nicht ausgesprochen. Deshalb müsse es die Sache in der Richtig nachprüfen.

Ein Preiswucherer zu vier Monaten Gefängnis verurteilt. Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts Leipzig hatte sich der rumänische Lebensmittelhändler Solomon Gaimonowitsch wegen Preiswucher zu verantworten.

Der Angeklagte, wegen gleicher Delikte bereits mit 2 Monaten und 4 Wochen Gefängnis bestraft, betrieb im Jahre 1915 in der städtischen Markthalle zu Leipzig in mehreren in mehreren eigenen Läden einen ausgedehnten Handel mit Käse, Fleisch- und Wurstwaren. Nach der Anklage überschritt er die Höchstpreise, indem er das Pfund Schweinefleisch mit 2,00 bis 2,90 M. verkaufte, während die in Leipzig geltenden Höchstpreise nur 2,10 bis 2,60 M. betragen. Für Holsteintische Salamiwurst verlangte er einen Preis von 4 M. für das Pfund, während der Höchstpreis auf 3 M. für das Pfund festgesetzt worden war. Auch für Abfallfleisch von Schinken überschritt er die Höchstpreise, denn er verkaufte ein Viertelpfund Abfallfleisch für 1,05 M. Zudem hatte er in seinen Läden auf den Preistafeln keine Preise für die von ihm verkauften in- und ausländischen Wurstwaren vermerkt. Dem Treiben des Angeklagten machte das Publikum selbst ein Ende, indem es zur Selbsthilfe griff und gegen ihn einschritt. Daraufhin wurde er in Untersuchungshaft genommen. Wegen Preiswucher erkannte das Gericht auf vier Monate Gefängnis und 500 Mark Geldstrafe, wobei das Gericht als Strafmotiv den Umstand erzwog, daß der Angeklagte sich nicht geschämt habe, die Not der Bevölkerung auszunutzen und höhere Preise zu fordern, als er zu fordern berechtigt gewesen sei. Wenn der Angeklagte geltend gemacht habe, daß er durch die Not der Bevölkerung schwer geschädigt worden sei, so sei dem entgegenzuhalten, daß er die Not erst recht heraufbeschworen und viele dadurch ins Unglück gestochen habe, als gegen diese jetzt Anklagen wegen Widerstandes usw. erhoben worden seien.

Uebertretung der Ausfuhrverbote.

Die Bekanntmachung des Bundesrats vom 14. November 1914, welche das Zahlungsverbot gegen Rußland einführt, bedroht die Person mit Gefängnis bis zu drei Jahren und mit Geldstrafe bis zu 50 000 M. oder mit einer dieser Strafen, die wissentlich einem deutschen Ausfuhrverbot zuwider Waren nach dem bezeichneten Gebiete mittelbar oder unmittelbar ausführt. Zu den Waren, deren Ausfuhr durch das Verbot des Reichsanwalters vom 6. September 1914 in Verbindung mit der kaiserlichen Verordnung vom 31. Juli 1914 verboten worden ist, gehören Spiritus und Zucker.

Mit Spiritus und Zucker hat nun der Landwirt Wesselow aus dem Kreise Strasburg in Westpreußen im Jahre 1915 nach gerichtlicher Feststellung einen schwindehaften Schmuggelhandel nach Rußland hinüber betrieben. Viele Zentner Zucker und größere Mengen Spiritus schaffte er mit seinem Wagen über die preussische Grenze nach Rußland hinüber, wo ihn ein russisches Fuhrwerk zum Abholen der Ware erwartete. Er hatte die Waren in der Umgebung seines Wohnortes zusammengekauft. Er wurde auf Grund der angeführten Bestimmungen von der Strafkammer in Thorn zu einer Geldstrafe von 3000 Mark verurteilt. Das Kammergericht hob jetzt auf Revision das Urteil eingeleitete Revision.

Kriegswucherverfahren. Dr. Max Alberg, Berlin, Juli 1916. Verlag W. Moeser, Buchhandlung. Preis kart. 4 M. Das Buch sucht die durch das Höchstpreisgesetz und die Preissteigerungsverordnung neu geschaffenen, strafbaren Tatbestände durch eine Herausarbeitung der wesentlichen Momente anschaulich zu machen. Verfasser nimmt auf das Verständnis des Laienpublikums weitgehend Rücksicht. Deshalb wird der Gewerbetreibende in der Lage sein, sich aus dem Buch über die ihm durch die Kriegswuchergesetze auferlegten Pflichten, insbesondere in bezug auf die Preisbemessung, zu unterrichten. Die ausgiebige Verwertung der Rechtsprechung läßt den Standpunkt des Reichsgerichts überall erkennen.

Aus aller Welt.

Bei dem Brande von Tatoi zählte man bis jetzt etwa zwanzig Tote, darunter einen Obersten des Geniecorps und den Leiter des königlichen Sicherheitsdienstes, und fünfzig Verwundete. Der Brand wüthet weiter.

„Secolo“ meldet aus Athen, daß der Brand sich nunmehr auf 100 000 Hektar Pinienwälder ausgebreitet habe. Bisher seien 15 Tote geborgen worden, unter diesen befindet sich Crisopachis, der Chef der Geheimpolizei. Das Blatt schreibt: Die Talsache, daß die Feuerbrunst 6 Kilometer vom königlichen Schlosse entfernt ausgebrochen ist, beweist, daß die Zerstörung der königlichen Besitzungen auf die Unwirksamkeit der Rettungsarbeiten, nicht aber auf die politische Erbitterung zurückzuführen ist.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland die Montag mittag. Biesach heiter, aber noch veränderlich und besonders östlich der Ober ziemlich zahlreiche, meist geringe Regenschüße, ostwärts fortschreitende langsame Erwärmung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Ende Nr. 3, IV. Hof rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 6 bis 8 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrage ist ein Nachsatz und eine Fall als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Anträge werden nicht beantwortet. Kluge Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

N. 1. 121. Zwei Karten können sofort nicht nachgeliefert werden, es kann nur für jede Woche eine Karte geliefert werden, bis die nötige Anzahl von Karten zum Bezuge der Altkarte erreicht ist. Wenn die Mutter aber nicht mehr erwerbsfähig ist, kann sie doch Invalidenrente beantragen, die übrigens höher ist, als Altkarte. — N. 2. 90. 1. Nach 26 Wochen. 2. Ja. 3. Ein solcher Antrag kann gestellt werden. 4. Der Frau steht darüber kein Beschwerderecht zu, das ist Sache des Mannes. Der Mann könnte sich eventuell an das Comitätsamt des Kriegsministeriums wenden. 5. Dienstbeschädigung müßte wohl in dem Falle angenommen werden. — N. 3. 7. Sie müßten beim zuständigen Amtsgericht (Nachlassgericht) Antrag auf gerichtliche Erbschaftsänderung stellen. — N. 4. 62. Da der Abrechnungswert auf den Preis in Anrechnung gebracht wird, so werden Sie mit der ausgelegten Summe zufrieden sein müssen. Sie können nicht die Besetzung des Kaufpreises verlangen. — N. 5. 13. Nach einem vorliegenden Gerichtsurteil steht Ihnen ein Schadenerschaftsprüfung zu. — N. 6. 100. Es besteht auch kein absoluter Anspruch auf Reichsunterstützung, wie Sie annehmen. Bei Ihrem Verdienst wird die Bedürftigkeit verneint und Sie können daher gegen den abledenden Befehl mit Erfolg nichts unternehmen. — N. 7. 41. 5 arüber müßten Sie einen Arzt befragen. Ob Sie bei dieser Krankheit für dienstuntauglich befunden werden, können wir ebenfalls nicht wissen, das entscheidet der Militärarzt. — N. 8. 25. Der Versicherungsvertrag kommt deshalb nicht zur Wirkung, er behält seine Gültigkeit bis zu dem im Vertrage festgelegten Ablaufstermin. — N. 9. 20. Die Unterstüfung wird Ihnen in diesem Falle verweigert. — N. 10. 64. Sie haben keinen Anspruch auf Altersrente, da Sie etwa 200 Mark zu wenig geliebt haben. — Pro rata. Sie können keinen höheren Anspruch erheben und werden nach den Bestimmungen des Versicherungsvertrages sich mit dem angelegten Betrage von 175 Mark zufrieden geben müssen. — Treiber Regual. Die Kinder erster Ehe haben einen Erbanspruch an dem Nachlass des Vaters. — N. 12. Sie hätten eine Woche nach Veränderung des Urteils Berufung einlegen können. Beschwerde über die Höhe eines Urteils gibt es nicht. Recht dürfte der gesetzliche Termin verstrichen sein. — N. 13. 93. 1. Die Trauung kann auch auf dem für den künftigen Schwamm zuständigen Standesamt stattfinden. 2. Auskunft darüber erhalten Sie bei der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge. Am Montag, den 1. August, 9-11. — N. 14. 23. 2. Und ist nur nach dem bekannt. Wenden Sie sich an einen Druggisten. — N. 15. 10. Zu melden beim Kuratorium für das Altersheim im Rathaus Reutlin. — N. 16. 10. Nicht unter 20 und nicht über 30 Jahre. Für Wohnung und Bekleidung sind beim Eintritt 200 M. für Bücher und Instrumente 37,10 M. zu entrichten. Meldung beim königl. Volkshaus, Kurjus in der Charlott. vom 1. Oktober bis Ende März. — N. 17. 10. Sie würden gut tun, sich zunächst an den Verband der Landarbeiter zu wenden, Berlin SO. 16, Wilmersdamm 1. — N. 18. 39. Rufen wir abholen. — N. 19. 2000. Im weiteren Sinne sind es auch Beamte. Im Briefkasten eine genaue Unterscheidung zwischen Beamten und Unterbeamten anzugeben, ist nicht gut angängig. — N. 20. 16. Der Bericht kann nicht wieder rückgängig gemacht werden. Die Beförderung und höhere Abholung erfolgt dann erst wieder auf dem normalen Wege. In diesem Falle müßte auf dem vorgeschriebenen Dienstwege (Kompagniefel) ein entsprechendes Gesuch gemacht werden.

Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. b. S.
Berlin SW. 65, Lindenstraße 3

Wir empfehlen:

Praktische Steuerpolitik oder Steuerdogmatik?

Von Heinrich Cunow

Preis 1 Mt. Vereinsausgabe 50 Pf.

Inhalt: Keine Selbsthandhabung. — Verwaltungsverfahren und Steuerprinzipien. — Steuerprobleme. — Staatsmonopole oder neue Steuern? Steuerdogmatik und Steuerpolitik. — Die Drohkühe bietet eine gemeindefähliche Einföhrung in die Aufgaben der Steuer- und Finanzreform, bei deren Einföhrung die Sozialdemokratie ihre gewichtige Stimme in die Waagschale werfen muß.

Preiswertes Angebot!



Leiser

Kinder:	Damen:
Schwarz Rindboxstiefel . . . 27-30 8,90 31-35 9,90	Robbox-Derby-Schnürstiefel . . . 12,50
Schwarz Boxcallstiefel . . . 27-30 10,50 31-35 11,50	Lackblat-Schnürstiefel m. schwarz, hellgrau und dunkelgrün Stoffwebe . . . 16,50
Braun Glanzleige 27-30 10,50 31-35 11,50	Prima braun Chevreau-Schnürstiefel, erschl. Material . . . 19,50
Knoben-Robcheveau-Stiefel 12,50	Backfisch: Chevreau-Schnürstiefel m. Derby: 12,50
Herren:	Halbschuhe:
Chevreau-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappe . . . 18,50	Chevreau-Schnürschuh mit Lackkappe . . . 14,50
Boxcall-Schnürstiefel mit und ohne Lackkappe und Derby . . . 21,50	Lackblat-Schnürschuh mit feinem matt Leder Hintersteil . . . 15,50
Friedrichstraße 179 Moabit, Turmstraße 50 Tauentzienstraße 20 Müllerstraße 30 Rönigstraße 34 Oranienstraße 34 Leipziger Straße 65 Reutlin, Bergstr. 7/8 Oranienstraße 47a Friedenow, Rheinstr. 14	

Aus Groß-Berlin. Der Kupferling.

Was nicht alles der Weltkrieg neu auspoliert! Nun hat er auch der kleinsten deutschen Reichsmünze, dem misachteten Pfennig, wieder neuen Glanz verliehen. Nur ein Pfennig! Wer fragte denn früher viel nach dem Knirps? Er war das geborene metallische Achenbrödel. Man schob ihn achlos in die verborgenste Falte des Geldbeutels. Nie ihn nur im Notfalle wieder an das Tageslicht, bot ihn keinem Kellner als Trinkgeld, kaum einem Bettler als Almosen an und bat den Geschäftsmann höflichst um Entschuldigung, daß man es wage, ihm Pfennige auf den Ladentisch zu legen. Freilich, der sogenannte „Kleine Mann“ hat den ihm nahe verwandten Reichsdäumling von jeher noch am meisten geschätzt. Er rechnete gewohnheitsmäßig mit den Pfennigen wie mit den Groschen und mag gar oft, wenn es der letzte Pfennig im Beutel war, gefeuert haben: „Ach, hätte ich doch von deiner Sorte einen ganzen Saß voll!“ Ja, viele Wenig machen ein Viel. Das verstand auch stets die Oberrechnungskammer in Potsdam, die manches flets Mal um einen Pfennig zahlreiche Papierbogen, die mehr als das Zehnfache kosten, beschrieben hat. Nichts geht über die Ordnung. Es muß alles stimmen „bis auf den Pfennig“. Für unmoderne Kinder war der Kupferling ein Vermögen in der blechernen oder lönernen Sparbüchse, und auch Statbrüder schlossen ihn in ihr Spielkrattenherz. Sonst aber war er gerade gut genug für jene Handbewegung, mit der ein Millionär, wenn er gut gelaunt ist, dem Stiefelpußer einen blanken Taler hintwirft.

Nur ein Pfennig! Für die meisten Menschen hatte er den Begriff des Geldes fast schon verloren. Sie bückten sich nicht mal nach ihm, wenn sie ihn herrenlos auf der Straße liegen sahen. So gewaltig war die Abneigung gegen den armen Pfennig, daß bisher Hunderttausende von Geschäftsleuten jede Pfennigrechnung regelmäßig nach oben abrundeten, bis mindestens der Sechser voll war. Wie entgegenkommend! Der Geschäftsmann, der jetzt so kläglich gestellt ist, konnte doch nichts zugeben, konnte nicht 2 Pfennig aus 2½ Pfennig machen. Also machte er stott 5 aus 3, ganz ohne Hexerei. Wer zählt denn in der Kneipe für seine durchsichtige Schnitt Brot die vorgezeichneten 3 Pfennig? Wer rennt gleich zur Polizei, wenn ihm zu seiner Bequemlichkeit 5 Pfennig aberlangt werden? Niemand will sich wegen der zwei „lumpigen“ Pfennige zeitraubende Scherezeilen machen. Man ist ja so anständig, verzichtet sogar auf das Schimpfen und — blecht. Beim Geschäftsmann aber läppert es sich.

Das wird nun vielleicht doch etwas anders werden, nachdem der halbe Pfennig, wenn auch nur in Briefmarkenpapier, zur offiziellen Größe erhoben ist. Tatsächlich muß ja jetzt von allen denen, die vom Kriege keinen Vorteil ziehen, auch schon der Kupferling beinahe auf die Goldwaage gelegt werden. So wird das alte Wort wieder mehr zur Geltung kommen: Wer den Pfennig nicht ehrt, ist den Taler nicht wert!

Zur Verhütung von Schulverräumnissen.

Oft müssen Eltern schulpflichtiger Kinder die Armenpflege um Beihilfe zur Anschaffung von Schuhen oder Kleidern für ihre Kinder bitten mit der Begründung, daß sonst der Schulbesuch unmöglich würde. Manchmal richten auch Schulleitungen selber für bedürftige Kinder ihrer Schulen an die Armenkommissionen den Antrag, die zur Fortsetzung des Schulbesuches nötigen Schuhe und Kleider zu bewilligen. Ueber das Verfahren bei der Erledigung solcher Gesuche äußerte sich ein Aufsatz, den die von der Armenverwaltung der Stadt Berlin herausgegebenen „Blätter für die Berliner Armen- und Waisenpflege“ in ihrer Juni-Nummer veröffentlicht haben.

Ohne weiteres sei — wird da ausgeführt — klar, daß diese Gesuche, wenn die Bewilligung den erhofften Nutzen haben soll, als höchst dringlich zu behandeln sind. Es könne keine Rede davon sein, einen etwa am Anfang eines Monats eingehenden derartigen Antrag erst um die Mitte des Monats zu prüfen und ihn darauf der gegen Ende des Monats tagenden regelmäßigen Kommissionsversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Von einigen Armenkommissionen wurde aber in einzelnen Fällen tatsächlich so oder ähnlich verfahren, und die Wirkung war dann die, daß manche auf Erledigung ihrer Gesuche wartende Eltern schließlich ihre Kinder vom Schulbesuch fern hielten. In Schulverräumnissen dieser Art hat die Schulpolizei die Entschuldigungen von Eltern, die auf jene den Armenkommissionen zur Last fallenden Verzögerungen hinwiesen, als berechtigt anerkannt. Doch möchten wir keinem Vater und keiner Mutter raten, sich hierauf zu verlassen. Es kann leicht passieren, daß die Schulpolizei auch mal anders entscheidet.

Vorgeschlagen wird nun in dem Aufsatz, daß ein solcher Antrag auf Schuh- oder Kleiderbewilligung für Schulkinder noch am Tage des Einlaufs beim Kommissionsvorsteher einem Kommissionsmitglied zu sofortiger Prüfung zu übergeben wäre und dann der Vorsteher mit diesem Mitglied über die etwa nötige Bewilligung zu beschließen hätte. Möglich sei, daß die Armenverwaltung nächstens zur Regelung dieser Dinge eine grundsätzliche Anweisung herausbringen werde, bis dahin aber mühten die Armenkommissionen nach dem gemachten Vorschlag verfahren. Die rasche Erledigung von Anträgen, die geeignet sind, Schulstrafen abzuwenden, werde einen Akt vorbeugender Armenpflege von hohem Wert bedeuten.

Man kann nur wünschen, daß diese Mahnung beherzigt wird. Nützlich ist das jetzt in der Kriegszeit mehr als je, denn gerade jetzt könnten infolge der Knappheit und Teuerung von Schuhen und Kleidern noch öfter als sonst Schulverräumnisse aus solchem Anlaß entstehen. Besser wäre, wenn man es den Eltern überhaupt ersparte, wegen Gewährung von Schuhen und Kleidern für ihre schulpflichtigen Kinder die Armenpflege anrufen zu müssen. Mittel für diesen Zweck sollten wirklich auf andere Weise ausfindig zu beschaffen sein. Die hierzu bestimmten Vereins- und Stiftungsmittel waren ja stets nur ein unzulänglicher, dürftiger Notbehelf. Aber auch die Kriegsfürsorge auf diesem Gebiet genügt offenbar noch nicht.

Trotz Kartoffelknappheit.

Ueber die Kartoffelknappheit der letzten Wochen äußern sich Zuschriften, die aus unserem Leserkreise gekommen sind. Ein paar Zu-

schriften klagen, daß nach den auf Güterbahnhöfen gemachten Beobachtungen gerade jetzt große Mengen Kartoffeln verborgen und verkauft seien. Kleinbändler sehen sich genötigt, auf die ihnen angebotenen Kartoffeln zu verzichten, weil sie so schlechte Ware nicht brauchen könnten. Im Anschluß an diese Mitteilungen wird in den Zuschriften gestagt, warum es gerade in der Zeit der Kartoffelknappheit zu solchen Verlusten kommen mußte. Man könnte die Frage auch so stellen, ob nicht die bedeutenden Verluste die Kartoffelknappheit noch verschärft haben. Daß gegen den Sommer hin die alten Kartoffeln schlecht werden, erleben wir alle Jahre. Diesmal aber scheinen noch besondere Umstände dazu beigetragen zu haben, die Kartoffelzufuhren nach Berlin durch Hämnie zu schädigen. Es haben da wohl Transportverzögerungen mitgewirkt, deren Ursachen hier unerörtert bleiben mögen. Eine andere Zuschrift weist mit Verwunderung darauf hin, daß immer noch bedeutende Mengen Kartoffeln an Hotels geliefert worden seien. Genannt werden da ein paar Hotels, die zu den vornehmsten gehören. Wir können nicht beurteilen, ob die gelieferten Mengen, gemessen an der Zahl der dort speisenden Gäste, groß waren. Wichtig ist, daß die gleichmäßige Verteilung eines in erster Linie von minder zahlungsfähigen Leuten begehrten Nahrungsmittels schließlich zu einer Ungleichheit führen kann. Die Gäste vornehmer Hotels würden, auch wenn ihnen mal die Kartoffeln ganz entzogen blieben, wegen des Erlages durch andere Nahrungsmittel wohl nicht in Verlegenheit kommen.

Der Kranke an der Kette.

Im Treptower Park erscheint seit einiger Zeit häufiger eine durch ihre Tracht als solche erkennbare Kronenpflegerin, die einen alten Herrn an einer eisernen, um das Handgelenk geschlossenen Kette spazieren führt. Angeblich ist der Gefesselte ein Geisteskranker. Ob er aus einer Privatanstalt kommt, war bisher nicht festzustellen. Die Pflegerin langt in der Regel gegen vier Uhr nachmittags mit der Siemens-Strassenbahn an und steigt an der Ruderstraße aus. Von ärztlicher Seite wird erklärt, es sei besser, einen Geisteskranken die „Freiheit an der Kette“ genießen zu lassen, anstatt ihn in eine Irrenanstalt zu sperren. Andererseits erregt der Vorfall in einem stark besuchten öffentlichen Park vielfach peinliches Aufsehen.

Es besteht seit 1910 eine aus deutschen Psychiatern und anderen Leuten gebildete Vereinigung, welche sich vorgenommen hat, die schreckliche Lage der Geisteskranken im Orient zu bessern. Hier werden die Geisteskranken noch als vom Teufel Besessene angesehen und ganz offiziell an die Kette gelegt. Und nun sieht man so etwas sogar öffentlich in Groß-Berlin!

Minderwertiges Brot.

Der Magistrat schreibt uns: Es sind lebhafteste Klagen darüber geführt worden, daß die Qualität des Brotes teilweise recht minderwertig sei. Dies muß um so mehr befremden, als seit Anfang März dieses Jahres bei der Vorkonzessionierung des Roggenmehls zum mindesten 20 Proz. durch Weizenmehl ersetzt werden muß. Wir können uns daher der Auffassung nicht verschließen, daß die Bäcker bei der Herstellung des Brotes es häufig an der nötigen Sorgfalt fehlen lassen. Wir haben aus diesem Grunde eine Stelle ins Leben gerufen, von der aus die Beschaffenheit des Gebäcks, insbesondere seine vorchriftsmäßige Zusammensetzung und das Verfahren bei seiner Herstellung einer dauernden Ueberwachung unterzogen werden wird. Sollten dabei Verstöße gegen die Vorschriften oder sonstige Beobachtet werden, so werden wir uns genötigt sehen, mit aller Schärfe gegen den schuldigen Betriebsinhaber einzuschreiten. Nötigenfalls werden wir die Einstellung der weiteren Reihenzuteilung verfügen, da ein Bäcker, der nicht imstande ist, ein einwandfreies Gebäck herzustellen, nicht für den Ruf der Versorgung der Bevölkerung mit dem Hauptnahrungsmittel mitzumischen. Insbesondere wird der Zusatz von Stroh- und Speisepremehl unzulässig als Nahrungsmittelverfälschung verfolgt werden. Wir müssen erwarten, daß die berechtigten Klagen der Konsumenten jetzt aufhören, zumal infolge der Einführung des Weizenmehls anstelle von Kartoffeln als neuen Streckungsmittels ein weiterer Grund für die Hebung der Qualität des Brotes durch die Erhöhung des Weizengehalts gegeben ist.

Eröffnung der 3. Zentralküche.

Am Montag, den 24. Juli, wird auf dem städtischen Schlachthof an der Landsberger Allee bereits die dritte Zentralküche für die städtische Volkspfeisung eröffnet. Die Ausgabe der Teilnehmerkarten für die Speisung in dieser neuen Küche erfolgt durch die Brotkommissionen 55-59, 62-75, 77-84 und 86-88, und zwar vorläufig nur für die Bewohner der zu diesen Kommissionen gehörigen Straßen. Speiseausgabestellen befinden sich außer auf dem Schlachthof (Landsberger Allee 59), in der Turnhalle der Gemeindegemeinschaft Straßmannstraße 6/8, Kigaer Straße 81/82, Remeler Straße 24/26, Kloppeustraße 84, Höchste Straße 34/35 und Esmarchstraße 18.

Die Anmeldungen haben bekanntlich bei den zuständigen Brotkommissionen vom Montag bis Donnerstag jeder Woche zu erfolgen.

Zentralstelle für Krankenernährung.

Im Anschluß an die Mitteilung, daß im städtischen Medizinalamt Fischerstr. 39/42 eine Zentralstelle für Krankenernährung eingerichtet ist, bei der alle Anträge auf Zuteilung von Nahrungsmitteln an Kranke auf Grund ärztlicher Atteste anzubringen sind, wird noch darauf hingewiesen, daß auch die Ausgabe von Milchkarten an Kranke künftig nur durch die Zentralstelle im Medizinalamt und nicht mehr bei den Brotkommissionen stattfindet. Die Formulare für die ärztlichen Zeugnisse sind im Medizinalamt erhältlich. Die Ausgabe von Milchkarten an Kinder und stillende Frauen erfolgt nach wie vor bei den Brotkommissionen.

6 Pfund Kartoffeln pro Woche.

Der Magistrat Berlin hat in Uebereinstimmung mit den Nachbargemeinden die Kartoffel-Verbrauchsmenge für die Zeit vom 17. bis einschließlich 23. Juli auf höchstens 6 Pfund festgestellt, und zwar können auf jede der drei Abschnitte 12 der Kartoffelkarte bis zu 2 Pfund entnommen werden. Der oberste Abschnitt Nr. 12 darf jedoch nicht vor Freitag, den 21. Juli, eingelöst werden. Mehr als 6 Pfund Kartoffeln dürfen auch bei Vorlegung mehrerer Kartoffelkarten mit einmal nicht abgegraben werden.

Die Fleischration in nächster Woche.

Die auf den Kopf der Berliner Bevölkerung entfallende Menge an frischem Fleisch oder frischem Fett wird für die Zeit vom 17. bis 23. Juli auf 200 Gramm festgesetzt. Es entfallen somit auf einen Vollabschnitt der Fleischkarte 40 Gramm und auf einen Teilabschnitt 20 Gramm.

Der Höchstpreis für Milch.

Noch immer wird dänische und schwedische sterilisierte Milch in Flaschen oder Blechdosen zu einem hohen Preise verkauft. Es wird daher nochmals daran erinnert, daß sterilisierte Milch nur zu dem für gewöhnliche Vollmilch vorgeschriebenen Höchstpreise von 82 Pf. pro Liter im Kleinverkauf abgegeben werden darf.

Antlich untersuchte Milch.

In Friedenszeiten wurde die Milch der dem Verein Berliner Volkereibesitzer angehörenden Volkereien in dem städtischen Medizinalamt untersucht. Seit Beginn des Jahres 1916 sind die Untersuchungen eingestellt worden. Trotz wiederholter Aufforderung seitens des Magistrats haben einzelne Volkereien die Schilder mit der Aufschrift „Antlich untersucht im städtischen Untersuchungsamt“ nicht entfernt. Da durch das Vorhandensein der Schilder eine Täuschung des Publikums hervorgerufen werden kann, wird auf diesen Sachverhalt hingewiesen.

Der Heuwagen.

Hoch und schwer beladen schwankt ein Heuwagen die Straße entlang. Langsamem Schrittes trotten die massigen Gänse voran. Der Fuhrmann sitzt schläfrig auf seinem Sitz und läßt die Peitsche von rechts nach links, von links nach rechts pendeln. Ein Hauch von Ruhe und Gemächlichkeit geht von dem ganzen Fuhrwerk aus. Mitten durch das hastende, betriebsame Großstadtleben gleitet es in unerwarteterm Pliegema dahin. Bald muß eine elektrische halten und der Fahrer tritt mit Wucht auf die Glode. Wie ein träges Ungeheuer vollzieht der Heuwagen eine kleine Schwenkung, aber noch eine Weile dauert es, bis er die Schienen verlassen hat, auf daß die eilige elektrische durchkann. Bald zwingen ihn jedoch haltende Geschäftswagen und Autos, wieder in das Reich des Akkumulators einzudringen und gleich torlekt das plumpe Gefährt wieder die Gleise entlang. In beiden Seiten muß es „Haare lassen“. Die vorbeikommenden Pferde erschrecken rasch ein paar Halme des köstlich duftenden Heues, Schallender rennen hinterher und rufen Bündel heraus, aus den Droschken beugen sich die Insassen und angeln sich rasch ein kleines Bünd, um es mit einem langgezogenen „Aach!“ unter die Nase zu halten. Es hilft nichts, daß ab und zu von ganz oben aus der Höhe ein Verleckergeßicht herabschaut und sträckerliche Schmissen schneidet — „wollt Ihr gleich eure Pfoten davon lassen.“ — es hilft nichts, der Großstädter bekommt so selten frischduftendes Heu zu riechen, daß er die Gelegenheit wahrnimmt. Und weiter trotten die Gänse in stoischem Gleichmut, weiter humpelt und schwankt der Berg von Heu und nimmt sich so ungeschickt und ungeschickig aus unter den übrigen Verkehrsmitteln. Nicht umsonst sagt man in manchen Gegenden, wenn man zum Ausdruck bringen will, daß man bei betrunkenen Personen weitgehendste Rücksicht nehmen soll: „Einem Betrunkenen weicht ein Heuwagen aus“.

Arrrrr! macht der Reiter jetzt und läßt die Peitsche leicht auf die äppigen Hinterbacken der Gänse fallen. In großem Vogen schwenkt der Wagen um die Ecke und ist bald den Augen der Umstehenden verschwunden. Ein Heubündel ist mitten auf dem Damun liegen geblieben. Der Droschkenfahrer von drüben kommt schleppenden Schrittes heran und hebt es auf. „Et steht jaug jut draußen, et mühte nur mehr Sonne sind“, meint er zu seinem Kollegen.

Ergriffene Bankdiebe.

Bei der Verfolgung der Bankdiebe, deren Streiche in den letzten Tagen ungewöhnliches Aufsehen erregten, haben die umfassenden Maßnahmen der hiesigen Kriminalpolizei in beiden Fällen rasch einen vollen Erfolg gehabt. Als der Bankbeamte Fritz Stephan, der den Kleindiebstahl bei der Diskont-Gesellschaft verübte, mit seiner Geliebten Marie Hörsch in München in einem Hotel abstieg, wurde das Pärchen von Münchener Kriminalbeamten in Empfang genommen und hinter Schloß und Riegel gebracht. Man fand bei ihm noch 107 000 M. bares Geld. Weil unterdessen auch die von dem Diebe noch nicht verkauften Papiere und die Lombardscheine sichergestellt sind, so kommt die bestohlene Bank dank den umfassenden Maßnahmen der Kriminalpolizei mit einem ganz geringen Schaden davon.

Beim Seft verhaftet wurde in der vergangenen Nacht der 19 Jahre alte Bankhehler Max Queiser, über dessen Veruntreuung von 13 000 M. wir berichteten. Die Ermittlungen des Bezirksamts Mitte enthüllten ein ungewöhnliches Doppelleben dieses Neunzehnjährigen, das er schon seit März dieses Jahres führte. Zu Hause bei seiner Mutter war der junge Mann ein artiger, ordentlicher und anspruchsvoller Sohn, im Geschäft war er ein bescheidener Angestellter, der regelmäßig seinen Dienst versah. Abends dagegen spielte er den Ledemann und Hochstapler, auf Kosten der Kleindank, für die er den Tag über arbeitete. Seiner Mutter spiegelte er vor, daß er auch bis in die Nacht hinein im Geschäft zu tun habe, um es ihr erklärlich zu machen, daß er so spät nach Hause kam. Bei einem hiesigen Militärschneider ließ sich Queiser die Uniform eines bayerischen Chevaurlegers-Offiziers machen. In dieser trug er das Eisene Kreuz erster Klasse, zuweilen auch noch das bayerische Verdienstkreuz, das ganz kleine Infanteriezeitengewehr und die Browningspistole im Ledergurt. Dem vermeintlichen Reiteroffizier war es nicht schwer, überall Anschluß zu finden, zumal, da er auch noch den Kriegshelden vorstellte.

Der Museumdieb verhaftet. Rasch ergriffen wurde der Dieb, der aus dem Völkermuseum, wie wir mitteilten, eine Anzahl Münzen stahl. Er ist ein 18 Jahre alter Handlungsgehilfe Werner Albrecht, der bei seiner Mutter in der Königgräber Straße wohnte. Der junge Mann war früher in einem großen Industriebetriebe beschäftigt, seit einiger Zeit aber zielungslos. Er ging, wie er sagt, in die Museumräume zu einer Zeit, als sie unbesetzt waren. Mit einem Schraubenzieher, den er eigens zu diesem Zwecke mitnahm, öffnete er die Vitrine. Die noch geltenden hamestischen Münzen verkaufte er in Abwesenheit des Geschäftsinhabers an die Frau eines Wännenhändlers für 88 M. Dieses Geld steckte er in die Tasche. Im Grunewald, wohin er nach dem Diebstahl ging, verlor er es bis auf 5 M. Die übrigen Münzen packte er in einen Zeitungsbogen. Weil er sie zu seiner Mutter in die Wohnung nicht mitnehmen wollte, so wußte er nicht recht, was er damit anfangen sollte, und weil ihm das Palet zu schwer wurde, so warf er es am Schönberger Ufer ins Wasser. Soweit seine Angaben. Ob sie in jedem Punkte zutreffen, steht noch dahin.

Vom Spiel in den Tod.

Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich am Freitag in dem Hause Fregestraße 21 in Schöneberg ereignet. Dort hatten die drei Kinder des in dem genannten Hause wohnenden Gärtners Sattler im elterlichen Garten gespielt. Die beiden älteren Kinder begaben sich gegen 7 Uhr abends in die Wohnung, während der jüngere zehnjährige Sohn noch im Garten verblieb. Er richtete sich eine Schaukel her, indem er einen Strich an einem Baume befestigte und die Sähänge

unter die Arme schlang. Während des Schaukelns geriet der Knabe nun mit dem Galse in die Schlinge und vermochte, sich nicht mehr zu befreien. Als man ihn bald darauf suchte, man man ihn tot in der Schlinge hängend auf. Wiederbelebungsversuche waren leider erfolglos.

Ein tödlicher Unglücksfall hat sich am Freitag auf dem Güterbahnhof Frankfurter Allee zugetragen. Dort war der 50jährige Arbeiter Emil Weber aus der Gürtelstr. 20 im Auftrage der Firma Messow u. Hirschfeld mit dem Verladen von Hölzern beschäftigt. Als er während der Arbeit zwischen zwei Waggon hindurchgehen versuchte, die gerade rangiert wurden, geriet er zwischen die Puffer, wurde eingeklemmt und schwer verletzt. Man schaffte den Verunglückten nach dem städtischen Krankenhaus in Lichtenberg, wo er bald nach der Aufnahme starb.

Beim Baden ertrunken. Aus dem Müggelsee gelandet wurde Freitag die Leiche eines unbekanntes Knaben, die nur mit einer roten Badehose bekleidet war. Sie wurde nach dem Schauhaus gebracht. Anhaltspunkte zur Feststellung des Knaben sind noch nicht gefunden. Er hat dunkles Haar. — Viel Schwierigkeiten macht auch die Feststellung eines unbekanntes Mannes, der schon am 28. Juni bei Strausberg am Westufer des Müggelsees gefunden wurde. Dieser Tote ist etwa 20—30 Jahre alt, 1,60—1,65 Meter groß und schlank, hat blondes Haar, graue Augen und ein barillofes Gesicht mit rötlichen braunen Heberzügen, einen braunen Jackettanzug, einen weißen Strohhut, ein weißes Hemd, dunkelblaue Strümpfe und Schnürschuhe.

Nicht auf- und absteigen während der Fahrt.

Die wiederholten Unglücksfälle der letzten Zeit, welche im Straßenbahnbetriebe durch Auf- und Absteigen während der Fahrt herbeigeführt worden sind, geben dem Polizeipräsidenten erneut Veranlassung, auf die schwereren Gefahren aufmerksam zu machen, welche mit diesem Verhalten verknüpft sind. Kamentlich das Befsteigen und Verlassen des ersten Wagens während der Fahrt bringt den Fahrgast bei einem etwaigen Festhalten in die Gefahr, von dem Vahängewagen überfahren und tödlich verletzt zu werden. Der Präsident warnt dringend vor dieser Anstie.

Der neue „Verband Berliner Einkäufer für Nahrungsmittel- und Genussmittel“, über dessen bedürftige Begründung wir kürzlich berichteten, wird nach einer uns zugegangenen weiteren Mitteilung vorläufig folgende 12 Fachabteilungen umfassen:

1. Kolonialwaren (Reis, Hülsenfrüchte, getrocknete Früchte, Mandeln, Käse, Kofinen, Sultaninen, Korinthn, Kerne, Eikonserben, Gewürze), Honig.
2. Frisches Obst, Gemüse, Zwiebeln, Süßfrüchte (Apfelsinen, Zitronen, Mandarinen, Bananen).
3. Butter, Margarine, Käse, Schmalz, Speck, Speisefette, Öle.
4. Eier.
5. Wild, Geflügel.
6. Lebendes Vieh (Rind, Schwein, Dammel), Lämmer.
7. Frische Fische, Hummer, Krebse, Austern, Kaviar.
8. Deringe, Sardellen, Oelfardinien, Fischkonserven.
9. Kaffee, Tee, Kakao, Schokolade.
10. Weine, Liköre, Edelbranntweine, Biere.
11. Tabak, Zigarren, Zigaretten.
12. Blumen, Samereien.

Beitrittserklärungen zum neuen Verbands sind unter Angabe der Fachabteilung, der die Eintretenden überwiesen zu werden wünschen, an die Geschäftsstelle des Verbandes Deutscher Großhändler der Nahrungsmittel- und verwandten Branchen, Charlottenburg, Riebuhrstr. 78, zu richten.

Beim Baden ertrunken ist am Freitag ein 14jähriges Mädchen aus Berlin, das bei Bekannten in Woltersdorfer Schleie zu Besuch weilte. Das Mädchen begab sich gegen 9 Uhr abends nach dem Ralfsee, um dort bei dem sogenannten Stubben ein Bad zu nehmen.

kaum war es ins Wasser gegangen, als es an eine tiefe Stelle geriet und verlart. Auf die Hilferufe eines Dienstmädchens, das Augenzeugin des Vorfalls war, eilten zwar zwei Männer hinzu, die sofort Rettungsversuche unternahmen, die jedoch leider vergeblich waren. Die Leiche der Ertrunkenen konnte noch nicht geborgen werden.

Wegen Untergrundbahnarbeiten an der Ecke der Potsdamer und Kurfürstenstraße verkehren die Wagen der Linie A anstatt durch die Potsdamer, Kurfürsten- und Flottwellstraße vom 17. Juli ab bis auf weiteres durch die Potsdamer, Lüchow- und Flottwellstraße.

Strahlenunfälle. Vor dem Hause Dronienstr. 188 fuhr Freitag abend der 21jährige Postausbeter Max Kunicki auf seinem Kade gegen den Hinterrump eines Triebwagens der Straßenbahnlinie 65 und kam zu Fall. Bei dem Sturz auf das Straßenpflaster zog er sich einen Schädelbruch zu. Der Verunglückte wurde nach dem Urban-Krankenhaus gebracht. — Ein zweiter schwerer Strahlenunfall ereignete sich am Sonnabendmorgen gegen 4 Uhr am Schöneberger Ufer. Dort versuchte ein Fräulein Maria Dömde den Triebwagen eines Straßenbahnzuges der Linie 94 während der Fahrt zu besteigen, kam jedoch zu Fall und wurde von dem Triebwagen überfahren. Der Bedauernswerten wurde das linke Bein unterhalb des Knies abgetrennt. Die Verunglückte fand im Elisabeth-Krankenhaus in der Lützowstraße Aufnahme.

Die Jugendweiche

findet wiederum am 17. und 24. September 1916 statt und zwar für die schulentlassenen Arbeiterkinder, die nicht an der Einsegnungsfeier einer kirchlichen oder einer sonstigen Religionsgemeinschaft teilnehmen. Anmeldungen zur Jugendweiche werden bis zum 31. August dieses Jahres an folgenden Stellen entgegengenommen: Richard Reibrod, N. Thurneisserstraße 7; Ant Schönfelder, N. Kopenhagener Straße 42; Frau Luise Schenk, NO, Bernauer Straße 18; Hermann Weis, Verbandsbureau, SW, Lindenstraße 8, 4. Hof 8 Treppen rechts.

Die Anmeldungen müssen bis zur angegebenen Zeit erfolgen, da sonst die Teilnahme an der Jugendweiche nicht möglich ist. Die Teilnehmer erhalten etwa 14 Tage vor der Veranstaltung noch eine besondere schriftliche Einladung.

Aus den Gemeinden.

Eröffnung der zweiten Kriegsnothandelsküche in Neukölln.

Am Montag, den 17. Juli d. J., wird die auf dem Waisenhausgrundstück in der Canner Straße 46 eingerichtete Kriegsnothandelsküche eröffnet. Die Ausgabe der Speisen findet in ganzen und halben Portionen täglich (auch Sonntags) in der Zeit von 12—2 Uhr statt, und zwar zum Preise von 40 Pf. für 1 Liter, 20 Pf. für 1/2 Liter, für Kriegsfrauen und Kriegswitwen bis auf weiteres zum Preise von 30 Pf. für 1 Liter, 15 Pf. für 1/2 Liter. Die Bezahlung der Speisen erfolgt täglich in der Speiseausgabestelle.

Es wird vorausgesetzt, daß die Teilnehmer die Speisen in ihrer Wohnung verzehren. Gelegenheit zur Einnahme des Essens an Ort und Stelle ist nur wenig vorhanden. Wer letztere beabsichtigt, hat sich die nötigen Speisengeräte selbst mitzubringen.

Zur Eierversorgung Wilmersdorfs.

Wie der Magistrat uns mitteilt, gilt Buchstabe C des Bezugsheftes für die von der Stadt beschafften Nahrungsmittel auch noch in der neuen Woche, natürlich nur insoweit, als die auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden 2 Stück Eier in der mit Sonnabend, den 16. Juli, zu Ende gehenden Woche noch nicht abgegeben werden konnten, was teilweise infolge der schwachen Belieferung Wilmersdorfs mit Eiern der Fall gewesen ist.

Die Nahrungsmittelversorgung Kranker in Wilmersdorf erfolgt von Montag, den 17. d. M., ab nach den unlängst für Groß-Berlin festgelegten neuen Grundrößen und unter Benutzung des gemeinschaftlich vereinbarten Reagenzprotokolls für Ärzte, nur mit der Abweidung, daß der von Berlin für Gewährung von Mitteln aus einem Krankenhaus vorgegebene Teil des Formulars in Wegfall kommt. — Durch die in der neuen Woche erfolgende Zuteilung von Fett in Gestalt von Butter und Margarine wird ein Anpruch Kranker auf Ueberweisung einer entsprechend höheren Anzahl von Butterzulassarten nicht begründet.

Hohe Kartoffelpreise in Spandau.

Das zustehende Kartoffelquantum beträgt immer noch fünf Pfund pro Kopf und Woche, nur ist der Preis von 10 Pf. pro Pfund für alte und 13 Pf. pro Pfund für neue Kartoffeln für die ärmere Bevölkerung beinahe unerschwinglich hoch. Hingzu kommt noch, daß von den alten Kartoffeln die Hälfte fortgeworfen werden muß. In der Siemensstadt waren an den beiden letzten Tagen überhaupt keine Kartoffeln zu haben, so daß die dortige Bevölkerung sich ihr Quantum aus Spandau holen mußte.

Ferenspiele in Neukölln.

In dieser Woche veranstaltet der Spielausschuß der Arbeiterschaft die ersten Ferienausflüge nach Sadowa. Der besseren Beförderung wegen sind die Teilnehmer in zwei Gruppen geteilt. Die erste Gruppe (die Bezirke 1—12) unternimmt den Ausflug am Dienstag und die zweite Gruppe (die Bezirke 13—24) am Donnerstag. Treffpunkt: Dienstag früh 7 Uhr für die Bezirke 1—6 am Reuterplatz und für die Bezirke 7—12 Kaiser-Friedrich-, Ecke Jannstraße. Die Eisenbahnfahrt geht bis Johannisthal, von dort zu Fuß nach Sadowa. Fahrgeid 20 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. Die Eltern werden gebeten, den Kindern etwas gemahlene Kaffee mitzugeben. Näheres Montag auf dem Spielplatz.

Parteiveranstaltungen.

Tempelhof. Dienstag, den 18. Juli, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Bekend, Kinobahnstraße 67, die Generalversammlung des Zahlvereins statt. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Friedrichshagen. Heute Sonntag findet das dritte Spiellet statt, und zwar wie bisher im Balde hinter dem Steinplatz. Beginn nachmittags 3 Uhr. Die Eltern werden gebeten, ihre Kinder dorthin zu schicken.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter zu Hamburg (S. a. G.). Filiale Berlin 8. Sonntag, den 16. Juli, vormittags 10 Uhr, bei Dietrich, Dammstraße 5: Mitgliederversammlung.

Eingegangene Druckchriften.

Die Stadt Segelfsk. Roman von Knut Hamsun. 5 B., geb. 7 M.

Die Korrentaroffe. Drei Novellen von Arnold Illig. Geb. 3 M., in Pappband mit Pergamentstücken 5 M. Albert Langen, München.

Recht, Verwaltung und Politik im Neuen Deutschland. Von Dr. Alfred Bozi und Dr. Hugo Heinemann. Geb. 6 M., geb. 6,80 M. Ferdinand Enke, Stuttgart.

Handausgabe des Gesetz- und Verordnungsblattes für die okkupierten Gebiete Belgiens. Brosch. 4,50 M., geb. 5,50 M. Buchhandlung, Risch u. Thron, Brüssel.

Schwindel und Wucher im Kriege. Von Hermann Juch. 50 Pf. Verlagshaus Vogel u. Vogel, Leipzig-R.

Die deutsche Technik im Weltkrieg. Von Prof. Müller-Brockau. Brosch. 1,80 M., geb. 2,50 M. Verlag Naturwissenschaften. G. m. b. H., Leipzig.

Der Ruffenspiegel. Beiträge zur russischen Kultur. Von R. Gdalkowski. 1 B., S. Nobis Verlag, Berlin W.

Die Möglichkeit eines Weltrechts. Von Ernst Jüdelmann. 1,20 M. Duncker u. Humblot, Leipzig.

Große Kinder. Drei lustige Alte von Hans Sturm. Reclams Universalbibliothek. Nr. 5856. 20 Pf. Philipp Reclam jun., Leipzig.

Für See und Gebirge

geeignet, finden Sie bei uns in zufriedenstellender Auswahl und jedem Wunsche Rechnung tragend:

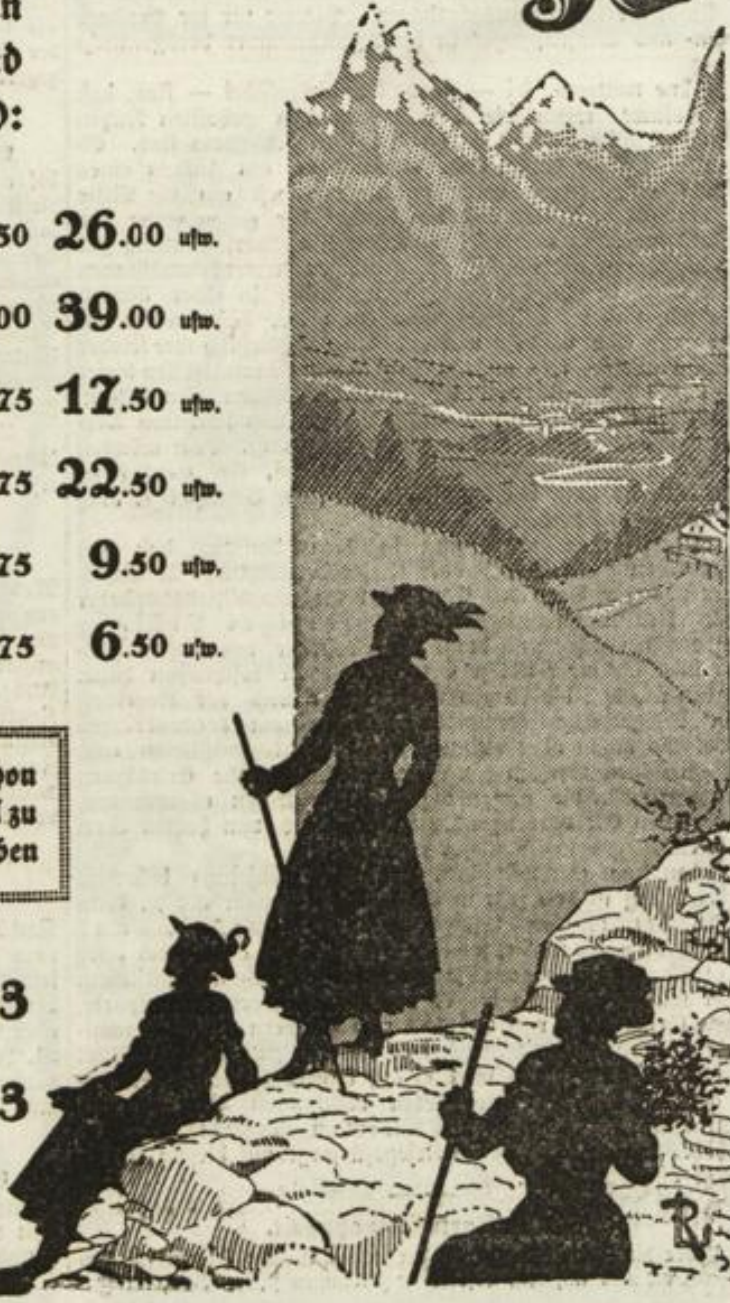
Helle Kleider	8.75	14.75	21.50	26.00	u/w.
Blaue Jackenkleider	19.50	27.00	34.00	39.00	u/w.
Gommerjacken	7.50	11.50	14.75	17.50	u/w.
Gommernmäntel	12.50	16.50	19.75	22.50	u/w.
Röcke	2.50	4.75	7.75	9.50	u/w.
Blusen	1.75	3.50	4.75	6.50	u/w.

Wir machen darauf aufmerksam, daß wir schon jetzt eine kleine Auswahl schöner Wintermäntel zu bescheidenen Preisen zum Verkauf gestellt haben

C & A
BRENNINKMEYER G.M.B.H.

Rönigstraße 33
am Bahnhof Alexanderplatz
Chausseest. 113
beim Siedler Bahnhof

Sonntags geschlossen!



Steinmehe 160/17
u. Marmorerschleifer
 Leder, Sudower Str. 5.

ZIGARREN
 Deutscher Ruhn . . . pr. 100 St. 7.00
 Rolffe . . . pr. 100 St. 9.00
 Dago's-Zigaretten 2 Hf. pr. 100 St. 1.80
 Talmont- . . . 3 Hf. pr. 100 St. 2.00
 + Kriegszuschlag.
D. Rund, Berlin N. Gr. Hamburger St. 1.

J. Baer
 Badstr. 26 Ecke Prinz-Allee
 Moderne Herren- und Knaben-Anzüge.
 Eleg. Paletots, Ulster
 Joppen i. jed. Preislag.
 Gr. Stofflager z. eleg. Maßanfertigung
 Billigste, feste Preise.

Kranzspenden
 sowie sämtliche
Blumenarrangements
 liefert schnell und billig **Paul Gross**, Lindenstr. 69, Tel. 301.7203.



Galem Aleikum
 (Mahlmundstück)

Galem Gold
 (Goldmundstück)

Zigaretten.
Etwas für Sie!

Preis: Nr. 3 4 5 6 8 10
 4 5 6 8 10 12 Pfd. Stück
 einschließlich Kriegsaufschlag.

Oriental Tabaku Cigaretten-Fabrik
 Yenidze Dresden

Inh. Hugo Zietz
 Hoflieferant S.M.
 d. Königs v. Sachsen

Trustfrei!

Bekanntmachung.
Städtische Volksspeisung.

Am 24. Juli wird auf dem städtischen Schlachthof, an der Landsberger Allee, die dritte städtische Zentralküche eröffnet. Weitere Küchen in den anderen Stadtteilen folgen in kurzer Zeit. Die Ausgabe der Lebensmittel erfolgt bei den zuständigen Brotkommissionen und zwar vorläufig nur für die Bewohner der zu diesen gehörigen Strassen. Aus nachstehender Zusammenstellung ergibt sich, wo die Lebensmittelarten zu haben und die Speisen zu entnehmen sind:

Kartenausgabestelle (Brotkommission)	Speisenausgabestelle
Thorer Str. 50 (Kommission 79), Ecksteinstr. 4a (Kommission 83).	Schlachthof, Landsberger Allee 59 (Ausgabestelle 11)
Samariterstr. 20 (Kommission 73), Strahmannstr. 6 (Kommission 81).	Schlachthof, Landsberger Allee 59 (Ausgabestelle 11)
Vasendorferstr. (181. Gemeindefschule) (Kommission 87), Lüfter Str. 4/5 (Kommission 69), Petersburger Platz 3 (Kommission 80), Hausburgstr. 20 (Kommission 82).	Gemeindefschule Strahmannstr. 6/8, Turnhalle auf dem 1. Hof (Ausgabestelle 13)
Lüfter Str. 4/5 (Kommission 70), Eckstr. 16 (Kommission 71), Samariterstr. 20 (Kommission 72), Rigaer Str. 82 (Kommission 74), Jellestr. 12 (Kommission 75).	Gemeindefschule Rigaer Str. 81/82, Turnhalle auf dem 1. Hof (Ausgabestelle 14)
Fruchtstr. 38 (Kommission 64), Bromberger Str. 12/14 (Kommission 65), Remeler Str. 24/25 (Kommission 66), Warkauer Str. 12 (Kommission 67), Rikauer Str. 18 (Kommission 68).	Gemeindefschule Remeler Str. 24/25, Turnhalle auf dem 1. Hof (Ausgabestelle 15)
Krautstr. 43 (Kommission 68), Röhlenstr. 50 (Kommission 69), Langestr. 76 (Kommission 62), Koppenstr. 84 (Kommission 63).	Gemeindefschule Langestr. 76, Eingang Koppenstr. 84, Turnhalle auf dem 1. Hof (Ausgabestelle 16)
Strausberger Str. 8/9 (Kommission 55), Friedenstr. 31 (Kommission 56), Friedenstr. 16 (Kommission 77), Georgenkirchstr. 2 (Kommission 78).	Gemeindefschule Döbste Str. 34/35, Turnhalle auf dem 1. Hof (Ausgabestelle 17)
Wahlauer Str. 8 (Kommission 84), Christburger Str. 14 (Kommission 86), Bühowstr. 40 (Kommission 87), Basturstr. 5 (Kommission 88).	Gemeindefschule Basturstr. 5, Eingang Edmarckstr. 18, Turnhalle auf dem 1. Hof (Ausgabestelle 18)

Wer nicht weiß, wo sich die Geschäftsstelle seiner Brotkommission befindet, ersucht dies bei seinem Hauswirt oder Hausverwalter. Die Ausgabe der Speisen erfolgt täglich (auch Sonntags) von 12-2 Uhr. Es werden ganze Portionen zu 40 Pf. und halbe Portionen zu 20 Pf. ausgegeben. Die Teilnahme kann nur wochenweise, beginnend am Montag, stattfinden, jedoch ist zulässig, die Lebensmittelarten für mehrere Wochen zusammen zu entnehmen. Wer teilzunehmen wünscht, hat sich bei der für seine Wohnung zuständigen Brotkommission in der Zeit von Montag bis Donnerstag der Teilnahmewoche vorübergehenden Woche, also zum ersten Male in der Zeit vom 17. bis 20. Juli, während der Geschäftsstunden der Brotkommission zu melden und die für die Teilnahme wochen geltenden Fleischarten und Kartoffelarten vorzulegen.

Berlin, den 13. Juli 1916.
Magistrat der königlichen Haupt- und Residenzstadt.
 316 V. Epeff. 16. Wermuth.

DAME-SCHACH-SPIEL
MÜHLE

Zusammen 50 Pfennig
 Porto 10 Pfennig
 Leuchtet in der Tasche und im Tornister zu tragen.
 In Karton, vollständig mit Anleitung für Schachspiel.
Buchhandlung Vorwärts
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Westmann's Trauermagazin
 Größte Auswahl.
 Billigste Preise.
 L. Mohrenstraße 37a (Kolonnaden)
 II. Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)
 Auswahlsendungen sofort.
 Amt Zentrum 7690.
 Sonntag 12-2 Uhr geöffnet.

itesser
 Bäder, auch die hartnäckigsten, fettglänzende, grobporige Haut und sonstige Hautunreinigkeiten werden am sichersten durch meine seit fast 25 Jahren bewährten Spezialmittel beseitigt. 2,75 M.
 C. Dietsch, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Steppdecken
Spezialhaus
Emil Lefevre
 Berlin Oranienstr. 158
 einfarbig und bunt 4⁸⁵-6⁷⁵
 Similiseide, alle Farb. 5.85-18.75
 Sommer-Schlafdecken 2⁰⁰ 2⁵⁰ 3⁷⁵
Schnitterdecken
 3⁰⁰ 3⁵⁰ 3⁷⁵
 2 Meter lang.

Spezialarzt
 Dr. med. Wookensfuß,
 Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor),
 für Syphilis, Horn- u. Frauenleiden -
 Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage),
 Blutuntersuchung. Schnelle, sichere
 schmerzlose Heilung ohne Berufs-
 störung. Teilzahlung.
 Sprechstunden: 10-1 und 5-8.

Metallbetten
 Holzrahmenmatrassen, Kinderbetten,
 billig an Privat. Katalog frei.
 Eisenmöbelfabrik Zuhl 1. Thür.

Spezialarzt
 für Haut-, Gann-, Frauenleiden,
 nerv. Schwäche, Beinleiden jeder
 Art, Ehrlich-Hata-Kuren,
 gegenüber Panoptikum,
 Friedrichstr. 81,
 Sprechst. 9-11, 1/2, 3/4, 9, Sonntag
 11-2. Donor mäs., a. Teilzahl.
 - Separates Damenzimmer. -

Allen Verwandten, Freunden
 und Bekannten die traurige
 Nachricht, daß unser einziger,
 unvergesslicher Sohn

Willi Kuhl
 (Rel.-Inf.-Regt. 201)
 am 23. Juni, kurz vor seinem
 21. Geburtstag, auf dem Felde
 der Ehre gefallen ist. 12091
 In tiefstem Schmerz
 Die trauernden Eltern
Georg Kuhl und Frau,
 Thuringer Str. 7.
 Unvergesslich bleibst Du uns!

Als Opfer des Völkerrückes fiel
 nach 23 monatigen Kämpfen am
 4. Juli mein lieber Mann, der
 gute Vater seiner einzigen Tochter,
 unser lieber Schwiegersohn, Bru-
 der, Schwager und Onkel, der
 Wehrmann

Eduard Brand.
 Dies geht an im Namen der
 Hinterbliebenen die trauernde
 Gattin 11921
Hedwig Brand geb. Nibel
 nebst Tochter Käthe.
 Ruhe sanft im fernem Land!

Zentral-Verband der Schuhmacher Deutschlands.
 Ortsverwaltung Berlin.
 Dem Andenken unserer im Felde gefallenen Kollegen!

Wilhelm Haußmann, Schöfharbeiter,
 geb. 16. März 1876, Heilbronn.

Georg Jäckel, Fabrikarbeiter,
 geb. 3. März 1893, Ruffel.

Reinhold Basener, Stauzer,
 geb. 21. September 1884, Berlin.

Robert Kaatsch, Schöfharbeiter,
 geb. 28. Dezember 1872, Leibsch.

Gustav Glauer, Schöfharbeiter,
 geb. 19. Januar 1889, Rottfisch.

Robert Keller, Maschinenteiler,
 geb. 23. August 1870, Döbern.

Ehre ihrem Andenken!
 Die Ortsverwaltung.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 2. Juli 1916 bei Aus-
 übung seiner Pflicht mein innigstgeliebter, unvergesslicher Mann,
 herzenguter, treuforsgender Vater, lieber Sohn, Bruder,
 Schwager und Onkel, im 45. Lebensjahre, der Landsturmmann

Gustav Nieswandt
 Landwehr-Infanterie-Regiment 24, 10. Komp.
 Ritter des Eisernen Kreuzes.
 In tiefstem Schmerz die trauernde Gattin
Elisabeth Nieswandt geb. Norck nebst Kindern.
 Ruhe sanft im Heideiland. 1418

Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
 Köpenicker Viertel. Bez. 177
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Kohlen-
 bändler

Andreas Schönknecht
 Eisenbahnstr. 19, gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Sonntag, den 16. Juli, nachmittags
 4 Uhr, von der Leichen-
 halle des neuen Michael-Strich-
 hofes in Mariendorf, Marien-
 steig, aus statt.
 214/18 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
 Stralauer Viertel. Bezirk 301.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Schlosser

Willi Dopschall
 gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 17. Juli, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Leichen-
 halle des Friedhofs in Friedrichs-
 felde aus statt.
 Nege Beteiligung wird erwartet.

Nachruf!
 Landsberger Viertel.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unsere Genossin

Marie Hein
 Kniprodstr. 2, am 27. Juni zu
 Huden in Ostpreußen gestorben ist.
Ehre ihrem Andenken!
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 Köpenicker Viertel. Bez. 196 II.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Schmied

Karl Schweda
 Lübbener Straße 13
 im Alter von 39 Jahren ge-
 storben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 18. Juli, nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des Zentral-Friedhofes in
 Friedrichsfelde aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreis.
 Am Sonnabend, den 15. Juli
 1916 verstarb unser Genosse, der
 Galtwirt

Wilhelm Kersten
 Bernauer Str. 69, 9. Wkt., Bz. 585 A.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, den 18. Juli, nach-
 mittags 3 Uhr, von der Halle
 der Friedensgemeinde, Nordend,
 aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 226/11 **Der Vorstand.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Kollege, der Schlosser

Willi Dopschall
 Lasserstr. 2
 am 13. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Montag, den 17. Juli, nachmittags
 4 Uhr, von der Leichenhalle des
 Zentral-Friedhofes in Friedrichs-
 felde aus statt.
 Nege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
 Den Kollegen ferner zur
 Nachricht, daß unser Kollege, der
 Schlosser

Franz Nitschke
 am 8. Juli gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
 120/2 **Die Ortsverwaltung.**

In den Kämpfen fiel am
 30. Juni 1916 unser lieber Sohn,
 Bruder und Schwager, der
 Musikleiter

Paul Neumann
 Gef.-Batt. Ref.-Inf.-Reg. 56,
 10. Komp.
 In tiefstem Schmerz
 Gertr. Neumann als Eltern,
 Bert. Neumann als Bruder,
 Rosa Neumann als Schwester,
 Martha Lemm als Schwägerin,
 Rüdorf, Ideal-Passage 3 I.
 Paul Lemm als Schwager, zur-
 zeit im Felde. 1194
 Ruhe sanft in väterl. Erde.

**Arbeiter-
 Radfahrer - Bund**
 „Solidarität“
 Kriegsgemeinschaft
 Am 28. Juni fiel als Opfer
 des Weltkrieges unser langjähriger
 Vorhänger

Wilhelm Lusch.
 Sein Andenken wird uns un-
 vergesslich bleiben. 9653

Zum Todestage
 meines lieben Mannes
 des Metallarbeiters

Willi Pohl
 gestorben an seiner schmerzlichen Ver-
 wundung im Lazarett
 am 15. Juli 1915.
 Fern von der Heimat, im Feindes-
 land,
 da ruhest Du, lieber Will!
 Dein Grab schmückt keine Hand;
 drum schmücke ich Dein Bild
 hier im verlassenen Heim,
 als sollte es Dein Grab
 im Feindeslande sein.
 In treuem Gedenken
 Deine Käthe geb. Nehländer
 nebst Sohn Walter
 und Schwiegereltern.

Nachruf.
 Mit innigster Teilnahme bringen
 wir unseren Bekannten zur
 Kenntnis, daß unser langjähriger
 Mitarbeiter, Herr

David Peikies
 den Heldentod für's Vaterland
 gefunden hat.
 Wir werden ihm ein stetes An-
 gedenken bewahren. 13024

Kaufhaus Gebr. Preuß
 Beussel-, Ecke Dützenstraße.

Allen Freunden, Verwandten
 und Bekannten die traurige Nach-
 richt, daß unser einziger, viel-
 geliebter Sohn

Julius
 uns durch einen Unglücksfall im
 16. Lebensjahre durch den Tod
 entzogen worden ist.
 Dies zeigen tiefbetruht an
Karl Kosse, s. S. im Felde,
Klara Kosse und Kinder,
 Quastenstr. 40. 10721
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, nachmittags 4 Uhr,
 von der Halle des Michael-Strich-
 hofes in der Pringen-Allee aus
 statt. 10721

Als weiteres Opfer des Krieges
 fiel am 1. Juli durch Unterleibs-
 schuß unser Kollege

Erich Wiedicke
 im blühenden, hoffnungsvollen
 Alter von 20 Jahren.
 Wir werden sein Andenken stets
 in Ehren halten. 8021
 Schöneberg, den 14. Juli 1916.
Die Kollegen und Kolleginnen
 d. Konsumvereins Rix u. Genoss.



Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

- Am 22. Juni fiel im Alter von 29 Jahren der Arbeiter
Paul Schleuder
Klosterstr. 8. Bezirk 434 II.
- Am 6. Juni fiel im Alter von 29 Jahren unser Bezirksführer,
der Arbeiter
Friedrich Sielmann
Stalher Str. 72. Bezirk 184 II.
- Im Juni fiel im Alter von 37 Jahren der Möbelpolierer
Gustav Klose
Brangerstr. 67. Bezirk 182 I.
- Am 3. Juli fiel im Alter von 31 Jahren der Politiker
Willi Bartel
Cottbusstr. 15. Bezirk 404.
- 214/19 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis.
Am 29. Mai 1916 fiel im Alter von 26 Jahren der Genosse,
Tischler
Willi Stüdemann
Waldstr. 49. Wkt. 14. Bezirk 696.
- Am Felde fiel am 13. Mai 1916 im Alter von 31 Jahren der
Genosse
Robert Zirpel
Waldstr. 44. Wkt. 14. Bezirk 696.
- 227/10 Sozialdemokr. Wahlverein f. d. 8. Berliner Reichstagswahlkr.
Am 25. Juni 1916 fiel unser immer arbeitsfreudiger Abteilungs-
führer
Karl Töpfer
Kaiserin-Augusta-Allee 57.
- 250/17 Sozialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
Am 6. Mai im Felde gefallen der Arbeiter
Paul Müller
Osterstr. 6. 16. Bezirk.
- Im Felde gefallen der Tischler
Gustav Miserowski
Steinmehrerstr. 29. 18. Bezirk.
- Am 16. Juni im Lazarett gestorben der Maschinist
Michael Pabst
Heuterstr. 48. 2. Bezirk.
- Am 2. Mai im Lazarett gestorben der Arbeiter
August Szigarski
Reinestr. 51. 16. Bezirk.
- Im Felde fiel der Lagerarbeiter
Otto Walterstein
Rüchener Str. 9. 5. Bezirk
(nicht, wie irrthümlich gemeldet wurde, der Falzer Paul Walterstein).
- 238/10 Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.
Am 9. Mai fiel der Genosse
Wilhelm Wist
Felmischstr. 1. V. Viertel, 72. Gruppe.
- Am 3. Juli 1916 fiel durch Kopfschuss und Verwundung unser
Genosse, der Wehrmann
Gustav Frohmann
5. Wkt. 21. Bezirk.
- 13/11 Sozialdemokr. Wahlver. Niederbarnim. Bez. Lichtenberg.
Im Felde gefallen ist unser Mitglied, der Genosse
Karl Hoffmann
Karlshorst, Hentigstr. 28.
- 244/15 Sozialdem. Wahlverein Niederbarnim, Bez. Karlshorst.
Gefallen am 12. Mai 1916 der Wehrmann
Richard Strahl.
- 18/10 Sozialdemokr. Kreiswahlver. Niederbarnim, Bez. Weißensee.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband Ortsverwaltung Berlin.

Dem Andenken unserer im Felde gefallenen
Kollegen.

- Otto Baumgarten, Schlosser,**
geb. 19. 4. 1895, Chemnitz.
- Eduard Bendig, Rohrleger,**
geb. 14. 6. 1880, Langendorf.
- Karl Binder, Gärtler,**
geb. 24. 1. 1884, Stumberg.
- Alex Boroczinski, Arbeiter,**
geb. 28. 11. 1897, Berlin.
- Walter Drasde, Mechaniker,**
geb. 1. 2. 1896, Berlin.
- Alfred Grünberg, Dreher,**
geb. 17. 1. 1895, Berlin.
- Adolf Homuth, Dreher,**
geb. 28. 1. 1895, Berlin.
- Max Klinke, Maschinenbauer,**
geb. 10. 11. 1895, Weferich.
- Paul Lehwald, Schlosser,**
geb. 26. 2. 1883, Ullbing.
- Fritz Rau, Klempner,**
geb. 3. 5. 1878, Schönberg.
- Karl Schulz, Arbeiter,**
geb. 6. 3. 1876, Wosen.
- Otto, Steiner Schleifer,**
geb. 6. 3. 1892, Berlin.
- Paul Timme, Hobler,**
geb. 5. 8. 1879, Berlin.
- Kurt Willmann, Schlosser,**
geb. 29. 11. 1896, Berlin.
- Otto Wills, Dreher,**
geb. 30. 4. 1874, Potsdam.

Ehre ihrem Andenken!

109/1

Die Ortsverwaltung.

Verband der Maler, Lackierer etc. Filiale Berlin.

Folgende Kollegen sind auf den Schlachtfeldern ge-
fallen:

- Der Maler **Ernst Liesch**
(Bezirk Wedding)
am 20. November 1915.
- Der Maler **Emil Schadenberg**
(Strausberg)
am 17. März 1916.
- Der Maler **Emil Schwarz**
(Bezirk Bismarcksdorf)
am 1. Juni 1916.
- Der Maler **Franz Nasick**
(Bezirk Zehlendorf)
am 18. Juni 1916.
- Der Maler **Gustav Nieswand**
(Bezirk Südost)
am 2. Juli 1916.

Ehre ihrem Andenken!

138/1

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Bezirk Groß-Berlin.

Folgende Kollegen sind im Felde gefallen:

- Karl Becker, Geschäftskutscher.**
- August Buschmeyer, Hilfsarbeiter.**
- Karl Geisler, Industriearbeiter.**
- Wilhelm Hildebrandt, Industriearbeiter.**
- Gustav Kolbatz, Geschäftsdienner.**
- Otto Kreuz, Brauereiarbeiter.**
- Max Leopold, Wärfchfahrer.**
- Paul Nowak, Industriearbeiter.**
- Paul Nowaczynski, Vierfahrer.**
- Emil Pohland, Expeditionskutscher.**
- Friedrich Schneider, Industriearbeiter.**
- Walter Schulz, Geschäftsdienner.**
- Albert Tolksdorf, Industriearbeiter.**
- Paul Wentzel, Industriearbeiter.**

Ehre ihrem Andenken!

66/9

Die Bezirksleitung.

Am 24. Juni verschied im Feld-
lazarett nach qualvollem Leiden
infolge eines beim Sturmangriff
erhaltenen Kopfschusses mein
innigstgeliebter jüngster Sohn,
herzensguter Bruder, Schwager
und Onkel, der Grenadier

Fritz Block

Grenadier-Reg. Nr. 1 Kronprinz,
1. Komp.
Inhaber des Eisernen Kreuzes,
im Alter von 19 Jahren.
Frau Witwe Block geb. Goltz als
Mutter
Gustav, Wilhelm, Paul Block
als Brüder
Otto Block als Zwillingenbruder,
zurzeit im Felde
Berta, Sophie, Charlotte als
Schwestern
Frau Anna Block als Schwägerin
Gertrud Simon als zukünftige
Schwägerin
Hermann Ballast, Fritz Erd-
mann, Franz Drägo als
Schwäger. 1419

Nun kehrt Du nimmermehr zurück,
zerbrochen ist all mein Stolz,
mein Glück. Zur Aussicht, da
nimmt man die Besten. Im
Walde, da hat man mein Liebste
begrahen. Liebster Bruder, Du
stirbst so jung, Du stirbst so früh,
vergessen werden wir Dich nie.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein
einziges, lieber Sohn, der Schrift-
steller

Willi Müncheberg

im Alter von 28 Jahren ein Opfer
des Weltkrieges geworden ist;
er fiel am 25. Juni 1916.

In tiefstem Schmerz seine Eltern
Karl Müncheberg nebst Frau.
Berlin, O 17, Seyestraße 20.

Als Opfer des Weltkrieges starb
den Helmetod am 3. Juli 1916
durch Bajonettkampf unser einziger
Sohn, der Mustetter

Max Klinke

Reg.-Infant.-Regt. 269, 8. Komp.,
im höchsten Alter von 21 Jahren.
Dies zeigen in tiefem Schmerz an
Julius Klinke nebst Frau
Marie geb. Engler.

Wie schwer war Dir das Scheiden
von uns, geliebtes Herz,
wehst nicht, was wir jetzt leiden,
in diesem, großem Schmerz,
Wir haben alle Tage,
ich lehre bald zurück;
Doch jetzt nur eine Frage,
vorbei ist unser Glück,
Nur war unsere Freude,
Ziel ist unser Schmerz,
Dum schlummerst sanft,
Du treu geliebtes Herz,
Du warst so gut, Du starbst so
früh,
Wer Dich geliebt, vergißt Dich nie.
Ruhe sanft in Heimsland.
Deine Dich liebenden Eltern.

Als Opfer des Weltkrieges fiel
unser lieber Kollege und lang-
jährige Druckereiführer des Ber-
liner Maschinenmeister-Vereins

Paul Hoffmeister.

Sein lauterer Charakter sowie
sein aufrichtiges, kollegiales Wesen
sichern ihm ein ehrendes und
liebvolles Gedenken.
Leicht sei ihm die Erde!
Die Kollegen d. Hochdruckerei
Julius Sittenfeld, Berlin.

Ein Opfer des Weltkrieges
wurde auch unser zweiter hoff-
nungsvoller Sohn und Bruder,
mein lieber Mann und Vater,
der Buchdrucker

Kurt Windisch.

Er folgte seinem Bruder Saul
in fünf Tagen. 1359
In tiefstem Schmerz
Die trauernden Eltern
Gustav und Sally Windisch,
Walter Windisch als Bruder,
zurzeit im Felde,
Frida Windisch-Georgi nebst
Kindern Erbin und Hand.

Allen Bekannten hiermit die
traurige Nachricht, daß meine liebe
gute Frau, unsere herzensgute
Mutter, Schwieger- und Groß-
mutter

Ernestine Koppe

geb. Domagk,
am Freitag, den 14. Juli, früh
5 1/2 Uhr, im Alter von 56 Jahren
sanft einschlafen ist.
Dies zeigen tiefbetrübt an
Ernst Koppe als Gatte,
Wilhelm Koppe,
Paul Koppe nebst Frau und
Kindern.
Reinhold Koppe nebst Frau
und Kind.
Pauline Haupt geb. Koppe, nebst
Mann und Kindern.
Robert Koppe,
Martha Koppe,
Gedwig Koppe.
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 18. Juli, nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Halle
des Bräuer Gemeinde-Friedhofes
aus statt.

Als Opfer des Krieges verstarb
infolge Lungenschwaches auf dem
Hauptverbandspital am 10. Juli
1916 mein herzensguter, uner-
gesslicher Mann, unser treuforgen-
der Vater, unser Sohn, Schwieger-
sohn, Bruder, Schwager und Onkel,
der Landsturmmann

Hermann Donisch

Reg.-Inf.-Regt. 48
im Alter von 38 Jahren.
In tiefem Schmerz
Anna Donisch geb. Lange
nebst Kindern.
Berlin-Marienthorf, 15. Juli 1916.
Schmerlnstr. 73.

Als Opfer des Weltkrieges starb
am 23. Juni durch Kopfschuss unser
einziges geliebter Sohn, Bruder
und Bräutigam, der Grenadier

Paul Beyer

im 24. Lebensjahre.
Nun hast Du ausgelitten, Du
lieber, guter Sohn. Schwer war
Dein Tod, im Grabe ruhest Du
schon. Dein Kopf getroffen vom
feindlichen Ziel. Diese Nachricht
brach uns fast das Herz entwei-
lich, so bitter, so bitter ist unser
Schmerz. Du mußtest dahin, Du
gutes Herz. 902b
In schmerzlicher Erinnerung
Deine Eltern und Schwester,
Berlin O., Comeniusplatz 5.

In Feindesland Dein treues
Auge brach, Dein gutes Herz ist
seinen letzten Schlag. Zum fernem
Grab schmeißt trübsamer der
Wind, in weher Klage um's ver-
lorenes Glück. Mein lieber Paul,
hab vielen Dank für Deine Lieb
und Mühe; in meinem Herzen
stirbst Du nie.
Deine Martha.

Allen Freunden und Bekannten
die traurige Nachricht, daß mein
lieber Mann, unser Sohn, Bruder,
Schwager, Schwiegersohn, Onkel,
der Landsturmmann

Paul Timme

am 14. Juni 1916 nach kurzem
Leiden, welches er sich im Felde
angezogen hatte, sanft einschlafen
ist. Er folgte seinem lieben Bruder
Max, welcher Dezember 1914
untergegangen ist.

Dies zeigen tiefbetrübt an
Bm. Marie Timme geb. Schmidt,
Duttmannstr. 14.

Julius Timme nebst Frau als
Eltern.

Hans Kruth nebst Frau geb. Timme.
Fritz Timme nebst Frau.
Karl Timme.
Bm. Schmidt, Schwiegermutter.
Mag. Bergwardt nebst Frau
geb. Schmidt.
Paul Schmidt, zurzeit im Felde.
Auf Rufen wartest Du nie gebettet,
von Reusfien wartest Du hin-
gerafft.
Die Lehre, die Du angenommen,
sie sinkt mit Dir ins kühle Grab.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und Kranzpenden bei
der Beerdigung meines lieben
Mannes, unseres guten Vaters, des
Gastwirts

Gustav Schötzick

sagen wir allen Bekannten hierdurch
unseren herzlichsten Dank. 1419
Frau Bm. Anna Schötzick u. Kinder.

Für die Beteiligung bei der Be-
erdigung meines lieben Mannes

Karl Zelius

sage ich allen Bekannten und Ver-
wandten, besonders dem Verband der
Schneider und Schneiderinnen und
Büchsenarbeiter zu Berlin, meinen
besten Dank. 1309

Ww. Helene Zelius.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise wohlthuerender
Teilnahme und Kranzpenden bei der
Beerdigung meines lieben Mannes,
unseres guten Vaters

Rudolf Wersig

sagen wir hiermit allen Bekannten,
dem Wahlverein Neukölln und dem
Eisenarbeiter-Verband unseren herzlich-
sten Dank. 973b

Witwe H. Wersig und Kinder.

Dankfagung.

Für alle Beweise herzlichster Teil-
nahme beim Begräbnis unserer
lieben Tochter

Hildegard

sagen wir allen Verwandten, Freun-
den und Bekannten, insbesondere
Herrn Schmal für seine trostreichen
Worte und den Sängern hiermit
unseren herzlichsten Dank.

Karl Tenzer u. Frau Emma

geb. Hoffmann. 1289
Für die vielen Beweise herzlichster
Teilnahme und reichen Kranzpenden
bei der Beerdigung meines lieben
Mannes, unseres guten Vaters

Otto Schaale

sagen wir allen Verwandten, Freun-
den und Bekannten, insbesondere
Herrn Roth für seinen warm emp-
fundenen Nachruf, den Sängern der
Ober-Schönwelder Liedertafel für
den erhabenden Gesang, dem Wahl-
verein Neukölln, dem Deutschen
Metallarbeiterverband, der Schmiede-
klasse, den Kollegen des Bergbau-
bundes R. B. O. sowie der Direktion
des Rabelwerkes Obersee unsere
herzlichsten Dank. 869

Witwe Marie Schaale

und Töchter.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

- Im Felde gefallen sind folgende Mitglieder:
- Peter Frech, Tischler, 36 Jahre alt.**
- Fritz Kühl, Politiker, 22 Jahre alt.**
- Paul Schenke, Tischler, 43 Jahre alt.**
- Karl Schmidt, Tischler, 40 Jahre alt.**
- Walter Warnke, Ritzenmacher, 30 Jahre alt.**
- Max Wilhelm, Tischler, 26 Jahre alt.**
- Ehre ihrem Andenken!

89/1

Die Ortsverwaltung.

Schmerzliches Gedenken zu seinem 27. Geburtstage
am 17. Juli 1916 und Sterbetage meines geliebten
herzensguten ältesten Sohnes, des Gardeschützen

Fritz Grantz

Reserve-Jäger-Bataillon Nr. 18, 4. Kompagnie,
gefallen am 8. Juli 1915 durch feindliche Granate.
In trauernder Erinnerung von all seinen Lieben, die ihm stets
ein ehrendes Andenken bewahren werden.
Deine Dich nie vergessende Mutter
Ww. Marie Grantz geb. Neumann, Berlin, Wernichener St. 14
Ernst Grantz, einziger Bruder, zurzeit im Felde.
Ww. Auguste Neumann, als Großmutter.

Familie Flebig
Das alles nur ist ihm ge-
blieben,
Vom Jugendlenze, vom Leben
und Lieben

Familie Neumann
Wär jeder so wie er,
Gäbs weder Krieg noch Not.
Als Sohn des Volks starb er,
Getreu bis in den Tod.